

Proletarier/innen aller Länder, vereinigt euch!

Nr.49

Proletarische

unabhängig
von Staat und Kapital

Revolution

revolutionär-kommunistische Zeitung in Österreich

im 141. Jahr
der Pariser Kommune

13. Jg.



Februar 2012 Spendenempfehlung: Euro 2,-



Inhalt

Neujahrserklärung der IA*RKP 2012	3
Der „arabische Frühling“ 2011 und die Lage zu Beginn 2012	
Teil 1: Ein Jahr später: Bestandsaufnahme des „Arabischen Frühlings“	9
Teil 2: Jüngste Entwicklungen an Brennpunkten der „arabischen Revolution“	24
Krieg und Kriegsgefahr	
Ein neuer Brandherd im Östlichen Mittelmeer	43
Die 2. Bonner Afghanistan-Konferenz	47
Flugblätter zur Lage in Österreich	
Österreichische Besatzungstruppen raus aus dem Kosovo (Flugblatt)	49
Statt Lug und Trug um die Vermögenssteuer Abschaffung aller indirekten Steuern!	51
Weg mit der kapitalistischen Klassen- Medizin	56
Solidarität mit dem Volkskrieg in Indien!	
Flugblatt zur internationalen Solidaritätswoche	58
Verstärken wir den Volkskrieg ... Aufruf der Zentralen Militärkommission der	59
Buchempfehlung Jan Myrdal: Roter Stern über Indien	62
Philippinen	
KP der Philippinen: Neujahrgrüße an das philippinische Volk für 2012	62
Neue Volksarmee und revolutionären Kräfte werden ständig stärker	64
Während die 8. Infanteriedivision der Söldner von „aufstandsfreien“ Gebieten träumt ...	65
Hinter den Faschisten steht das Kapital!	
Flugblatt zum WKR-Ball	66

Editorial

Diese Nummer berichtet über verschiedene Klassenkämpfe am Ende des letzten Jahres, die sich im Jänner fortsetzten: In den neokolonialen Ländern des arabischen Raums geht der Kampf der Arbeiter/innen und Volksmassen weiter (vgl. dazu unseren ausführlichen Artikel mit einer ersten Einschätzung). In Indien und Philippinen verteidigen die Volksstreitkräfte (PLGA und NPA) erfolgreich die Roten Zonen der Volksmacht und versetzen den bürgerlichen Streitkräften schwere Schläge (vgl. die Beiträge am Ende dieser Nummer). In der EU gab es z.B. in Ungarn und Rumänien am Jahresbeginn große, zum Teil äußerst militante Demos gegen Lohn- und Sozialkürzungen und den Abbau von demokratischen und Arbeiter/innenrechten. Mehrere Flugblätter der IA*RKP beleuchten die imperialistische Rolle des österreichischen Militärs im Kosovo, greifen politisch in den Kampf des medizinischen Personals am AKH ein, entlarven die SP-Demagogie um die Vermögenssteuer und greifen anlässlich des WKR-Balls die berechtigte Empörung gegen staatlich geförderte faschistische Umtriebe auf, um die Verbindung zum Kampf gegen den Kapitalismus aufzuzeigen. Am Beginn dieser Nummer drucken wir den Aufruf der IA*RKP zum neuen Jahr nach, der insbesondere Fragen der Entwicklung des Klassenkampfes in Österreich behandelt.

Wir freuen uns über kritische Rückmeldungen, Abobestellungen, Abobezahlungen ...

Mit kämpferischen Grüßen,
Kollektiv Proletarische Revolution

Neujahrserklärung der IA*RKP 2012

Vor bald 25 Jahren hat die Monopolbourgeoisie der sogenannten westlichen Demokratien das Ende der Geschichte verkündet.

Siegessicher interpretierten die bürgerlichen Wirtschaftstheoretiker und Politikwissenschaftler die Krise und das schließliche Ende der bürokratischen staatskapitalistischen Planwirtschaft in Osteuropa und der Sowjetunion um und sahen darin einen „Beweis“ für die Stabilität, Unbesiegbarkeit und Dauerhaftigkeit des neoliberalen Konkurrenzmodells der global tätigen Monopolkonzerne des OECD-Raums.

Mit ihrem ideologisch verengten Blickwinkel waren sie in ihrem Siegeswahn so blind für die Realität, dass sie einfach nicht erkennen konnten, dass die krisenhafte Entwicklung und der Niedergang des konkurrierenden COMECON-Wirtschaftsraums im „Osten“ ein Teil der Krise des gesamten kapitalistischen Weltsystems war. Die Krise des Kapitalismus im „Osten“ gewährte nur eine sehr kurzfristige Verschnaufpause für den „Westen“. Aber die euphorisierten Sieger in der angeblichen „Systemkonkurrenz“ wollten nicht erkennen, dass der Absturz der konkurrierenden Monopolbourgeoisie (in Form der bürokratischen Bourgeoisie in Osteuropa) zwar kurzfristig einen Aufschwung im Westen begünstigte (nicht aber z.B. im OECD-Land Japan mit seiner kapitalistischen Dauerkrise), insgesamt aber nur den ersten Teil einer weltweiten katastrophalen Ent-

wicklung ihrer kapitalistischen Weltwirtschaft selbst darstellte.

So jubelten die blinden Theoretiker und Apologeten der globalen Ausbeuterordnung noch vor wenigen Jahren, dass die Herstellung eines einheitlichen Weltmarkts – natürlich unter ihrem Kommando – den ewigen Aufschwung und Wohlstand zumindest für ihre Klasse herbeiführen werde, weil die wichtigsten Störungen im kapitalistischen Weltsystem durch das Ende der staatskapitalistisch und planwirtschaftlich orientierten Konkurrenten beseitigt sei. Und kurz darauf mussten sie 2009 praktisch eingestehen, dass ohne massive staatliche Eingriffe, Planungsmaßnahmen und vor allem gezielte staatliche Investitionen in Milliardenhöhe („Rettungspakete“ für ihr System) nicht nur einzelne Branchen und Nationalwirtschaften, sondern ihr ganzes Finanz- und Währungssystem am Zusammenbrechen war – und ist, denn das Problem ist ja bekanntlich nicht beseitigt, sondern nur verlagert und verschoben worden.

Heute ächzt und kracht das ganze gloriose kapitalistische Weltsystem trotz aller massiver Staatseingriffe zu Gunsten der herrschenden Monopolbourgeoisie und ihrer Profite – die verantwortlichen Politiker werden immer hektischer, was sich unter anderem in den mehr als 12 EU-Rettungsgipfeln im vergangenen Jahr zeigt. Oder ist die ganze über die Massenmedien verbreitete Hektik, das staatlich verordnete Bangen um Trip-

le-A oder Double-A, das Erbleichen der Fernsehmoderator/innen über den Euro-„Kursverfall“ im Promillebereich nur sorgfältig geplante Angstproduktion und Massenpanik, um höhere Ausbeutungsraten in Europa durchzusetzen als bei den us-amerikanischen oder japanischen Konkurrenten? Diese Seite spielt sicher auch eine Rolle, weil anders ist der Widerstand gegen verschärften Lohn- und Sozialabbau und gegen die Beseitigung aller Errungenschaften der europäischen Arbeiter/innenklasse seit dem Sieg über den Faschismus nur mit dem Einsatz direkter und massenhafter Staatsgewalt gegen die Arbeiter/innenklasse zu erreichen. Das könnte aber zu größeren politischen Troubles für die Herrschenden führen.

Wenn das ganze weltweite Finanz- und Spekulationssystem plötzlich zusammenbricht, wenn alle Hedgefonds und Wertpapiere, die Schuldverschreibungen, Staatsanleihen, bis hin zu den kleinen Bausparverträgen plötzlich Null wert sind – sind wir dann den Kapitalismus los? Ohne politische Umwälzung nicht! Denn dann gibt es immer noch auf der einen Seite die Besitzer von Fabriken, Maschinen, Transportmitteln, Grundstücken, Gebäuden, Bergwerken usw. (die Kapitalisten) und auf der anderen Seite die Arbeiter/innen, die an den Maschinen der Kapitalisten arbeiten müssen, um zu den lebensnotwendigen Waren zu kommen. Die Kapitalisten organisieren mit

„ihren“ Maschinen, den Rohstoffen aus „ihren“ Bergwerken und mit „ihren“ Arbeiter/innen die Produktion neu. Die Arbeiter/innen bekommen für ihre Arbeitstätigkeit so viel Lebensmittel, dass sie sich und ihre Familien versorgen können. Die Kapitalisten stecken den Mehrwert (nach Abzug der Produktionskosten) ein, investieren von neuem ... und das kapitalistische Ausbeutungssystem geht auch nach einem völligen Finanzkollaps weiter (solange es nicht zu einer politischen Erhebung der Arbeiter/innenklasse und grundlegenden Veränderung in einer proletarischen Revolution kommt).

Aber das heutige, moderne, monopolkapitalistisch-imperialistische hat sich so weit von seiner primitiven Grundlage weiterentwickelt, dass praktisch alle großen Konzerne – keineswegs nur die Banken, Versicherungen, Investmentfirmen usw., sondern auch solche „Produktionsunternehmen“ wie z.B. Siemens – mehr Gewinne mit Spekulationen als mit ihrer Produktion machen. Das heißt, gerade die weltweit größten Monopolkonzerne aller Branchen machen ihre Profite auf dem Umweg der Spekulation und der Übervorteilung ihrer direkten Konkurrenten oder nicht monopolisierten Betriebe und Bereiche. Der ganze Produktionsbereich ist heute weltweit – mit Ausnahme der Subsistenzwirtschaften Subsahara-Afrikas, Süd- und SO-Asiens – so eng mit der Finanz- und Spekulations-

sphäre verwachsen und verschmolzen, dass die Kapitalisten weltweit zu Recht einen „Finanzkollaps“ mit einer Katastrophe für das kapitalistische Wirtschaftssystem gleichsetzen. Nur nebenbei bemerkt wäre auch das staatskapitalistisch-planwirtschaftliche China (fast) genauso von einem „Währungskollaps“ betroffen, weil es z.B. über US-Staatsanleihen fest mit dem US-Dollar verbunden ist, und seit 2008 auch zunehmend mit dem Euro.

Gut, das ist die eine Seite der Sache, die Seite der Ausbeuter, die wirklich schauen müssen, wie sie aus dieser Krise vielleicht wieder herauskommen können. Bekanntlich ist der Kapitalismus ein von Widersprüchen zerrüttetes System, das sich nur auf dem Weg regelmäßiger, sich immer verschärfender Krisen „selbst regulieren“ und so reorganisieren kann. Dazu müssen massenhaft Produktionskapazitäten vernichtet und dann wieder erneuert werden. Die letzte wirklich große Erneuerungsphase war die Zeit nach den Zerstörungen im 2. imperialistischen Weltkrieg vor 70 Jahren. Die kleine Vernichtungsphase Anfang der 1990er Jahre im Rahmen der Auflösung der Sowjetunion und der neokolonialen Unterwerfung Osteuropas durch die EU war offensichtlich zu wenig effektiv in ihrer Gesamtwirkung, sodass 20 Jahre später 2008 schon die nächste große Weltwirtschaftskrise daherkam, die den Umfang und die Tiefe

einer im Kapitalismus üblichen Zehnjahres-Krise bei weiten übertraf.

Krisen treffen aber bekanntlich nicht nur die Kapitalisten und ihre Profite, sondern auch die Arbeiter/innenklasse. Im Kapitalismus sind die Arbeiter/innen auch immer die Hauptbetroffenen und Leidtragenden. Auch eine noch so kampfstärke Arbeiter/innenklasse eines Landes oder mehrerer Länder einer Region kann Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau und Lohnsenkung nicht wirklich verhindern – solange der Kapitalismus nicht überwunden wird, und das wieder geht nur auf direktem politischen Weg mit einer proletarischen Revolution. Solange dazu aber nicht zumindest eine große Minderheit bereit ist, bringt die Krise unausweichlich Verschlechterungen für die Arbeiter/innenklasse (und Volksmassen) mit sich.

Im vieldiskutierten Griechenland z.B. kann die Arbeiter/innenklasse in absehbarer Zeit ohne politischen Aufstand und ohne Brechen des politischen (und ökonomischen) Einflusses der EU-Imperialisten zwar die Abwärtsspirale in der Entwicklung der Löhne und Sozialversorgung mit kämpferischen Maßnahmen bremsen, aber nicht aufhalten.

Das kapitalistische System hat sich seit dem 1. imperialistischen Weltkrieg und der russischen Oktoberrevolution 1917 so weit verändert, dass in den imperialistischen Metropolen selbst, wo die großen Konzerne ihre Stammsitze haben, keine Hungersnö-

te, kein Massenelend, keine riesigen Slum-Gebiete die kapitalistische Ausbeuterordnung permanent in Frage stellen. Im Gegenteil: Mit einem Teil der Extraprofite aus den Neokolonien, den wirtschaftlich und politisch völlig abhängigen Staaten, wurde und wird eine relativ breite Oberschicht von Arbeiteraristokraten überbezahlt und bestochen, um die spontanen Bewegungen und Kämpfe der Arbeiter/innenmassen niederzuhalten, zu desorientieren und jedenfalls im systemverträglichen Rahmen zu halten. Diese recht stabile arbeitendaristokratische Schicht, aus der auch die meisten Funktionäre der Staatsgewerkschaften und angeblichen „Arbeiterparteien“ kommen, wird auch in der Krise nicht verschwinden, wie es auch die historische Erfahrung der 1930er Jahre bewiesen hat. Gerade in einer tiefen Wirtschaftskrise, wo die Unzufriedenheit breiter Teile der Arbeiter/innen (einschließlich der kleineren Angestellten) rasch zu offener Empörung und Massenaktionen führen kann, sind die Arbeiteraristokraten und Arbeiterbürokraten für die Bourgeoisie ein unverzichtbares Mittel, einerseits das Ohr an den Massen zu haben und andererseits durch ihre Agenten von innen her politisch wirksam in die Bewegungen der Arbeiter/innenklasse einzugreifen. Auf Grund der (politischen) Unerfahrenheit der heutigen Kernschichten der Arbeiter/innenklasse und ihres niedrigen Klassen-

bewusstseins fällt es den Arbeiteraristokraten jetzt noch besonders leicht, alle Überlegungen und Perspektiven einer Gesellschaft ohne kapitalistische Ausbeutung als phantastische Träumereien oder demagogisches Abenteuerium herunterzumachen. Auch in den Neokolonien, den Ländern der sogenannten „zweiten“ oder „dritten Welt“, wo die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Massen wesentlich ärger sind als in dem imperialistischen Metropolen, und die Ausbeutung zur Erzielung von Extraprofiten für die imperialistischen Konzerne bis zur Unerträglichkeit gesteigert wird, haben die Unterdrückungsspezialisten seit den Unabhängigkeitskriegen der 1960er und 1970er Jahre neue Methoden entwickelt. Wie die Situation nach dem (vorläufigen) Ende der (meisten) faschistischen Regimes in Lateinamerika und Subsahara-Afrika oder auch die ersten Ergebnisse des „arabischen Frühlings“ zeigen, sind die Imperialisten seit etwa zwei Jahrzehnten dabei, reformistische Strömungen zu stärken und an die Macht zu bringen, die einerseits das kapitalistisch-imperialistische Weltsystem selbst als unüberwindbar darstellen, gleichzeitig aber deutliche „Umverteilung“ und viel mehr „Gerechtigkeit“ innerhalb des globalen Ausbeutersystems als Ziel angeben. Die arbeitendaristokratische Oberschicht ist in den Neokolonien je nach Situation im Land unterschiedlich ausgeprägt, aber jedenfalls wesentlich

dünnere als in den imperialistischen Metropolen. Aber zusätzlich wurde von den Regierungen der imperialistischen Länder ein dichtes Netzwerk von sogenannten NGOs und Entwicklungshilfe-Einrichtungen aufgebaut und gefördert, deren zum Teil wirklich selbstlose Aufbauhelfer/innen dazu beitragen, den Volksmassen eine erträgliche Zukunft im Rahmen des imperialistischen Systems des Neokolonialismus vorzugaukeln (... wenn sie sich nur anstrengen, die Landwirtschaft im Kleinen ertragreicher machen und nicht nach der Volksmacht greifen, weil sonst bleiben die Spendengelder aus ...). Aufgrund der tatsächlich aber immer unerträglicher werdenden Zustände in den meisten Neokolonien fliehen viele Menschen nicht nur vom Land in die Slums der Großstädte (und von dort möglichst in die imperialistischen Metropolenländer). In einigen Ländern vor allem Süd- und Südostasiens mit großer Landbevölkerung unter halbfeudaler Ausbeutung (und meist relativ modernen Stadtzentren) konnten sich bewaffnete Volksbefreiungsbewegungen in einzelnen Gebieten behaupten, wo seit Jahrzehnten ganze Landesteile von basisdemokratisch gewählten Volkskomitees verwaltet werden. Die zwei wichtigsten Beispiele sind Philippinen und Indien, wo in den Roten Gebieten die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen weitgehend abgeschafft ist.

Vor etwa einer Generation haben die Herrschenden und ihre Apologeten den Endsieg des Kapitalismus verkündet und insbesondere in den imperialistischen Metropolen ihre ideologische Vorherrschaft fast vollständig umgesetzt. Heute aber stellen sich schon wieder viele Menschen aus der Arbeiter/innenklasse und den werktätigen Schichten die Frage nach der Alternative zu diesem abgewirtschafteten System.

Wenn wir in der Geschichte etwa zwei Generationen zurückgehen, sehen wir, dass sich noch in den 1970er Jahren große Teile der arbeitenden Bevölkerung sowohl in Diskussionen als auch im praktischen Kampf auf der Straße und in der Fabrik mit der sozialistischen Perspektive, einer Gesellschaft nach dem Sturz des Kapitalismus und ohne Ausbeutung und Unterdrückung für die Volksmassen, beschäftigt hat. (Selbst in der SPÖ wurden damals Möglichkeiten eines sozialistischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems auf Konferenzen erörtert - wenn auch solche Konferenzen nur organisiert wurden, um „die Linken“ in der Partei zu halten.) In den zahlreichen Parteien und Organisationen, die sich als revolutionär und kommunistisch verstanden, ging es immer wieder um die Frage: Was ist in der Sowjetunion falsch gelaufen, dass die Arbeiter/innen dort nach der Revolution und dem Aufbau des Sozialismus nicht der klassenlose Gesellschaft näher gekommen sind, sondern

sich eine neue bürgerliche Klasse von Staatsbürokraten, eine neue Bourgeoisie an die Macht schwingen konnte?

Auch in der KPÖ hat es dazu scharfe Auseinandersetzungen gegeben, die in den 1960er Jahren unter anderem zur Gründung der Marxistisch-Leninistischen Partei Österreichs führte und in den 1970er Jahren zur Gründung des Kommunistischen Bundes. Beide Organisationen haben sich in der realen Klassenkampfsituation dieser Zeit nicht bewähren und entwickeln können, weil es im Linienkampf mit ökonomistischen Strömungen nicht gelang, die proletarische-revolutionäre Linie durchzusetzen. In beiden Fällen stellte sich die rechtsopportunistische Mehrheit gegen den Parteaufbau, was zu Spaltung und Verfall führte. Auch alle weiteren Versuche, die kämpferischsten und klassenbewusstesten Aktivist/innen der Arbeiter/innenklasse in einer revolutionär-kommunistischen Parteaufbau-Organisation zusammen zu schließen, sind in Österreich bisher nicht recht weiter gekommen. Da hilft kein Jammern und kein Resignieren, sondern nur: studieren, propagieren, organisieren – und zwar immer in enger Verbindung von Theorie und Praxis im Klassenkampf.

Wenn wir auf diesen Punkt hinweisen, müssen wir aber zwei Fragen im Auge behalten, die aus heutiger Sicht – unter dem Blickwinkel der sich massiv verschärfenden Bedingungen

für die Arbeiter/innenklasse in Europa und weltweit und der sich spontan entwickelnden Massenbewegungen in vielen Regionen – von großer Bedeutung sind:

1. Wie können die verschiedenen – auch innerhalb eines Landes – zersplitterten Bewegungen zusammengeführt werden zu einer mächtigen Bewegung gegen die herrschende Ausbeuterklasse? und

2. Wie können wir erreichen, dass weder die kleinen Arbeiter/innen-Kämpfe und Volksbewegungen zu unterschiedlichen Forderungen noch eine entstehende große Massenbewegung gegen das kapitalistische System von den Herrschenden desorientiert, gespalten und mit Demagogie und Waffengewalt niedergeschlagen wird?

In Österreich sind die Bedingungen am Jahresbeginn 2012 für die Entwicklung größerer gewerkschaftlicher oder demokratischer Kämpfe vergleichsweise wenig günstig.

Der Klassenkampf stagniert, was auch an den bisher ziemlich erfolgreichen wirtschaftlichen Raubzügen des österreichischen Imperialismus in Osteuropa liegt. Die österreichische Bourgeoisie hat so viel Extraprofit aus den Arbeiter/innen dieser Neokolonien herausgepresst, wo sie zu den wichtigsten Ausbeutern gehört, dass vergleichsweise großzügige Sozialleistungen gewährt werden, ohne dass unsere Arbeiter/innenklasse große Kämpfe führen müsste. Dazu kommt die

fast unbestrittene Führung der Arbeiteraristokratie bei nahezu allen Kämpfen und Bewegungen und die ideologische Verkommenheit der führenden Aktivist/innen, die – wenn die Arbeiteraristokraten sich nicht von selbst aufdrängen – emsig alle möglichen Vertreter bürgerlicher und kleinbürgerlicher Vereine von ÖGB bis ATTAC einladen, an ihren Initiativen und Bewegungen teilzunehmen.

Solche Methoden zur „Verbreiterung der Bewegung“ durch Einbeziehung von bürgerlichen „Organisationen mit Masseneinfluss“ werden heute nur von wenigen Organisationen ausdrücklich abgelehnt, und diese haben derzeit nur wenige Aktivist/innen und geringe Mobilisierungskraft. Trotzdem werden wir um die tägliche Kleinarbeit an der Basis nicht herumkommen, um die geduldige Diskussion und Einbeziehung von interessierten Kolleg/innen und Aktivist/innen in Aktionseinheiten auf verschiedensten Ebenen, immer entlang der Leitlinie des Aufbaus der Arbeiter/innen-Einheitsfront gegen die Interessen und Vorstöße des Kapitals. Jede vermeintliche Abkürzung des Weges durch „Einbeziehung“ größerer Organisationen führt heute direkt in die Arme der Arbeiteraristokratie und der Bourgeoisie.

Aber auch ein anderer Fehler in organisatorischen Fragen ist sowohl bei proletarisch-revolutionären als auch bei kleinbürgerlich-anarchistischen Gruppen und Netzwerken stark

verbreitet: Der weitgehende Verzicht auf die planmäßige und gründliche Vorbereitung und Umsetzung von Aktionseinheiten. Stattdessen wird eine von einer Kleingruppe geplante Aktion auf die Homepage gestellt, wenn's gut geht auch noch per Newsletter an die eigenen Sympathisierenden gemeldet ... und dann treffen sich 5 oder 20 oder 100 Mobilisierte zu einem Protest, freuen sich, und gehen dann mit dem guten Gewissen heim, etwas für eine bessere Welt getan zu haben. Und in der nächsten Woche macht eine andere Gruppe „ihre“ Aktion. So ein Herangehen an politische Arbeit hat als Hintergrund oft eine sektiererische Einstellung („wir sind die einzig wahren“) oder ist Ausfluss der bürgerlichen „Schwarm-Theorie“ wonach es gerade nicht darum geht, gemeinsam klare Kampfforderungen zu entwickeln und eine gewisse Verbindlichkeit der Beteiligten in der Aktion herzustellen, sondern blitzartige Zusammenballungen (Flashmobs) zu einem Schlagwort zu veranstalten.

Gerade auf ideologisch-politischer Ebene hat es in den vergangenen Jahren in Österreich einen auffälligen Niedergang gegeben. Nur sehr wenige Aktivist/innen gewerkschaftlicher, demokratischer oder sonstiger sozialer Bewegungen beziehen sich noch auf dialektisch-materialistische Analysen der Wirklichkeit, in der sie leben und agieren. Kaum jemand kennt auch nur die grundlegendsten Fakten und Leh-

ren aus über 200 Jahren Arbeiter/innenbewegung. Nur wenige fragen sich auch nur, ob nicht ähnliche Probleme und Fragen wie heute vielleicht schon früher einmal aufgetaucht sind und wie sie damals behandelt und beantwortet wurden. Die selbstgewählte Geschichtslosigkeit des Großteils der heutigen Zusammenschlüsse und Bewegungen ist Ausdruck einer maßlosen Selbstüberschätzung insbesondere der intellektuellen Selbstverwirklicher und ihrer Fans. Gesellschaftliche Probleme werden daher oft nicht aufgeworfen, um dafür eine gesellschaftliche Lösung zu diskutieren und zu finden, sondern um sich zu inszenieren bzw. wichtig zu machen. Die ständigen Angriffe der Bourgeoisie auf unser Lebensniveau und die geringen Erfolge des Widerstands dagegen haben zu einer Demoralisierung der antikapitalistischen und revolutionären Bewegung geführt. Neu entstandene Gruppen distanzieren sich theoretisch und praktisch von den (insgesamt eher erfolglosen) Klassenkämpfen der letzten Jahrzehnte und setzen mehr auf kurzfristige Spaßaktionen statt auf langfristig geplante Kampftätigkeit. Theoretisch wird das untermauert mit individualanarchistischen und spontaneistischen Auffassungen, wonach das eigene Befinden und die eigene Betroffenheit im Mittelpunkt jeder Aktion stehen soll. Tatsächlich entwickelt sich die Geschichte der Menschheit aber entlang von Klassenwidersprüchen und Klas-

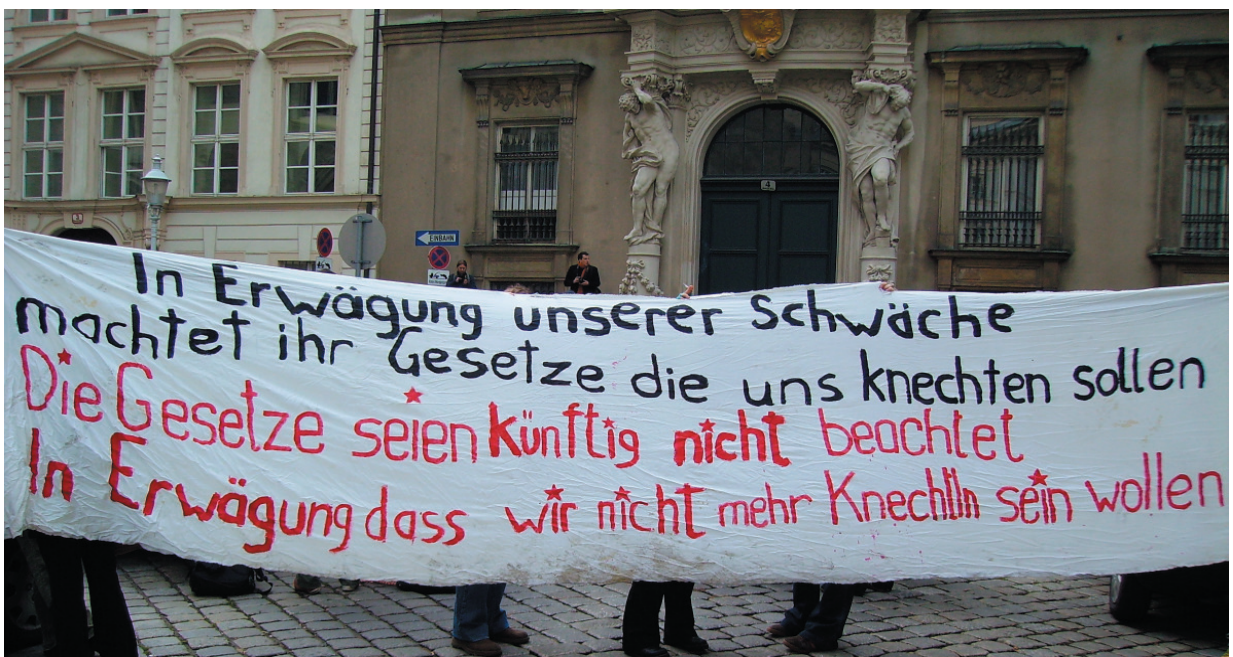
senkämpfen. Die Triebkraft jeder gesellschaftlichen Weiterentwicklung ist heute die Lösung des Widerspruchs zwischen Arbeiter/innenklasse und Bourgeoisie – oder anders ausgedrückt: des Widerspruchs zwischen gesellschaftlicher, weltweit arbeitsteiliger Produktion durch Lohnarbeiter/innen und privater Aneignung der produzierten Waren durch die Kapitalisten. Die bürgerlichen Theoretiker und kleinbürgerlichen Schreiberlinge betreiben großen Aufwand, die vielfältigen Lehren der Geschichte der letzten 100 Jahre Klassenkämpfe zu vernebeln und so den wissenschaftlichen Kommunismus auch als Theorie zu entstellen und lächerlich zu machen.

Unserer Meinung nach muss die revolutionär-kommunistische Theorie und Praxis studiert, zusammengefasst und weiterentwickelt werden, damit wir auch in Österreich wieder feste politische Grund-

lagen für unser Eingreifen in den sich entwickelnden Klassenkampf schaffen. Dabei spielen einerseits die Erfahrungen aus der Zeit des sozialistischen Aufbaus und der anschließenden bürokratischen Degeneration der Kommunistischen Parteien in der Sowjetunion, China, Osteuropa und anderen Ländern eine große Rolle als auch die Erfahrungen der revolutionär-kommunistischen Parteien und Bewegungen in den imperialistischen Ländern Europas seit 1945.

Wir sind der festen Überzeugung, dass auch in Österreich wieder starke Kräfte heranwachsen werden, die den Kampf gegen die herrschende Kapitalistenklasse nicht nur als Feilschen um weniger Not und mehr Gerechtigkeit, sondern als Ringen um die politische Macht zum Sturz der Herrschenden und zum Aufbau einer ganz anderen, einer sozialistischen Gesellschaftsordnung unter unbedingter Führung durch die Arbeiter/innenklasse

versteht. In diesem Rahmen sehen wir auch unsere Beiträge zum Aufbau einer revolutionär-kommunistischen Kampfpartei der Arbeiter/innenklasse. Trotz aller Mängel und Unzulänglichkeiten verfügen wir auch in diesen Zeiten der Verwirrung über programmatische Grundlagen (die wir nicht als fix und fertig betrachten, sondern in der revolutionären Bewegung zur Diskussion stellen), über eine Zeitung (die nicht als Publikationsorgan einer festgefahrenen politischen Linie konzipiert ist) und über einen kleinen Kern von Aktivist/innen mit jahrzehntelangen Erfahrungen im Klassenkampf in Österreich (die durch Teilnahme an Klassenkämpfen und Bewegungen versuchen, eine revolutionäre kommunistische Linie hineinzutragen) – also genug, um die gesellschaftlichen Widersprüche im beginnenden Jahr 2012 mit kämpferischer Zuversicht aufzugreifen und an entscheidenden Stellen einzugreifen.



Der „arabische Frühling“ 2011 und die Lage zu Beginn 2012

Teil I:

Ein Jahr später: Bestandsaufnahme des „arabischen Frühlings“

„Arabischer Frühling“ - das wurde rasch zum Modewort zur Charakterisierung der sich seit Jahreswechsel 2010/11 entfaltenden und - als der Sturz von Ben Ali und Mubarak in den Sichtbereich der Imperialisten rückte - plötzlich auch in den imperialistischen Ländern wahrgenommenen Rebellionen im arabischen Raum. Hatten bis dahin ungläubiges Staunen über die Wucht der Rebellion, das Angebot jeder Art von Unterstützung gegen die Volksbewegungen, darunter das von polizeilicher und militärischer „Soforthilfe“ (z.B. Frankreichs an Ben Ali), und die Hoffnung auf baldige Wiederherstellung der „Ruhe und Ordnung“ dominiert, so zwang irgendwann, als die Aufrechterhaltung der alten Regimes keine realistische Option mehr war, die Sorge um den imperialistischen Extraprofit dazu, sich neu zu orientieren. Wobei der US-Imperialismus bei der „Neuorientierung“, jedenfalls in Tunesien und Ägypten, etwas flotter und flexibler war als die Erben der alten

Kolonialisten in Paris und London, was dann allerdings von letzteren durch besonders „energisches“ Vorgehen in Libyen kompensiert wurde. Der Begriff „arabischer Frühling“ machte rasch die Runde und es freuten sich darüber scheinbar gerade diejenigen, die jahrzehntelang und bis zu allerletzt die reaktionären pro-imperialistischen Kompradorenregime von Mubarak bis Ben Ali und von Gaddafi bis Assad stützten und positiv an der Niederhaltung und Ausbeutung der arabischen Arbeiter/innen- und Volksmassen interessiert und beteiligt waren, also - um bei dem Bild zu bleiben - die Profiteure des „Winters“. Solange indes die Imperialisten und Reaktionäre (vielleicht mit Ausnahme offener Faschisten wie z.B. der Lepenisten in Frankreich¹) eine Volksbewegung als „Frühling“ loben, haben sie diese Bewegung oder zumindest den Gang der Dinge insgesamt (noch) unter Kontrolle (oder glauben dies jedenfalls) und/oder können sie sie

zeitweilig für ihre Zwecke instrumentalisieren (oder glauben dies jedenfalls). Andernfalls wäre es kein erfrischendes „Frühlingslüftchen“, sondern eine grauenhafte und gefährliche Bedrohung der „Demokratie“ und des „Friedens in der Region“ oder sogar (bei der Perspektive eines Erfolges einer wirklich volksdemokratischen Bewegung) „potentieller“ blutrünstiger kommunistischer Terror.

Eine Revolte, aber noch keine Revolution

Am deutlichsten wird das in den beiden Ländern, wo der „arabische Frühling“ begann: in Tunesien und Ägypten. Im Sommer 2011 schrie ein tunesischer Bergarbeiter voller Wut in ein Mikrofon des französischen Fernsehsenders TV 5 Monde, der vor „Revolutions“begeisterung nur so triefte: „Die Revolution ist bedeutungslos - nichts hat sich verändert!“. Er meinte damit die soziale Lage der Arbeiter/innenklasse und der Volksmassen, aber ebenso die politische Situ-

¹ Marine Le Pen, Präsidentin des faschistischen Front National: „Mubarak, Ben Ali, Ghaddafi - sie waren Diktatoren, sicherlich, aber sie waren immerhin laizistisch.“ In dasselbe Horn stoßen auch die meisten Sozial- und anderen „Kolonialdemokraten“ (eine treffende Bezeichnung für Leute, die den (Neo)kolonialismus mit den angeblichen Vorzügen der hiesigen „Demokratie“ rechtfertigen), die die „islamistische Gefahr“ für schlimmer halten als die alten kolonialfaschistischen Regimes und die betonen, man sehe ja, was bei einer unkontrollierten Volksrebellion herauskomme (mit dem Unterton, es wäre besser gewesen, es wäre gar nicht zu dem „arabischen Frühling“ gekommen). Das ist nicht erstaunlich: immerhin waren ja die Parteien Mubaraks, die PND, und diejenige Ben Ali's, die RCD, bis zu deren Sturz Mitglieder der „Sozialistischen Internationale“.

ation. Zwar wurde der Kolonialfaschist² Ben Ali verjagt, aber der alte Staatsapparat besteht unverehrt weiter (sogar einige kleine Schrammen wurden inzwischen wieder ausgebessert), nicht einmal das politische Regime der Kompradorenbourgeoisie, ihre konkrete Herrschaftsform, hat sich nennenswert verändert - abgesehen davon, dass man jetzt seinen Stimmzettel für irgendeine der 100 Parteien abgeben konnte, wenn man dem eine Bedeutung beimaß, und man nicht mehr zwangsweise für die Ben Ali-Partei stimmen musste. Der parlamentarische Zirkus hat für die Arbeiter/innenklasse und die Volksmassen, für die Entfaltung des Klassenkampfes um ihre wirklichen Interessen keine Relevanz, sondern behindert diesen vielmehr ideologisch. Sehr wohl relevant dagegen ist, dass diese oder jene demokratische Freiheit, die sich das Volk praktisch und faktisch genommen hat und die noch nicht wieder abgeschafft werden konnte, und dass diese oder jene immer noch nicht reparierte Beschädigung des

staatlichen Repressionsapparats einen größeren Bewegungsraum für den Klassenkampf bietet. Mehr hat sich an der objektiven Lage seit Jahresbeginn nicht geändert.

Noch schlimmer die Lage in Ägypten, wo sich buchstäblich überhaupt nichts geändert hat. Nicht nur sitzen die 12.000 alten politischen Gefangenen weiterhin im Gefängnis, es werden laufend neue „Rebellen“ verhaftet, abgeurteilt, gefoltert und getötet oder auf der Straße und in ihren Wohnungen umgebracht. Die Mörder und Folterer des Regimes dagegen werden nicht nur nicht zur Rechenschaft gezogen, sondern im Gegenteil ermutigt, weiterzumachen, und wie früher gezielt vom Regime eingesetzt. Der Ausnahmezustand wurde nicht aufgehoben. Das Streikverbot wurde ausdrücklich erneuert. Politische und gewerkschaftliche Organisationen, die „Klasseninteressen“ verfolgen, bleiben in typisch faschistischer Manier weiter verboten. Irgendwelche vom Militärregime bezahlte „Mos-

lems“ werden auf die Kopten gehetzt (die christlichen Kopten repräsentieren 6 bis 10% der Bevölkerung). Gezielte sexuelle Aggressionen gegen Frauen, um sie zum Schweigen zu bringen bzw. repressive Kräfte in ihrer Umgebung zu mobilisieren, sind gang und gäbe. Von den demokratischen Rechten, die sich die Volksmassen zwischen Jänner und März 2011 einfach nahmen, ist nicht mehr allzu viel geblieben und ebenso von den Formen der Selbstorganisation der Massen. Es ist eine Militärjunta am Ruder, völlig identisch mit der Militärspitze des Mubarakregimes, sogar dieselben Personen, bloß halt ohne Mubarak (und nicht einmal der wurde bisher abgeurteilt.) Aus Sicht der Imperialisten überspannte die Militärdiktatur dabei zuerst den Bogen, sodass man ihr ein „ziviles“ Feigenblatt und dann Wahlen anempfahl. Die Militärdiktatur sollte ein bisschen „zivil“ bemalt und verziert werden und vielleicht gibt es - „wenn alles planmäßig läuft“ - bald einmal einen aus Wahlen hervorgehenden neuen reaktionären

² Hier muss kurz erläutert werden, in welchem Sinn wir den Begriff „Kolonialfaschismus“ verwenden. Der Begriff „Faschismus“ bezeichnet zunächst einmal eine ganz bestimmte Herrschaftsform der Bourgeoisie in den imperialistischen Ländern. Diese wird - zweitens - von den Imperialisten auch in abhängige Länder exportiert und bildet dort eine Art Kolonial- oder Neokolonialfaschismus aus. Z.B. war das Pinochet-Regime in Chile ein faschistischer verlängerter Arm des US-Imperialismus, welcher „zu Hause“ noch kein faschistisches Regime etablieren wollte oder musste, dies aber in Chile schon für unabdingbar und auch machbar hielt. Faschistisch war daher in Chile gar nicht das Pinochet-Regime für sich genommen, faschistisch war vielmehr die Form der Herrschaftsausübung durch den US-Imperialismus in Chile mittels des Pinochet-Regimes. Ohne imperialistische Strippenzieher wäre eine banale Militärdiktatur, auch wenn sie mit faschistischen Methoden arbeitet, noch kein faschistisches Regime, weil wesentliche Charakteristika entweder dieses Regimes selbst oder seiner imperialistischen Strippenzieher fehlen (Diktatur einer Finanzoligarchie bzw. von Teilen derselben, besondere Aggressivität und Expansionismus nach außen, auch eine faschistische Massenbasis ...). Für solche Regime verwendete schon die Kommunistische Internationale den Begriff des Kolonialfaschismus. Das hat nichts mit der heute weit verbreiteten Phrase zu tun, jedes Regime, das sich faschistischer Methoden bedient, als faschistisches Regime zu bezeichnen. Man sollte nicht verschiedenste und von ihrem Charakter her ganz unterschiedliche Herrschaftsformen mit ein- und demselben wissenschaftlichen Begriff belegen. Das verdunkelt mehr als es erhellt. Es verstärkt den Widerstand nur scheinbar.

Block aus Militär und Moslem-Bruderschaft. Dessen ungeachtet genießt diese Militärjunta die praktische (ökonomische, politische, diplomatische...) Unterstützung des „freien Westens“, während gleichzeitig in ihren Medien über die Schlechtigkeit dieses Regimes und der Welt im Allgemeinen gejammert wird.

Zweifellos war, gemessen an den tatsächlichen Resultaten und im Verhältnis zu den Erwartungen und Hoffnungen der Volksmassen, der politische „Frühling“ schon seit dem jahreszeitlichen, also seit etwa April oder Mai, nur mehr ein bescheidenes Lüftchen. Die „Revolution“ ist in beiden Ländern steckengeblieben, um nicht zu sagen zurückgeworfen und droht in der von allen Imperialisten und Reaktionenären so sehr herbeigesehnten „Normalisierung“ und „Stabilisierung“ zu verkommen. Im Gegenteil drohen sogar scharfe Konterattacken der Reaktion und die neuerliche Errichtung oder - im Fall Ägyptens - Verschärfung der kolonialfaschistischen Diktatur. In vieler Hinsicht ist daher, was die objektiven Verhältnisse betrifft, bis heute „alles so wie vorher“.

Und dennoch: Es wurden niederträchtige und verhasste reaktionäre Regimes, die jahrzehntelang unantastbar erschienen, gestürzt, einige der übelsten Charaktermassen des Imperialismus und der Kompradorenbourgeoisie verjagt, die Staatsapparate beschädigt und teilweise erschüttert. Macht-

volle Volksbewegungen entstanden, die sich z.T. zu regelrechten Aufständen, also bereits relativ zielgerichteten und organisierten Revolten, auswuchsen. Die Massen haben Lähmung und Furcht überwunden und einen Eindruck ihrer potentiellen Kraft gewonnen. Sie haben sich selbständig organisiert und ansatzweise sogar revolutionär-demokratische Organe der Volksmacht aufgebaut. Sie haben sich aus der Not der Situation heraus auch erste elementare militärische Strukturen aufgebaut, Selbstverteidigungskomitees und auch Trupps zum Sturm auf Bastionen der Staatsmacht (wie Polizeistationen in den Arbeitervierteln von Kairo, Suez und Alexandria). Sie haben wichtige Erfahrungen mit falschen Freunden und speziell mit der Armee gesammelt. Niemand singt mehr „Volk und Armee sind eins“, und wenn jetzt gesungen wird „Das Volk will den Sturz des Regimes“, dann ist damit jetzt, seit den blutigen Attacken im April, Oktober und zuletzt November, die Militärdiktatur gemeint. Insofern ist nicht mehr „alles so wie vorher“.

Die Revolten haben zudem die ganze politische „Architektur“ des Imperialismus im bzw. für den arabischen Raum attackiert und ihm heftige Stöße versetzt. Der arabische „Schutzgürtel“ um den zionistischen Vorposten des Imperialismus, den Staat Israel, ist verletzlich geworden; die strategische Lage Israels hat sich verändert und wird sich weiter verändern

und damit auch die Kampfbedingungen des palästinensischen Volkes, das nach wie vor einen Brennpunkt des internationalen Klassenkampfes darstellt. Eine Welle der Ermutigung und Begeisterung strahlte weltweit auf die unterdrückten Völker und alle antiimperialistischen Kräfte aus. Auch in dieser Hinsicht ist nicht mehr „alles so wie vorher“.

Spezifisches und Gemeinsames

Fast überall im arabischen Raum gärt es. Grosse Revolten und teils regelrechte Aufstände gab es in Tunesien, Ägypten, Libyen, Syrien, im Jemen und in Bahrain. Aber auch in Mauretanien, Marokko, Algerien, Djibouti, Palästina, Jordanien, Irak, Oman, Kuwait und Saudi-Arabien gab es Streiks, Demonstrationen und teils bewaffnete Auseinandersetzungen mit der Staatsgewalt - alle wurden sie von der Staatsmacht mehr oder weniger gewaltsam niedergeschlagen. In einigen Fällen mussten die Regimes - trotz gewaltsamer Unterdrückung der Bewegungen - der einen oder anderen der Forderungen nachkommen. Z.B. hob das algerische Regime am 24. Februar den seit 19 Jahren geltenden „Ausnahmestand“ auf und senkte die Preise von Grundnahrungsmitteln oder senkte das mauretanische die Lebensmittelpreise um 30%. In den Golfstaaten ging es auch um Forderungen der Arbeitsmigranten nach rechtlicher Gleichstellung (und gegen den Rassismus).

Überall haben die Rebellionen und die dahinter stehenden Klassenkräfte ihre spezifischen Charakteristika (ökonomische, soziale, politische, historische und kulturelle) und finden sie jeweils spezifische Bedingungen vor. Sie sind auch mit unterschiedlichen Abteilungen des Weltimperialismus konfrontiert. Auch sind „falschen Antworten“, z.B. ein reaktionärer „Islamismus“, unterschiedlich ausgeprägt. Aber sie alle haben auch Gemeinsamkeiten: Überall ist eine kolonialfaschistische Kompradorenbourgeoisie, Lakaien der Imperialisten, an der Macht. Überall muss gegen diese und ihre imperialistischen Strippenzieher gekämpft werden. In vielen Fällen ziehen diese Bourgeoisien einen guten Teil ihres Profits aus der Grundrente, speziell der Öl- bzw. Gasrente³. Nirgends spielen feudale oder sonstige vor-kapitalistische Elemente eine dominierende Rolle. Überall muss der Kampf um Demokratie und gegen den Imperialismus mit dem Kampf um die sozialen Interessen verbunden werden: „Brot und Freiheit!“, wobei Freiheit für das Volk letztlich immer heißt politische, nationale und soziale Befreiung. Die überall und oft erhobene Forderung „Brot und Freiheit!“ ist viel konkreter und umfassender als nur die (mehr oder weniger abstrakte) Forderung nach

„Demokratie“ (und Welten entfernt von der bloß formalen bürgerlich-parlamentarischen „Demokratie“, wo das Volk damit abgespeist wird, von Zeit zu Zeit die Leute wählen zu dürfen, die es ver- und zertreten). Überall muss der revolutionär-demokratische oder volksdemokratische Kampf zum Sturz nicht nur dieses oder jenes „Regimes“, sondern der Kompradorenmacht überhaupt geführt werden. Überall muss die Macht der Arbeiter/innenklasse im Bündnis mit den Volksmassen errichtet, der alte Staatsapparat zerschlagen und müssen die gestürzten Klassen rigoros niedergehalten werden, um die wirklichen Aspirationen der Massen anzupacken, die restlose Beseitigung der kolonialfaschistischen Diktatur, die Abschüttelung des imperialistischen Jochs und die soziale Befreiung der Arbeiter/innenklasse und des Volkes. Überall müssen sich die breitesten Volksmassen um die Arbeiter/innenklasse und unter deren Führung zusammenschließen, was wiederum nur möglich ist in Gestalt der Führung durch eine revolutionär-kommunistische Partei. Und überall werden Volksmacht und politische und soziale Erfolge nicht gesichert sein, wenn und solange nicht energisch und so rasch als möglich weitergegangen wird zur sozialistischen Revolution.

Errungenschaften, Defizite, Lehren der ersten Welle der Revolten

Vordergründig scheint es vielen, es würde „nur“ oder in allererster Linie um Demokratie gekämpft. Wir reden hier nicht von sinnentleerten Wahlen und parlamentarischen Betrugsmanövern, vom Getümmel der Unzahl bourgeoiser Parteien, von Übergangsregierungen etc., kurz: von all der „mühsam herausgefurzten“ (nach einem Ausdruck von Marx, daher längst in die klassische deutsche Hochsprache eingegangen!) „Demokratie“-Propaganda der Imperialisten und Kompradoren. Wir reden von wirklichen Aspirationen und Sehnsüchten der Massen nach wirklicher Demokratie, letztlich nach Volksdemokratie und Abschüttelung des imperialistischen Jochs. Tatsächlich ist aber der Kampf der Arbeiter- und Volksmassen um Demokratie - im Unterschied zu „demokratischen“ Gleichberechtigungsbestrebungen unterprivilegierter Teile der Bourgeoisie - stets mit dem Kampf gegen Ausbeutung und Ausplünderung verbunden. Vielleicht dass manchem Intellektuellen oder Kleinbürger die „Demokratie an sich“ ein Wert ist, die Volksmassen haben stets mehr im Auge. Ihr Kampf um Demokratie hat immer soziale Triebkräfte. Was nützt

³ Die Öl- bzw. Gasrente ist nichts anderes als die „Bergwerksrente“ (eine besondere Form der Grundrente), die aus der Verfügung über fossile Brennstoffe erwächst. Marx analysiert diese spezifische Form der Grundrente im „Kapital“, Band III, Kapitel 46: „Baustellenrente, Bergwerksrente, Bodenpreis“.

alle Demokratie, wenn sich die soziale Lage nicht ändert? Die Demokratie, die Volksdemokratie, die proletarische Demokratie gewinnen ihren Sinn nur daraus, dass sie Mittel zum Zweck der sozialen Befreiung sind. Was in keiner Weise die enorme Bedeutung der Er kämpfung (wirklicher, nicht bloß formaler, papierener!) demokratischer Freiheiten und Rechte schmälert. Die imperialistische Propaganda dagegen muss die Volksbewegungen, wenn sie sie schon nicht verhindern kann, unbedingt auf ein paar Versatzstücke der bürgerlich-parlamentarischen „Demokratie“ beschränken.

Die Revolten, Aufstände und Massenbewegungen brachen zwar jedes Mal aus bestimmten Anlässen aus, waren aber natürlich nicht ohne Vorgeschichte. Sie fielen nicht wegen einer plötzlich ausgebrochenen Sehnsucht nach Demokratie oder durch grenzüberschreitenden Funkenflug vom Himmel. Vielmehr ergaben sich die Anlässe gerade aus dieser Vorgeschichte (z.B. der Kampf um die Befreiung der politischen Gefangenen in Tunesien, die nach den niedergeschlagenen Streiks von 2008 verurteilt und eingekerkert worden waren). Deshalb konnte ja der Funke von einem Land auf das nächste „überspringen“. Bloß wurde und wird über diese Vorgeschichte tunlichst ein

Mantel des Schweigens verbreitet. Für die Weltbourgeoisie und daher auch für die Weltöffentlichkeit herrschte nämlich bis Ende 2010 wunderbare „Ruhe und Ordnung“ in Tunesien oder Ägypten, nicht die Spur eines Makels lag auf den dortigen Regimes.

In dieser Vorgeschichte spielte die Arbeiter/innenklasse eine bedeutende Rolle. In Tunesien z.B. waren es vor allem mächtige Streikbewegungen der Bergarbeiter seit 2002 und deren brutale Niederschlagung sowie der anschließende Kampf um die Befreiung der Streikführer aus dem Gefängnis, die die Revolte vorbereiteten. Insbesondere 2008 war es neuerlich zu massiven Streiks und Betriebsbesetzungen und natürlich Kämpfen mit der Polizei sowie anschließender Inhaftierung, Folterung und Aburteilung der Streikführer zu langjährigen Gefängnisstrafen gekommen. Die daraus resultierenden Widerstandsbewegungen gegen das Regime leiteten nahezu nahtlos in die Revolten Ende 2010 über. Auch in Ägypten gingen der Revolte seit 2007 schwere Kämpfe der Arbeiter/innenklasse um soziale Forderungen und Rechte und um politische Bewegungsfreiheit voraus, die das Mubarak-Regime schwächten und ohne die, wenn sie auch selten erfolgreich waren und oft blutig niedergeschlagen wurden, die Arbeiter/in-

nenklasse 2010 nicht die Rolle hätte spielen können, die sie spielte. Auch hätten die Revolten, Aufstände und Massenbewegungen ohne das Eintreten und Eingreifen der Arbeiter/innenklasse in sie einen ganz anderen Verlauf genommen. Ohne die „Facebook-Generation“ und die „gebildeten Mittelschichten“, die der Bourgeoisie so am Herzen liegen, herabsetzen zu wollen (vor allem dann nicht, wenn sie sich an den Revolten beteiligen), ist es doch so, dass das Eingreifen der Arbeiter/innenklasse überall die Lebensfrage der Revolte schlechthin war und ist. Wer griff in Ägypten Polizeistationen in den Arbeiter- und Volksvierteln an und bildete bewaffnete Selbstverteidigungsmilizen? Wer versetzte dem staatlichen Gewaltapparat wirkliche (nicht nur „virtuelle“) Schläge, was dessen Einsatzfähigkeit erheblich beschränkte? Wer trat der ägyptischen und tunesischen „Staatssicherheit“ wirklich entgegen und setzte sie teilweise außer Gefecht? Wer organisierte örtliche Volkskomitees und andere Organe der Selbstorganisation? Ohne das aktive Eingreifen der Arbeiter/innenklasse wären die Revolten niemals so weit gekommen, wie sie trotz aller Beschränktheiten doch gekommen sind. Es macht eben noch keine „Revolution“ aus, sich gegenseitig SMS zu senden und Fotos per Internet zu verschicken⁴.

⁴ Zur „Facebook-Revolution“ ist zunächst zu sagen, dass das, was damit üblicherweise gemeint ist, selbstverständlich kein tragendes Element der Revolten war. Das ist nur eine bourgeoise Phantasmagorie, freilich eine aus gutem Grund und Interesse, während es schwer vorstellbar ist, dass in den imperialistischen Medien positiv

Dennoch hatte die Arbeiter/innenklasse nirgends die Fähigkeit und Kraft, tatsächlich die politische Führung der Volksbewegungen zu übernehmen und eine richtige proletarische revolutionär-demokratische Linie in diese hineinzutragen. Aber immerhin bildeten sich vielfach Elemente revolutionär-demokratischer Strategie und Organisation heraus: Selbstverteidigungs- und andere Volkskomitees, Milizen, Ansätze einer rätedemokratischen Selbstorganisation der Massen, die sie gegen die Chimären der bourgeoisen „Demokratie“ entwickelten. Freilich waren das nur erste Schritte, aber es ist bemerkenswert, wie rasch die Arbeiter- und Volksmassen, sobald sie einmal losmarschieren, ihre Formen der Selbstorganisation finden und entwickeln. Und das trotz der extremen Unterdrückung und Finsternis in den Jahrzehnten zuvor. Zur Selbstorganisation der Klasse gehört auch der Aufbau einer unabhängigen Gewerkschaftsbewegung. Teilweise konnte dabei an Strukturen schon früher bestehender „offizieller“ Gewerkschaften angeknüpft werden, in denen die kämpferischen klassenbewussten Arbeiter richtigerweise ebenfalls arbeiteten. So konnte das Basisnetzwerk der

tunesischen UGTT für die Volksbewegung genutzt werden, obwohl - selbstverständlich - die reaktionäre Führung dagegen hielt. Als sofort nach der Verjagung Ben Ali's auch zwei UGTT-Bonzen als Minister in den Übergangsrat kooptiert wurden, wurden sie von der Basis gezwungen, ihre neuen Posten wenige Tage darauf schon wieder aufzugeben, da der Übergangsrat zu Recht als „Nachfolger“ Ben Ali's und daher eine Mitarbeit in diesem als „Verrat an der Revolution“ betrachtet wurde. Auch in Ägypten gab es rasch Ansätze zum Aufbau einer neuen, von der Staatsmacht unabhängigen Gewerkschaftsbewegung, die den Klassenkampf vorantreiben und nicht abschwächen wollte (siehe z.B. das 8-Punkte-Forderungsprogramm „Wandel, Freiheit, soziale Gerechtigkeit!“ der „Arbeiterkoalition der 25.Jänner-Revolution“: sofortige Beendigung des Militärregimes und Bildung einer „vom alten Staatsapparat völlig unabhängigen Zivilregierung zur Leitung der Revolution“, sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes, sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen, Auflösung der Geheim- und Sicherheitsdienste des Mubarak-Regimes und Bestrafung aller, die an der

Unterdrückung des Volkes und Folter teilgenommen haben, gerichtliche Aburteilung der Figuren, die die Korruption und die Konfiskation von Volksvermögen symbolisieren, Auflösung der alten Staats„gewerkschaften“, volle Gewerkschaftsfreiheit, Wiedereinstellung aller aus politischen Gründen Entlassenen, Mindestlohn, Schaffung einer Sozialversicherung und - im 8. und letzten Punkt - noch einige gut gemeinte, aber illusorische Wünsche wie „gerechte Löhne“ und „Recht auf Arbeit“).

Nach der ersten Welle der Revolten, soweit diese nicht unmittelbar niedergeschlagen und unterdrückt werden konnten, geht das ganze Sinnen und Trachten der Reaktion dahin, den alten Staatsapparat möglichst weitgehend unversehrt zu erhalten bzw., soweit beschädigt, rasch wieder zu reparieren und wiederaufzubauen. Weil das ohne Einbeziehung des alten Unterdrückerpersonals, ohne die alten Bürokraten und Experten nicht geht, wird „nationale Versöhnung“ getrommelt (sogar in Libyen geht das „nationale“ Übergangsregime davon aus, dass ohne breiteste Beteiligung der Gaddafi-Leute „kein Staat zu machen ist“). Alle Elemen-

oder wenigstens neutral über kämpfende Arbeiter- und Volksmilizen berichtet würde, die sich bewaffnen, die Staatsmacht attackieren und sich nicht mit ein paar hingeworfenen Brocken „Demokratie“ abspeisen lassen. Ein bloßer Blogger ist viel pflegeleichter. Dazu kommt aber leider, dass die vielgerühmten neuen „sozialen Netze“ meist dazu führen, dass man der Staatsmacht eine offene Flanke bietet. Es gibt nichts Bequemes für die „Staatsicherheit“ als diese Art von unfreiwilliger „Selbstanzeige“ von „Rebellen“. Noch schlimmer, wenn solche „sozialen Netze“ direkt von der Staatsmacht und den Imperialisten „inspiriert“ sind und in die Bewegungen eingeschleust werden. Auch das gibt es und nicht umsonst war die CIA direkt an der Schaffung z.B. von facebook (sogar mit einem beträchtlichen Kapitalanteil) beteiligt.

te von revolutionär-demokratischer Selbstorganisation des Volkes, die Volkskomitees und Milizen, müssen dagegen so schnell wie möglich aufgelöst werden. Wo sich die „Rebellen“ bewaffnet haben, müssen sie dringend entwaffnet werden, denn es könnte ja sein, dass sie sich ihre „Revolution“ nicht so einfach wegnehmen oder „konfiszieren“ (wie ein tunesischer Kämpfer es ausdrückte) lassen. Das gilt besonders für Libyen, aber auch für den Jemen, wo die Volksmassen in großem Stil bewaffnet sind, in geringerem Umfang auch für ägyptische Arbeitermilizen, die Anfang 2010 Polizeistationen gestürmt und sich deren Waffen bemächtigt hatten. Die demokratischen Aspirationen der Arbeiter- und Volksmassen müssen von Fragen der wirklichen Demokratie, also der Volkdemokratie, abgelenkt und auf bourgeoise Chimären hingelenkt werden: die Absetzung eines Präsidenten, die Auflösung bzw. Umbenennung der bisherigen Präsidentenpartei, Parlamentswahlen, ein paar Änderungen an der alten oder sogar eine neue Verfassung (ebenfalls wieder eine reaktionäre, bloß vielleicht ein bisschen gesäuberte, z.B. um das Präsidentenamt auf Lebenszeit und ähnlichen

Kram), Volksabstimmungen über nebensächliche Fragen. Und sie müssen vor allem von der Befreiung vom Joch des Imperialismus und von allen sozialen Aspirationen abgelenkt werden, denn der ganze „demokratische“ Zauber samt Umfärben von Bourgeoispolitikern und Parteien dient ja nur dazu, die sozialen Arbeits- und Lebensverhältnisse nicht zu verändern und die neokoloniale Abhängigkeit aufrechtzuerhalten. Aber selbst in Fragen, die theoretisch durchaus im Rahmen eines bürgerlich-demokratischen Regimes gelöst werden könnten, fahren die diversen Übergangsregimes einen harten Kurs. So wurden weder in Ägypten noch in Tunesien die politischen Gefangenen freigelassen, auch nicht diejenigen, die während der Revolten eingesperrt wurden. Es wurde keiner der Funktionäre und Agenten des staatlichen Gewaltapparats, auch nicht die Mordbuben und Folterer, zur Rechenschaft gezogen. Der Ausnahmezustand ist bis heute in Ägypten nicht aufgehoben. Nicht einmal diese elementarsten Forderungen der Massenbewegungen wurden erfüllt, man kann daher nicht einmal von einer „Beschränkung“ der Volksaspirationen auf eine formale bürgerliche

„Demokratie“ sprechen. Dafür wird das Theater einer Gerichtsverhandlung gegen Mubarak abgezogen und werden die Massen für Wahlen mobilisiert, bei denen es um nichts geht. Auf diejenigen, die sich gegen diese Entwicklung stellen, wird schon wieder geschossen und sie werden schon wieder eingesperrt. Das hat damit zu tun, dass die heutigen Übergangs-Machthaber - jedenfalls die in Tunesien und Ägypten, in Libyen könnte es mit einigen lokalen Kommandanten der „Rebellenarmee“ etwas komplizierter sein - allesamt aus der alten Kompradorenbourgeoisie und dem alten Staatsapparat, zumindest aber aus alten „Eliten“ hervorgegangen sind. Und wer sägt schon freiwillig an dem Ast, auf dem er sitzt.

Leider scheint die „Revolution“ dort, wo sie begann, in Tunesien und Ägypten, steckengeblieben zu sein. In Bahrain wurde sie mit Hilfe saudischer Truppen und in enger Abstimmung mit der US-Botschaft blutig unterdrückt. Die Lage im Jemen können wir nicht wirklich beurteilen.⁵ Auch in Syrien hält der Widerstand an und er radikalisiert, organisiert und bewaffnet sich. (Libyen ist aufgrund der direkten imperialistischen Interven-

⁵ *Wie sind die Entwicklung im Jemen, der Rücktritt Saleh's (im Austausch gegen Immunität) und die „Übergangsvereinbarungen“ zu beurteilen? Schafft das die erhoffte imperialistische „Ruhe und Ordnung“? Wie entwickelt sich die Volksbewegung unter den neuen Bedingungen? Wenn sie sich weiter entwickelt, wie verläuft dann die Spaltung der Armee und was bedeutet sie, d.h. in was spaltet sich die Armee und wie stehen die „Deserteure“ zur Volksbewegung?*

tion und des langen und heftigen Bürgerkriegs ein gesondertes Kapitel.)

Von einer Revolution im wirklichen Sinn kann bisher noch in keinem Land die Rede sein ⁶. Aber es ist noch nicht aller Tage Abend. Wir sahen bisher ja nur eine erste Welle an Revolten, die jedenfalls deutliche Vorboten wenn nicht schon Ausdruck einer tiefen potentiell revolutionären Gärung sind. Kann sein, dass sich diese erste Welle für eine gewisse Zeitlang im Sand verläuft, kann aber auch sein, dass sie nur der Vorläufer noch viel heftigerer Ausbrüche in naher Zukunft ist ⁷.

Zur Rolle des „Islamismus“ ...

Mit dem „Islamismus“, also dem „politischen Islam“, sind gemeint ideologisch-politische Strömungen, die die Volksmassen durch eine reaktionäre

„islamische“ Orientierung ideologisch fesseln wollen, um in Wahrheit das imperialistische Kompradorensystem zu festigen und zu schützen. Diese Strömungen waren schon in der Vergangenheit allesamt Kreaturen des Kolonialismus oder Neokolonialismus und stets daran interessiert, sich mit den Machthabern à la Mubarak oder Ben Ali in ein gemeinsames Bett zu legen (obwohl sie teilweise von diesen als unerwünschte Konkurrenz auch verfolgt wurden) und sind dies bis heute. Die Moslem-Bruderschaft in Ägypten z.B. wurde 1927 vom englischen Kolonialismus geschaffen, seit Sadat von den ägyptischen Machthabern in den Staatsapparat integriert, Sadat und Mubarak überließen ihr große Teile des Schul- und Ausbildungswesens, der Gerichte und des Fernsehens. Sie sind entschiedene Gegner jeder sozialen

„Revolution“, jeder auch nur ernsthaften sozialen Reform, sie sind alle (d.h. in allen ihren Spielarten) bedingungslose Anhänger (und Profiteure!) des Kapitalismus und des kapitalistischen Privateigentums sowie der Unterordnung unter den Imperialismus, alle sind sie eingefleischte Feinde der Arbeiter/innenklasse und des Klassenkampfes, für das Streikverbot usw., alle sind sie unbedingte Verteidiger der Stabilität und Unversehrtheit der Staatsmacht. Sie wollen bloß auch selbst an diesem wirtschaftlichen und politischen System beteiligt werden⁸. Sie sind daher ihrem politischen und Klassencharakter nach „natürliche“ Verbündete des Imperialismus, denn ihre oben angeführten „handfesten“ Charakteristika sind dem praktisch denkenden Kapitalisten (im Unterschied zu seinem nur auf Propagandazwecke berechneten Ideolo-

⁶ Um das zu sehen, braucht man kein Kommunist sein. „Ich glaube nicht, dass es sich (Anm.: in Ägypten und Tunesien) um eine Revolution handelt... Die Revolution, wie ich sie verstehe, und in ihrem historischen Sinn ist ein umfassendes Unterfangen. Bis jetzt sahen wir aber nur einfach den Sturz einiger Machthaber, ohne dass die Strukturen der Macht umgestürzt worden wären.“ (Adonis, syrischer Dichter, zitiert nach „Afrique Asie“, November 2011). Bloß weil einige Bourgeois von „arabischer Revolution“ sprechen, um damit auszudrücken, dass eh schon unendlich viel erreicht sei und es mit der Revolte jetzt endlich genug sein müsse, muss man das ja nicht nachplappern. „Revolution“ - das ist zu einem völlig inhaltslosen Bourgeoismodewort geworden. Bisher kann nirgends im arabischen Raum von einer Revolution die Rede sei, auch nicht von einer „begonnenen“ oder „halben“ oder „unvollständigen“, und daher auch nicht von einer „Verbürgerlichung der Revolution“ oder einer „Konterrevolution in der Revolution“.

⁷ Deshalb muss man nicht gleich die Bodenhaftung verlieren und die Entwicklung im arabischen Raum für „die erste revolutionäre Welle der neuen welthistorischen Periode“, die seit der Krise ab 2008 begonnen hätte und den endgültigen „Übergang des kapitalistischen Systems zu einer Etappe des Zerfalls und Niedergangs (markiert)“ (RKOB, „Die halbe Revolution“, August 2011) Diese euphorische Einschätzung (nämlich nicht der historischen Perspektive des Kapitalismus, sondern der aktuellen Situation) hängt mit der „Anbetung der Spontaneität“ zusammen, die der Text betreibt. (Ansonsten enthält er übrigens - abgesehen von den bekannten trotzkistischen theoretischen Aberrationen - auch viel Interessantes und Richtiges, das sich wohltuend von dem vielen „linken“ Bockmist unterscheidet, der zur arabischen und speziell zur libyschen Frage ausgebracht wird.)

⁸ Die von Marx 1847 gegeißelten „sozialen Prinzipien des Christentums“ („Der Kommunismus des ‚Rheinischen Beobachters‘“, MEW 4, S.200) scheinen auch den „Islamisten“ auf den Leib geschrieben - siehe dazu Kasten. Die „etwas jämmerliche Miene“ bezüglich der Lohnsklaverei gehört inzwischen natürlich der Vergangenheit an bzw. findet heute ihre Fortexistenz allenfalls nur in einigen (für sich isoliert genommen übrigens oft durchaus ehrenwerten) „sozialen Engagements“ gegenüber Obdachlosen oder Asylanten.

gen) wichtiger, als ob die Scharia eine Rolle spielt und die Frau die Burka tragen muss. Der einzige Widerspruch, der zeitweilig ein bisschen Sand ins Zusammenarbeitsgetriebe bringen kann, ist der für die „Islamisten“ zwar nur propagandistisch, aber doch wichtige Bezug auf die „nationale Würde“. Aber ihre „Würde“ ist natürlich etwas ganz anderes als nationale Befreiung und Unabhängigkeit, sie ist nur ein ideologisches Konstrukt und man hat noch immer eine Lösung gefunden (wie ja auch die frühe „antikapitalistische“ Rhetorik der Faschisten die Kapitalisten nicht davon abgehalten hat, in den Faschisten „ihre Leute“ zu erkennen). Heute, unter den gegebenen Umständen, angesichts der massiven Volksbewegungen tritt der „politische Islam“ in verschiedenen Formen auf. Es gibt die offen und extrem reaktionären Strömungen, z.B. die Salafisten, in Ägypten etwa in Gestalt der Al-Nour Partei. Das sind nicht nur finsternste Dunkelmänner, sondern - sehr profan - von Saudi-Arabien finanzierte faschistische Schlägerbanden, die auf Streikende, Demonstranten, sich am öffentlichen Leben beteiligende Frauen, koptische Christen usw. losgelassen werden und dabei häufig in Abstimmung oder sogar im Auftrag mit der Militärdiktatur arbeiten. Es gibt es aber auch Strömungen, die einen „gemäßigten“ und „modernen Islam“ predigen, dar-

unter momentan wichtige Teile der Moslem-Bruderschaft. (Und es gibt auch Strömungen unter den Anhängern islamischen Glaubens, z.B. einen Teil der Sufisten, die bürgerlich-liberal und laizistisch ausgerichtet sind: für die Trennung von Kirche und Staat, für Religionsfreiheit (wichtig angesichts der großen koptischen Minorität), für bürgerliche Rechte, manchmal sogar auch für solche für die Frauen. Sie spielen keine bedeutende Rolle im derzeitigen politischen Getriebe, könnten aber eine strategische Neutralisierungsreserve, vielleicht sogar eine aktive Reserve im Kampf gegen die „islamistische“ Reaktion darstellen.) Von den „gemäßigten Islamisten“ orientieren sich viele angeblich oder wirklich am Vorbild der türkischen AKP, aber das deutet keinesfalls zwingend auf irgendeine Ähnlichkeit hin, sondern reflektiert nur das gewachsene Gewicht und „Ansehen“ der Türkei im arabischen Raum wie auch in der internationalen Arena und ihre veränderte geopolitische Positionierung, kurz: die Nützlichkeit und Zweckmäßigkeit für diese Kräfte, sich als der türkischen AKP nahestehend auszugeben. Klassenmäßig betrachtet, reflektieren diese Strömungen, sofern ihr neues Image nicht nur Lug und Trug ist, die Interessen solcher Teile der Bourgeoisie, die unter den alten Regimes an den Rand gedrängt und von den Privilegien ausgeschlossen waren, darunter auch

Elemente, die sich erst im letzten Vierteljahrhundert im „privaten Sektor“ und in Widerspruch zum bürokratischen Finanzkapital entwickelt haben. Die totale Beherrschung z.B. der tunesischen oder ägyptischen (aber natürlich auch der algerischen usw.) Wirtschaft durch eine Art „staatsmonopolistische“ bürokratische Kompradorenbourgeoisie ist diesen Elementen, aber auch Teilen der Weltbourgeoisie ein Dorn im Auge, nämlich denen, die auf diese Art das Nachsehen haben. In Ägypten z.B. dominiert der US-Imperialismus, in Tunesien der französische. Leicht zu begreifen, dass es immer auch andere Imperialisten gibt, die an mehr „Öffnung“ und „Liberalismus“ interessiert sind, weil sie auch zum Zug kommen wollen. Der IWF ist der Wortführer dieser Interessen in einer theoretisierten Form, eine Art globaler „ideeller Gesamtkapitalist“ in dieser Frage. Er drängt daher auch jetzt die „Übergangsregierungen“ in diese Richtung. „Nach der Revolution kommt - die Privatisierung“ überschrieb die „Monde Diplomatique“ einen kritischen Artikel über die IWF-Politik gegenüber dem „arabischen Frühling“. Aber auch im Inneren dominieren bestimmte historisch gewachsene Bourgeois-Fraktionen, denen gegenüber im Laufe der Jahrzehnte im Zuge der zunehmenden Integration der Wirtschaft in das immer mehr globalisierte imperialistische

Weltsystem auch Konkurrenz erwachsen ist⁹. Dieser internationalen und nationalen Konstellation entsprechen im Inneren dieser Länder jeweils entsprechende Fraktionen der Kompradorenbourgeoisie. Die „modernen Islamisten“ machen sich gerne zu Wortführern dieser Fraktionen der Bourgeoisie. Daher auch die große Affinität eines guten Teils der oberen kleinbürgerlichen Mittelschichten (Advokaten, Finanzexperten, Medienleute, auch Ärzte...) zu ihnen.

Gemeinsam ist den „modernen“ und den „fundamentalistischen“ „Islamisten“ wie gesagt die hundertprozentige Verfechtung des kapitalistischen Privateigentums und des Profitsystems und die hundertprozentige Ablehnung jeder Artikulation von Klasseninteressen der Arbeiter/innenklasse und des Volkes und des Klassenkampfes. Gemeinsam ist ihnen, dass diesen Grundfragen gegenüber die Frage, wie der Profit gemacht

wird, völlig in den Hintergrund tritt. Ob der Profit nur aus dem imperialistischen Profit abgezweigt wird, also nur ein Kompradorenprofit ist, ist ihnen - genau wie den alten Regimes - egal, Hauptsache, sie haben Zugriff auf ihn und der Zaster stimmt. Das Problem der neokolonialen Unterwerfung des Landes ist ihnen - abgesehen vielleicht von ein bisschen nach außen zur Schau getragenen Getue um die „nationaler Würde“ - kein Problem. Das enge Zusammenspiel dieser Kräfte, insbesondere bzw. noch viel reibungsloser der „modernen“ oder „gemäßigten“, mit Imperialismus und Neokolonialismus und das heißt natürlich ihre Unterwerfung unter diesen in ökonomischer und sozialer (nicht unbedingt auch in ideologischer und politischer) Hinsicht, ist offensichtlich. Sie sind, wenn es mit den Ben Ali und Mubarak oder auch mit den Gaddafis nicht mehr klappt, die „natürlichen Verbündeten“ der Imperialisten, ihre verlässlichsten

Wachhunde in unruhigen Zeiten¹⁰. Jenseits aller (ohnehin nur propagandistisch auf hiesige Kolonialideologie und hiesigen Rassismus gerichteten) Lamenti über die „islamistische Gefahr“, wächst mit dem Bedarf auch die „Wertschätzung“ der Imperialisten (und auch der Zionisten) für eben diese „Islamisten“. Sie sind, so wie sich die Lage in vielen Ländern darstellt, der einzige erfolversprechende Garant neokolonialer „Stabilität“ und deshalb, sobald es keine Mubarak etc. mehr gibt, auch stets willkommener Adressat imperialistischer Finanz- und sonstiger Hilfe. Wobei auch hier wieder der US-Imperialismus anscheinend, jedenfalls nach außen, von weniger „ideologischem“ Bauchweh geplagt wird als seine europäischen „Verbündeten“.

Momentan hängt sich nicht nur die tunesische Ennahda (die in der Vergangenheit kein ganz so offener Regimebüttel war wie die ägyptische Mos-

⁹ Das Militär ist z.B. in Ägypten ein zentraler Teil der Kompradorenbourgeoisie, nicht nur in politischer Hinsicht, als Kern der Staatsmacht, sondern auch ökonomisch: 40% (!) der ägyptischen Wirtschaft werden entweder direkt vom Militär beherrscht oder von der vom Militär kontrollierten Staatsbürokratie oder von „privaten Geschäftsleuten“, die ehemalige Offiziere und intensiv mit dem Militär verfilzt sind. Kein Wunder, dass es dagegen Konkurrenz gibt.

¹⁰ Es kommt eben doch auf die Kernfrage an (und nicht auf ideologische Trugbilder), die Kernfrage aber ist der Profit. Auch in Europa hat ja weder die „protestantische Werkmoral“ (Walter Benjamin, „Über den Begriff der Geschichte“, XI), nämlich dass die beste Weise, Gott zu dienen, darin bestünde, einen ordentlichen Profit zu machen), und schon gar nicht der katholische „radikalchristliche Fundamentalismus“ (so müsste das doch wohl heute heißen?) die „Gläubigen“ daran gehindert, unter bestimmten Bedingungen - „Glauben“ hin oder her - im Faschismus die bessere Lösung für Profit und „nationale Ehre“ und selbstverständlich auch Gott zu sehen. (Was natürlich nicht bedeutet, dass nicht auch Menschen christlichen Glaubens Antifaschisten waren (und weitere es hätten sein können), aber in aller Regel nicht wegen, sondern trotz ihrer Religionszugehörigkeit. Die „Hirten“ haben ihren „Schäfchen“ jedenfalls das Gegenteil gepredigt und auch das frömmelnde, kriecherische, kerzer schluckende Wesen des Christentums, kurz: sein Charakterzug als Ideologie der Kanaille, wie Marx sagt, tendiert in diese Richtung.)

lem-Bruderschaft und daher heute ihre Rolle besser spielen kann als diese) am „AKP-Vorbild“ an, sondern sogar die ägyptische Moslem-Bruderschaft. In jedem Fall, ob „fundamentalistisch-reaktionär“ oder „gemäßigt-modern“, ist dieser „politische Islam“ ein Versuch der Imperialisten und Kompradoren, ihre Herrschaft in neuem Gewand aufrechtzuerhalten. Die Abhängigkeit vom Imperialismus, die Einbettung in das kapitalistische Weltsystem, die politische Herrschaft einer Klasse von (mehr oder weniger) Lakaien des Imperialismus, die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter/innenklasse und des Volkes (samt der Unterdrückung der Frauen), die Unterdrückung des Klassenkampfes - darüber sind sich alle einig. Alles soll in den Kernfragen bleiben wie es war, es soll und muss bloß in anderer politisch-ideologischer Verkleidung erscheinen. Sofern und insoweit in einem Land die „Revolution“ (anhaltend, nicht als bloß zeitweilige Abschwächung vor einem neuen Aufschwung) an Schwung verliert und in Krebsgang übergeht oder sogar in Rückzug, es andererseits aber dennoch zu riskant wäre, einfach das alte Regime ohne jegliche neue Verzierung und Bemalung fortzuführen, ist es hochgradig wahrscheinlich, dass sich ein reaktionärer Block aus der alten Staatsmacht und irgendwelchen (durch Wahlen legitimierten) „Islamisten“ bildet. Wahrscheinlich hat diese

Blockbildung in Tunesien und Ägypten im Dezember 2011 begonnen. Aber wie man sieht, kann auch sie sich nicht ohne Widersprüche und Konflikte vollziehen.

... und zur Frage des Islam

Die Frage des „Islamismus“ darf aber nicht mit der Religionsfrage in eins gesetzt werden. Es ist ganz falsch, einen Widerspruch etwa zwischen „Islamismus“ und „Laizismus“ zum Hauptwiderspruch der Entwicklung und zum Maßstab aller Dinge hochzustilisieren. Ein Reaktionär und Imperialistenknecht ist und bleibt ein Reaktionär und Imperialistenknecht, gleichgültig ob er sich als „Islamist“, als Adept der französischen „republikanischen Werte“ oder als Verehrer der US-amerikanischen „freedom and democracy“ geriert. Was sind die im Namen des „Islamismus“ begangenen Verbrechen gegen die, die von den „Erben der Aufklärung“ und Aposteln des Laizismus und der „Menschenrechte“ (und ähnlicher Phantasmagorien) begangen wurden und werden? Die „christlich-abendländische“ (neuerdings von den Repräsentanten eben des Systems, das Millionen europäischer Juden auf dem Gewissen hat, auch gerne als „christlich-jüdisches Erbe“ bezeichnet) bzw. die „aufgeklärt-republikanische“ Dampfwalze (mit fortschreitendem Verfaulen der imperialistischen Gesellschaft fallen beide immer mehr zusammen),

beide samt ihren zionistischen Auslegern, sind für die um ihre politische, nationale und soziale Befreiung kämpfenden arabischen Massen ohne jede Relevanz, während sie hierzulande immerhin der Verhetzung und Verblödung dient.

Selbstverständlich können auf unserer Seite der Barrikaden, auf der Seite der proletarischen Weltrevolution und des Befreiungskampfes der unterdrückten Völker gegen den Imperialismus, auch Menschen mit (religiöser) islamischer Bindung eine positive (warum nicht sogar eine ausgezeichnete?) Rolle spielen, solange sie nicht ihre Religion mit reaktionären Rezepten verbinden. Wie ja auch nicht jeder Christ automatisch und in jeder beliebigen Situation zwingend ein Reaktionär sein muss. Der Islam wird von Teilen der arabischen (und anderer) Massen oft einfach betrachtet als Ausdruck ihres Widerspruchs zum Imperialismus, der sie ins Elend gestürzt hat. Referenz auf den Islam, ohne bzw. bevor sie von den „Islamisten“ für das genaue Gegenteil ausgenutzt wird (wie die Faschisten antikapitalistische Aspirationen der Massen ausnutzten), muss daher nicht zwingend (auf gut wienerisch ausgedrückt) die islamische Abart der verlogenen und reaktionären katholischen Kerzelschluckerei sein, sondern kann auch nur eine spontane Reaktion sein gegen die Knechtung, Herabsetzung, Entwürdigung und damit ge-

gen die Ausbeutung und Unterdrückung durch den Imperialismus¹¹. Besser wäre es natürlich, die Massen stünden unter Führung einer revolutionär-kommunistischen Partei, aber da liegt noch ein gutes Stück Arbeit vor uns.

Umgekehrt aber führt die Überhöhung und Verdrehung der „Islamismus“-Debatte hierzulande auch „antiimperialistische“ Kreise oft dazu, dass sie sich auf die falsche Seite zu stellen. Wenn einem ein obskurer imperialistischer „Laizismus“ und die imperialistischen „Menschenrechte“ wichtiger sind als die soziale und politische Befreiung der arabischen Volksmassen, findet man sich rasch auf der Seite des „aufgeklärten Menschenrechtlers und Demokraten“ Obama oder der christlich-abendländischen Frontfrau Merkel oder des „Republikaners“ Sarkozy wieder. Jedenfalls ist nicht der Islam (als Religion) der Hauptfeind in Tunesien oder Ägypten, und auch der „Islamismus“ nur, soweit er (bereits) einen Teil oder die politische Agentur des Hauptfein-

des, nämlich der Kompradorenbourgeoisie, bildet, aber dann tut er das nicht wegen des Islam, sondern wegen seines konterrevolutionären Programms. Man darf nicht die religiöse Frage, also die Frage des Islam, mit der Frage des „Islamismus“, des „politischen Islam“, und damit mit der Frage nach den Perspektiven der Revolten und der arabischen Revolution vermischen.

Zu Fragen der Militärpolitik der arabischen Revolution

Seltsamerweise (ist es wirklich so „seltsam“?) befasst sich niemand mit der militärischen Seite der (bisherigen) arabischen Revolten, jedenfalls niemand auf unserer Seite der Barrikaden, denn die Imperialisten und ihre Ableger tun das natürlich schon. Es ist aber wichtig, denn irgendwann werden in der arabischen Welt (und anderswo) Revolten zu wirklichen Revolutionen reifen und dann geht es um die Machtergreifung durch die Arbeiter/innenklasse und das geht nur auf militäri-

schem Weg. Militärische Kämpfe (nicht passives Sich-Abschlachten-Lassen!) gab es bisher außer in Libyen (und seit Dezember 2011 ansatzweise auch in Syrien) nur in kleinem Umfang. Allerdings: Auch in Ägypten ließen sich nicht alle nur „friedlich“ auf dem Tahrir-Platz festnageln, bis sie be- und weggeschossen wurden, sondern griffen sie (vor allem in den Arbeiterbezirken) Polizeistationen an (um „Sicherheit“ vor der Polizei zu haben und auch um sich selbst zu bewaffnen), attackierten sie auch von sich aus immer wieder das nahe gelegene Innenministerium, was von den westlichen „Kolonialdemokraten“ natürlich gar nicht gerne gesehen wurde: abgeschlachtete Opfer sind akzeptabel und für Krokodilstränen gut zu gebrauchen, aber Kämpfer, die sich bewaffnen und die Staatsmacht angreifen...? Ähnlich in Tunesien: Selbstverteidigungskomitees, Stürmung von Polizeistationen, Entwaffnung der Polizisten und Bewaffnung des Volks, Besetzung von lokalen Ver-

¹¹ Während der russischen Revolution musste sich die bolschewistische Partei selbstverständlich mit der Rolle des Islam bei den „Völkern des Ostens“ befassen. Der (tatarische) Bolschewik Mirzayet Sultan-Galijew sagte einmal, dass - unter bestimmten historischen Bedingungen - die Massen in den „Prophezeiungen des Koran“ und im „Königreich des Mahdi“ auch ihre tiefe menschliche Sehnsucht nach dem Kommunismus wiederfinden könnten. Allerdings schlossen sich diese Massen den Bolschewiki und der Roten Armee an und nicht einer Art russischer Ennahda oder Moslem-Bruderschaft. Ähnliches gab es übrigens dort oder da auch immer wieder in der Geschichte des Christentums. Vielleicht sollte man an dieser Stelle das berühmte, aber meist verkürzte Zitat von Marx zur Religion in Erinnerung rufen: „Das religiöse Elend ist in einem der Ausdruck des wirklichen Elendes und in einem die Protestation gegen das wirkliche Elend. Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Die Religion ist Opium des Volkes.“ („Zur Kritik der Hegel'schen Rechtsphilosophie“, MEW 1, S.378) Die Rede ist hier natürlich nur von der Religion selbst, also von der Ideologie des Christentums, nicht von der reaktionären Institution der Kirche(n), oder eben - in unserem Zusammenhang - nur vom Islam als Religion, nicht von reaktionären politischen staatlichen Institutionen und Parteien, die sich auf den Islam beziehen. Die oft zu hörende „Variante“: „Die Religion ist Opium für das Volk“ ist eine zu kurz greifende Vereinfachung, denn die Religion wird nicht nur „von außen“ in das Volk (dem an und für sich religiöse Ideen fremd wären) hinein geschüttet: „Die Religion ist eine Art geistigen Fusels, in dem die Sklaven des Kapitals ihr Menschenantlitz und ihre Ansprüche auf ein halbwegs menschenwürdiges Dasein ersäufen.“ (Lenin: „Sozialismus und Religion“, LW 10, S.70)

waltungen, Schaffung von Selbstverwaltungsorganen. Im Jemen muss es das auch geben, allein schon wegen des hohen traditionellen Bewaffnungsgrades der Bevölkerung, aber wir wissen nichts darüber. In Syrien gibt es offenbar schon seit einigen Monaten schrittweise einen Übergang zu organisiertem bewaffnetem Widerstand gegen die Attacken des Regimes (was vielleicht dadurch erleichtert wird, dass sich immer mehr Deserteure aus der Armee in die Revolte einreihen).

In Libyen aber gab es einen veritablen Bürgerkrieg. Aus dessen Verlauf kann und muss man Lehren ziehen und Erfahrungen gewinnen, die für den revolutionären Bürgerkrieg um die volksdemokratische Macht relevant sind. Es ging zwar bisher „nur“ um den Sturz des Gaddafi-Regimes, aber es waren trotzdem - rein militärisch betrachtet - in der Hauptsache militärische Kämpfe zwischen eher zu schlecht als zu gut aufgestellten Milizverbänden und einer gut organisierten Staatsmacht, die allerdings, wie man sah, im Aufstandsfall vor Zersetzung nicht gefeit war. Im revolutionären Krieg um die Macht

im Staat wird es nicht anders sein. (Dass die „Rebellen“ in Libyen von der NATO durch Bomben und Raketen, aber auch „on ground“ in puncto Aufklärung, Kommunikation, Logistik und Training unterstützt wurden, berührt diese Frage nur am Rande.) Eine Analyse dieser Kämpfe wird wichtige Schlussfolgerungen für eine revolutionäre Militärpolitik in diesen und vergleichbaren Ländern ermöglichen: in erster Linie - abgesehen natürlich von der ideologischen und politischen Seite des Kampfes - Fragen der militärischen Strategie und Taktik, aber auch bezüglich der Organisations- und Kommandostrukturen, der Beschaffung von Waffen vom Feind, der Herstellung der Einsatzfähigkeit der Verbände und erbeuteten Waffen(systeme), des Aufbaus der militärischen Infrastruktur (von Aufklärung über Kommunikation bis Nachschub), des Aufbaus eines selbständigen Sanitätswesens (denn die Spitäler gehören dem Feind!), von Möglichkeiten und Methoden zur Paralyse der feindlichen Verbände und noch anderes mehr. Es werden natürlich vor allem arabische Genoss/innen sein, die das

tun müssen und können. Hier nur so viel: Der erste Bürgerkrieg in Libyen, derjenige gegen das Gaddafi-Regime, ist in den Städten und im Kampf um diese entschieden worden (und nicht in kaum bewohnten Wüstengebieten). In den Städten ist nicht nur die Masse des Volkes konzentriert, dort steht auch die Staatsmacht samt ihrer bewaffneten Verbände (und die Schaltstellen der imperialistischen Diversions- und Intervention), die Städte sind auch die Infrastrukturzentren und Verkehrsknotenpunkte sowie die Zentren der Wirtschaft und der Bourgeoisie.¹²

Auch beim zukünftigen Kampf um eine revolutionäre volksdemokratische Macht wird es nicht anders sein. Auch in Syrien spielt sich die Masse der Kämpfe in dem dicht besiedelten Raum von Aleppo über Hama und Homs bis Damaskus sowie im Küstenstreifen zwischen Latakia und Tartus nahe der libanesischen Grenze ab; in diesen Zonen ist sowohl die Masse der Bevölkerung als auch die Masse der Industrie- und sonstigen Produktion (nicht die Öl- und Gasförderung, die im Osten des Landes konzentriert ist, aber sehr

¹² Im „Truppendienst“ des Österreichischen Bundesheeres (6/2011) liest man dazu in einem Artikel „Einsätze im urbanen Umfeld“: „Machtzentren liegen in der Regel in Städten, ihre symbolhafte Wirkung zieht Konflikte an. Die Beherrschung dieser Räume ist daher entscheidend. Den potenziellen Gegnern ist bekannt, dass sie modern ausgerüsteten Streitkräften sowohl zahlenmäßig als auch technisch unterlegen sind. Sie wissen aber auch, dass schon geringe Verluste der Streitkräfte (Anm.: der Staatsmacht) trotz erfolgreicher Einsatzführung ausreichen können, diese Einsätze in der Öffentlichkeit in Frage zu stellen. Sie müssen taktisch oft nur überleben, um strategisch zu siegen. Deshalb werden sie bestrebt sein, moderne Streitkräfte dorthin zu ziehen, wo die Vorteile der technischen Überlegenheit verloren gehen und gleichzeitig die Anfälligkeit für deren Verluste steigt.“

wohl die Verarbeitung und Verschiffung) angesiedelt¹³. Der Revolutionskrieg, ob Aufstand (oder als Aufstand beginnend), Volkskrieg oder beides, muss dort geführt werden, wo das Volk lebt und arbeitet. Es geht daher unter den genannten Bedingungen nicht ausschließlich, aber doch sehr maßgeblich um städtische Guerilla und Häuserkampf in den Städten. Es gibt dafür viele Erfahrungen aus den arabischen Befreiungs- und Unabhängigkeitskriegen, insbesondere aus dem Algerienkrieg und aus dem Befreiungskampf der Palästinenser (in Palästina, in Jordanien, im Libanon).

Natürlich kann es sich in einer Situation der Defensive bei ungünstigen Kräfteverhältnissen und in bestimmten Konstellationen dennoch als notwendig erweisen, dass sich revolutionäre bewaffnete Kräfte zeitweilig in abgelegene Gebiete zurückzuziehen, aber dann eher, um dort eine gewisse Zeit zu überleben, sich „einzuigeln“¹⁴, sich neu zu gruppieren und zu formieren, Kräfte zu sammeln, um bei entsprechender Entwicklung der Dinge loszuschlagen. Das ist dann keine strategische Orientierung, sondern eine taktische. Es kann auch notwendig sein, unter marginalisierten oder

sogar versprengten ethnischen Minderheiten zu arbeiten, vielleicht sogar unter nomadisierenden, aber das sind Randfragen der arabischen Revolution. Aber eine *strategische* Orientierung auf den Aufbau befreiter Gebiete in mehr oder weniger menschenleeren Gebieten, wäre ein wenig sinnvolles Unterfangen.¹⁵

Aber auch dort, wo es noch keinen wirklichen Bürgerkrieg gab/gibt, sondern „nur“ bewaffnete Scharmützel mit der Staatsmacht, muss die militärische Seite dieser Erfahrungen analysiert und ausgewertet werden. In

¹³ Es ist natürlich nicht egal, nicht für den Klassenkampf überhaupt und auch nicht für dessen militärische Seite, ob die städtische Bevölkerung eine kleine Minderheit darstellt (wie z.B. in Uganda mit 15%, in Äthiopien mit 17% oder im Sudan) oder die Mehrheit (wie z.B. in Jordanien mit 83%, im Irak mit 66%, in Tunesien mit 65%, in Marokko mit 58%, in Syrien mit 54% oder in Libyen). Ein paar Beispiele aus (dem nicht-arabischen) Asien: Nepal: 14%, Sri Lanka: 15%, Afghanistan: 23%, Bangla Desh: 25%, Indien: 29%, Pakistan: 35%, China: 47%, Iran: 69%. Demgegenüber sind in Südamerika die Spitzenreiter Uruguay mit 94% und Argentinien mit 91%, es folgen Venezuela mit 88%, Chile mit 87%, Brasilien mit 84%, Kolumbien mit 76%, Peru mit 74% und Bolivien mit 66%. Österreich lag übrigens - damit man ein besseres Gefühl für diese Zahlen kriegt - bei der letzten Volkszählung bei 67%. Quelle: Demographic Yearbook der UNO 2010.

¹⁴ Die Partisanenverbände, die während des Zweiten Weltkriegs im südlichen Oberösterreich und in der nördlichen Steiermark operierten, nannten ihren Hauptstützpunkt im Schönberggebiet nicht zufällig den „Igel“. Sie waren nämlich auf sich allein gestellt und hatten nicht wie die Kärntner Partisanen so etwas wie die slowenische bzw. jugoslawische Volksbefreiungsarmee hinter sich. Dass die Kärntner Partisanen und in einer späteren Kriegsphase auch die südweststeirischen anders operieren konnten als die oberösterreichischen, hat - neben anderen politischen und ideologischen Faktoren - auch diesen Grund. Der Partisanenkampf gegen den Hitlerfaschismus in Mitteleuropa wurde während eines großen Kriegs geführt und stand nicht für sich allein genommen da. Er war Teil der internationalen proletarischen Kampffront gegen den Faschismus, die - was Europa betrifft - die Rote Armee (und die von ihr geführten sowjetischen Partisanenverbände!) ebenso einschloss wie die Kommunistischen Parteien und die gesamte europäische Résistance. Daher auch die spezifischen Kampfziele: es galt, Naziverbände der Wehrmacht, der SS und der Polizei zu binden, das Naziregime in den betroffenen Gebieten politisch und moralisch zu untergraben und zum gegebenen Zeitpunkt einen möglichst großen Beitrag zur Befreiung vom Faschismus zu leisten. Etwas anders stellte sich die Sache in Westeuropa, z.B. in Frankreich, dar, wo die Résistance auf die selbständige Machtergreifung zielen musste. Anders auch auf dem Balkan, wo die antifaschistische Bewegung stark genug war, ebenfalls darauf Kurs zu nehmen.

¹⁵ Dies hat nichts zu tun mit folgender Einschätzung der „Österreichischen Militärischen Zeitung“ (1/2012, p.10): „Die so genannten ‚neuen Kriege‘ haben viele Wesensmerkmale der alten - der konventionellen. Das war in Libyen deshalb möglich, weil der Krieg überwiegend entlang der Küste ... in offenem Gelände geführt wurde ... und weil die Rebellen weniger als Partisanen denn in geschlossenen Verbänden taktisch wie reguläre Truppen operieren konnten und mussten.“ Der Herr Militärexperte kann sich offenbar einen „irregulären“ Krieg an und für sich kaum vorstellen und einen erfolgreichen noch viel weniger; er ist einfach nicht auf der Höhe der Zeit der „counter insurgency“. Revolutionäre Kommunisten brauchen jedoch die *bourgeoise* Borniertheit nicht im eigenen Kopf - bloß mit umgekehrten Vorzeichen - spiegeln. Ob eher in kleinen Partisanenverbänden („asymmetrisch“ in der modernen *bourgeoisen* Militärsprache) oder „regulär“ und in größeren und kombinierten Verbänden operiert wird, hängt nicht nur vom Gelände ab, sondern von vielen strategischen und taktischen Gegebenheiten ab, darunter auch sehr maßgeblich von den Kräfteverhältnissen (im weitesten Sinn, von den

den Straßenkämpfen, bei den Besetzungen von Plätzen und Objekten, beim Selbstschutz der Aktivisten bis hin zum Aufbau und zur Bewaffnung von Selbstverteidigungskomitees, beim Sturm auf Polizei- und andere Kasernen, bei der Sanitätsversorgung, bei der Paralyse, Ausschaltung und Entwaffnung feindlicher Verbände - überall, um nur einige der wichtigsten Fragen zu nennen, wurden zweifellos wichtige Erfahrungen gesammelt.

Nur ein auch vor Ort stark diskutiertes Beispiel: Die Besetzung und Verteidigung eines Platzes kann wichtig sein, sie kann aber auch unzureichend oder falsch sein. Sie kann eine symbolische Bedeutung haben, die

Volkskämpfe beflügeln und zu ihrer Organisation beitragen, sie kann aber auch bloß sinnloses Kräfteverschleiß bedeuten. Militärisch gesehen ist jedenfalls die Defensive, und das ist die Verteidigung eines Platzes oder eines Gebäudes etc. (nicht immer, aber) in der Regel, der „Tod des Aufstands“. Es geht in jedem Fall darum, energisch die Initiative zu ergreifen und zu behalten¹⁶ bzw. dem Feind die Initiative zu entreißen. Es geht um Flexibilität, aber ohne Verlust der Initiative, um die Kombination von Vorstoß und Rückzug, um die richtige Behandlung der Frage „Stellungs- und/oder Bewegungskrieg“. Um das alles geht es natürlich subjektiv erst, sobald man nicht mehr nur friedlich de-

monstriert und wartet, bis die Staatsmacht dreinhaut oder -schießt, sondern sobald man selbständig eigene Ziele auch mit militärischen Mitteln verfolgt. Wir kennen das Thema aus der Geschichte, auch aus der österreichischen, z.B. aus dem Jahr 1934, ein bisschen auch aus dem Massenstreik 1950 (Verbindung des Massenstreiks mit dem Kampf um den Ballhausplatz!) und übrigens - im Miniformat - aus unseren eigenen Demonstrationserfahrungen der letzten Jahrzehnte, sobald es nicht mehr „friedlich“ zugeht, sondern man z.B. einen Flughafen, eine Botschaft oder sonst ein Gebäude, einen faschistischen Auftritt, eine Bourgeoisinstitution oder -veranstaltung etc. ins Visier nahm. Nichts

sozialen und politischen Verankerung bis zum militärischen Entwicklungsstand der Bewegung und ihrer Bewaffnung). Eins geht auch ins andere über. Weiters wurde in Libyen keineswegs nur „in offenem Gelände“, sondern ebenso in den und am Rande der Städte gekämpft, was für die „Rebellen“ natürlich in der Regel ein Vorteil ist (z.B. weil Kampfpanzer nicht für den Häuserkampf gemacht sind). Rückblende: Es wäre z.B. absurd gewesen, 1917-1920 im Bürgerkrieg und Krieg gegen die imperialistische Intervention im Gefolge der Russischen Revolution unterschiedliche militärstrategische Konzepte oder Kampfformen mechanisch zu verabsolutieren und einander entgegenzustellen, wiewohl natürlich in jeder gegebenen Situation strategische und taktische Klarheit über den jeweils einzuschlagenden Weg bestehen muss. Partisanenkampf und Elemente „regulärer“ Kriegsführung sind ebenso wenig getrennte Welten wie Angriff und Verteidigung, Bewegungs- und Stellungskrieg etc., von speziellen Gefechtsformen, Waffensystemen etc. gar nicht zu reden. Dogmen „braucht“ man - auf gut wienerisch - wie einen Kropf - auch im militärischen Bereich. [Für speziell Interessierte an der Entwicklung der „Militärdoktrin“ (oder im Fachjargon: des „Feldreglements“) der Roten Armee im Bürger- und Interventionskrieg ab 1917 siehe z.B. die Schriften, Anweisungen und Befehle von Frunse, eines der bedeutendsten Militärs der Bolschewiki, ab 1923 Oberkommandierender der Roten Armee, z.B. „Die einheitliche Militärdoktrin und die Rote Armee“ aus 1921 oder „Die Rote Armee früher und jetzt“ aus 1923. Ihm (und der Parteiführung) ging es nicht nur um heldenhaften Kampf, sondern auch um den Sieg im Bürger- und Interventionskrieg und dafür wären sehr rasch Arbeitermilizen und Partisanenverbände alleine zu wenig gewesen. Jeder Aufstand, jeder Partisanenwiderstand, jeder Revolutionskrieg, jeder Volkskrieg greift im Zuge seiner Entfaltung auch auf Methoden der „regulären“ Kriegsführung zurück und schließt sie mit ein. Wie übrigens auch ein Aufstand bzw. eine Revolution schwer vorstellbar sind, die nicht - jedenfalls nicht als Regelfall - mit Krieg und ausländischer Intervention einhergehen.]

¹⁶ Siehe z.B. die Überlegungen von Engels zur Aufstandstaktik nach den Erfahrungen 1848/49 in dem Kapitel XVII „[Der Aufstand]“ aus „Revolution und Konterrevolution in Deutschland“: „...hat man einmal den Weg des Aufstands beschritten, so handle man mit der größten Entschlossenheit und ergreife die Offensive. Die Defensive ist der Tod jedes bewaffneten Aufstands; er ist verloren, noch bevor er sich mit dem Feinde gemessen hat. Überrasche deinen Gegner, solange seine Kräfte zerstreut sind, Sorge täglich für neue, wenn auch noch so kleine Erfolge; erhalte dir das moralische Übergewicht, das der Anfangserfolg der Erhebung dir verschafft hat; ziehe so die schwankenden Elemente auf deine Seite, die immer dem stärksten Antrieb folgen und sich immer auf die sichere Seite schlagen; zwinge deine Feinde zum Rückzug, noch ehe sie ihre Kräfte gegen dich sammeln können; um mit den Worten Dantons, des größten bisher bekannten Meisters revolutionärer Taktik zu sprechen: Kühnheit, Kühnheit, und abermals Kühnheit!“ (MEW 8, S.95) Die Rede ist hier selbstverständlich von städtischen Aufständen, nicht vom lang andauernden Volkskrieg, wie er heute z.B. in Indien geführt wird.

ist auf Dauer weniger zielführend (und auch frustrierender) als „friedliche“ Passivität oder halbherzig organisierter oder womöglich nur symbolischer „militanter“ Pseudo-Aktivismus mit dem darauf oft unvermeidlich folgenden Verprügeltwerden.

Jedenfalls ist es wichtig, die reichen (und im Verhältnis zu den europäischen der letzten Jahrzehnte ungleich reicheren) militärischen Erfahrungen aus den Volkskämpfen im arabischen Raum sorgfältig auszuwerten und im Lichte der revolutionär-kom-

munistischen Militärtheorie zu analysieren, um sie für die Militärpolitik der proletarischen Revolution nutzbar zu machen und zugleich die Militärtheorie zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Das (ebenso natürlich wie die Analyse der militärischen Seite der proletarischen Weltrevolution der letzten Jahrzehnte und bis heute) bringt wesentlich mehr als spitzfindige Scholastik über den „Begriff des Volkskriegs“ und andere jesuitische Themen.¹⁷ Dass die Militärfrage dabei nicht losgelöst von der Strategie und Taktik der proletari-

schen Machtergreifung insgesamt zu behandeln ist, sondern deren integrales Element darstellt, und dass die ökonomischen, sozialen, politischen, ideologischen und eben auch militärischen Faktoren der Revolution miteinander engstens verflochten sind, dass (nur als ein Beispiel) die Klassenstruktur eines Landes einen Einfluss auf die militärischen Kampfziele und -methoden hat, ebenso seine politische Geschichte, auch seine (imperialistische) Umgebung etc. versteht sich hoffentlich von selbst.

Teil II:

Jüngste Entwicklungen an Brennpunkten der arabischen Revolution“

Tunesien: Nach den Wahlen vom Oktober

Die Wahlen vom Oktober 2011 wurden von den Imperialisten und der Reaktion als glänzender „Sieg der Demokratie“ gefeiert. „Schlangen vor den Wahllokalen“, „Jubelstimmung“, „Begeisterung für die Demokratie“ und - abgesehen von den „geringfügigen“ Wahlbetrügereien - ein „ordentlicher“ Ablauf unter dem wachsamen Auge imperialistischer Wahlbeobach-

ter (der OSZE). Allerdings haben sich nur 3,9 von 7,6 Millionen Menschen in wahlfähigem Alter, das sind weniger als 49%, überhaupt beteiligt. Der Rest ließ sich entweder gar nicht erst in die Wählerlisten eintragen oder ging trotz „Wahlberechtigung“ nicht hin. Klarer Sieger, mit „überwältigenden 41% der Stimmen“ wurde die „gemäßigt islamistische“ Ennahda („Wiedergeburt“). Dies repräsentiert angesichts der niedrigen Wahlbeteiligung „über-

wältigende“ 19%. Die Ennahda hatte sich nicht nur nicht geschämt, mit dem Ben Ali Regime zu kollaborieren, wenn sie auch von diesem an der kurzen Leine gehalten und teilweise unterdrückt wurde und ihre Widersprüche zum Regime hatte (freilich nicht über den politischen Kurs der Unterwerfung unter den Imperialismus, sondern nur über ihre eigene Positionierung im politischen Gefüge des Landes und über Fragen des „Lazismus“, denn Ben Ali war

¹⁷ Damit ist angesprochen eine wenig hilfreiche, aber sehr kommode Tendenz, nicht die Realität mit Hilfe des Marxismus-Leninismus und Maoismus zu analysieren, sondern sich - auf gut hegelisch - in der „Selbstbewegung des Begriffs“ (z.B. des „Begriffs“ des „Volkskriegs“) herumzutreiben und von dort aus auf die Realität zu schließen (oder besser: auf sie zu schießen). Eine revolutionär-kommunistische Militärpolitik ist eines, abstraktes Geschwätz über dieses oder jenes Dogma aus dem Bereich der Militärpolitik, letzteres gepaart fast immer mit praktischem und theoretischem Desinteresse für eben diese, ist etwas ganz anderes. Ersteres ist notwendig, zweiteres ist komplett überflüssig.

ein makelloser „Laizist“ und (in französischem Sinn) „Republikaner“). Sie vertritt neuerdings einen „modernen Islam“. Weder schwebt ihr vor, die Unterordnung Tunesiens unter die imperialistische Oberherrschaft anzutasten, noch die Interessen der Kompradorenbourgeoisie, deren Teil sie ist. Vor allem teilt sie mit fast allen anderen „politischen Kräften“, die zur Wahl standen, das Bestreben, den repressiven Staatsapparat möglichst intakt zu halten und rasch wieder die volle politische „Kontrolle“, sprich Unterdrückung der Volksbewegung herbeizuführen. Sie warnt vor einer „institutionellen Leere, die zu Chaos und Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung führt ... Man muss den konstitutionellen Weg respektieren... Auch die Armee hat sich auf die Seite der Revolution gestellt und sie muss im Interesse des Volkes die Sicherheit erhalten.“ (zitiert nach der österreichischen „antiimperialistischen“ Zeitschrift „Intifada“, No.34). Die Ennahda hat 90 der 217 Sitze im Parlament und stellt den Regierungschef. 30 Sitze haben die „Linksnationalisten“ des CPR, die den Staatspräsidenten stellt¹⁸, 21 die „Sozialde-

mokraten“ von Ettakatol, 17 die „Sozialliberalen“ des PDP, einer direkten Agentur des US-Imperialismus, und 5 die revisionistische KP. Sie alle haben auf die „politische Krise“ gleiche oder sehr ähnliche und daher auf die Grundprobleme des tunesischen Volkes keine Antworten.

Und dann kandidierte noch - am äußersten linken Flügel des Parteienspektrums - die PCOT (Parti Communiste Ouvrier de Tunisie). Sie gewann 3 Sitze. Dieses Ergebnis war für sie enttäuschend, es reflektiere nicht ihre tatsächliche Rolle im Klassenkampf (was wiederum für uns nicht überraschend ist, sondern historisch der Regelfall). Der PCOT ist eine sich auf einen („albanischen“) „Marxismus-Leninismus“ berufende Partei, die unter den Massen relativ stark verankert ist und einen „politischen Faktor“ darstellt, mit dem sich andere Kräfte, z.B. auch die Ennahda, auseinandersetzen müssen. Sie wurde 1986 gegründet und arbeitete 25 Jahre in der Illegalität. Sie verweist richtig auf die unverändert katastrophale soziale Lage der Massen und darauf, dass der alte Staatsapparat weiterhin völlig

intakt ist, dass dieselben Figuren mit demselben Apparat dieselbe Politik fortzusetzen versuchen. Sie hat darauf hingewiesen, dass die „Übergangsregierung“ sich sogar an das alte, noch unter Ben Ali beschlossene Budget hält, dem gemäß fast alle Mittel für den Repressionsapparat des Innenministeriums und für Zinszahlungen und Schuldentilgung an das internationale Finanzkapital verwendet werden. Sie beteiligt sich nicht an der von diesem Staatsapparat eingesetzten „Hohen Kommission für die Realisierung der Ziele der Revolution, der politischen Reform und den demokratischen Übergang“, die wie man am Namen schon sieht ein Vehikel zur Abwürgung der „Revolution“ ist. Die PCOT tritt dafür ein, den Staatsapparat von den kolonialfaschistischen Elementen säubern und diese zur Rechenschaft zu ziehen und den Staatsapparat zu demokratisieren, sieht aber keine Notwendigkeit, diesen kolonialfaschistischen Staatsapparat zu zerschlagen und auf eine andere Staatsmacht, gestützt auf die Volkskomitees, wie sie ansatzweise im Jänner entstanden waren, Kurs zu nehmen.

¹⁸ Dieser Mann, Moncef Marzouki, für die vor Begeisterung überbordenden imperialistischen Medien ein „überzeugter unbeugsamer Linker“, studierte in Frankreich, arbeitete dann als Arzt in Strasbourg, versuchte einmal gegen Ben Ali zu einer Wahl anzutreten, welches Unterfangen keinen guten Ausgang nahm (sondern ihm vier Monate Gefängnis einbrachte), so dass er wieder nach Frankreich emigrieren musste. Er sagt, er schätze Frankreich immer noch sehr und brüstet sich auf seiner home page mit seinen guten Beziehungen zur französischen Sozialdemokratie. Er kritisiert auch die „unangemessene“ Politik der französischen Regierung, die weiterhin Einfluss auf Tunesien ausüben wolle. Na so was, wirklich unerhört! Er ist zwar kein alter Regimeknecht und eventuell auch kein direkter Agent des französischen Imperialismus, aber er hat keinerlei Idee vom und offenbar kein Problem mit dem Neokolonialismus. Frankreich müsse die „neuen Tatsachen“ zur Kenntnis nehmen: „Ich bin der unabhängige Präsident eines unabhängigen Landes. Ich habe weder Konten in der Schweiz noch in Frankreich.“ Letzteres mag stimmen, aber darin erschöpft sich die Frage von Abhängigkeit oder Unabhängigkeit nicht. Ist der Mann wirklich so naiv oder tut er nur so?

Die PCOT ist zweifellos eine ernsthafte demokratische Kraft, aber sie ist keine revolutionäre volksdemokratische Kraft. Sie ist keine revolutionär-kommunistische, sondern eine revisionistische und sehr reformistische Partei. Sie spricht zwar in Worten von einer „demokratischen und nationalen Revolution des Volkes“, aber ihr Programm ist ein rein bürgerliches Reformprogramm, das sogar hinter einigen Versuchen und Errungenschaften der tunesischen, ägyptischen etc. „Revolution“ zurückbleibt. Es enthält in seinem politischen Teil rein bürgerlich-demokratische Forderungen, über die die französische Revolution schon 1792, als sie nämlich endlich ernst machte, hinausging: allgemeines, freies und geheimes Wahlrecht (allerdings: des Staatsapparats insgesamt, nicht nur des Parlaments!); die bürgerliche (und aus der absolutistischen Zeit des Kampfes zwischen Bourgeoisie und Feudaladel stammende) Gewaltentrennung; eine „unabhängige“ Justiz; Glaubens-, Rede-, Versammlungs-, Organisations- und Reisefreiheit und Streikrecht; Trennung von Staat und Religion; „Unterordnung der Armee und des Sicherheitsappa-

rats unter die Legislativgewalt (Anm.: d.h. das Parlament) und ihre Restrukturierung im Dienste des Volkes und der Gerechtigkeit“) und die allgemeine Forderung nach einer anti-imperialistischen und anti-zionistischen Politik. Im wirtschaftlichen Teil: „Aufbau einer nationalen Wirtschaft mit einer sozialen Dimension“, Verstaatlichung, aber nur des Eigentums des internationalen Kapitals, und Arbeiterselbstverwaltung in diesen Betrieben, Annullierung der Staatsschulden, Hilfe und Subventionen für Handwerk und Klein- und Mittelbetriebe, „Reichensteuern“ (wie das bei uns heute heißt) und Steuerentlastung der Ärmsten, „Befreiung der armen Bauern von jeder (?) Ausbeutung“ und Hilfe für sie „auf allen Gebieten“, auch durch Landzuteilung „sofern notwendig“. Im sozialen Teil schließlich die Forderung nach einem obligatorischen und kostenlosen Schulwesen bis 16 Jahre, ansonsten aber nur illusionäre Phrasen: „Recht auf Arbeit“, „Recht auf Wohnung“, „Recht auf eine saubere Umwelt“. Das ist ein sehr beschränktes rein bürgerliches Reformprogramm, angereichert um illusionäre Phrasen, ein Reform-

programm noch dazu, das man durch „Restrukturierung“ des kolonialfaschistischen Staatsapparats realisieren möchte. So, liebe Genossen von der PCOT, wird es nicht gehen, damit rennt Ihr ins Unglück. Wie oft haben diese revisionistischen Irrlichter schon zu verheerenden Niederlagen revolutionärer und Massenbewegungen geführt! Das ist keine revolutionäre und daher überhaupt keine Perspektive für die Revolution in Tunesien¹⁹. Welche Rolle auch immer die PCOT in den Tageskämpfen spielen mag (das können wir nicht einschätzen), ihr Programm (hier zitiert nach der von ihrer französischen „Bruderorganisation“ PCOF vorgenommenen Übersetzung ins Französische) ist blanker Reformismus. Tunesische Marxisten-Leninisten²⁰ haben mit Blick auf Wahlkampf und Wahlergebnis der PCOT zu Recht angemerkt: „Man darf nicht versuchen, die bürgerlichen Parteien mit ‚demokratischen‘ Forderungen zu überbieten, ohne die qualitative Besonderheit unseres revolutionären politischen und sozialen Programms zu betonen. Zwar geht es in Tunesien zuallererst um nationale und demokratische Aufgaben, aber diese

¹⁹ Leider erinnert einen das (als Österreicher) daran, wie bei der KPÖ aus dem Kampf um eine volksdemokratische Revolution Schritt für Schritt das revisionistische Irrlicht des „demokratischen Österreich“ und seines (kapitalistischen) „Wiederaufbaus“ nach 1945 wurde. Ähnlich war es in den meisten europäischen Ländern. Es ist dies die übliche revisionistische Verbohrtheit und Verblendung gegenüber der Reaktion, leider allzu oft mit verheerenden, sogar tödlichen Folgen für die kämpfenden Massen.

²⁰ Es gibt derzeit noch keine revolutionär-kommunistische Partei in Tunesien, aber einige Zirkel, die sich jetzt zu einer einheitlichen nationalen Organisation zusammenschließen wollen. Sie haben sich an dem Wahlzirkus nicht beteiligt und die PCOT heftig kritisiert, sowohl weil sie ganz im Wahlkampf aufging als auch wegen des Inhalts ihrer Wahlkampfführung bzw. ihres Programms. (Das o.a. Zitat stammt aus einem Interview der französischen OCML-VP mit einem Vertreter der tunesischen FDPT.)

sind in keiner Weise eine Art Radikalisierung bourgeois demokratischer Reformen.“

Was hat sich für den Imperialismus durch diese Wahlen geändert? Das neue Regime setzt die alte Politik fort, aber es kann sich jetzt als „demokratisch legitimiert“ ausgeben, vor allem im Ausland. Es beginnt jetzt das ganze Brimborium von parlamentarischem Treiben, Ausarbeitung einer neuen Verfassung usw., das in Wahrheit nur zur Stabilisierung und vollen Rekonstruktion des Staatsapparats und zur Wiederherstellung seines geschmierten Funktionierens dient²¹. Die Ennahda muss jetzt voll und in angemessener Form in das Staatsgefüge integriert werden, was aber sicher problemlos gelingen wird. Wenn nicht das tunesische Volk den Kampf wieder aufnimmt und dem Regime einen Strich durch die Rechnung macht!

Was hat sich für das tunesische Volk geändert? Nichts! Es ist alles beim Alten, bezüglich sowohl der sozialen (Ausbeutung und Ausplünderung, Arbeitslosigkeit, Elend und Not) als auch der politischen Lage (kolonialfaschistische Diktatur). Die Unterwerfung des Landes unter den

Imperialismus ist, wie sie war, und ebenso die Diktatur der Kompradoren-machthaber. Die Wahlen haben dazu beigetragen, das war ja auch ihr Sinn und Zweck, einen Teil des Volkes an der Nase herum zu führen und von Kampf um ihre Forderungen, im Betrieb und auf der Straße, abzuhalten. Aber eben nur einen Teil, wie man an der de facto niedrigen Wahlbeteiligung sieht. Die tunesische „Revolution“ tritt seit dem Frühjahr (vielleicht April) auf der Stelle. Dabei hatte gerade die tunesische Revolution in mancher Hinsicht sehr stark begonnen. Vor allem was die Selbstorganisation der Arbeiter- und Volksmassen betrifft, war Tunesien beispielgebend. Es kam in einigen Städten zur Verjagung bzw. Inhaftierung der Vertreter örtlichen Staatsmacht (der Bürgermeister, der Polizeibesatzungen...) und zur Bildung „revolutionärer Volkskomitees“. Diese Komitees kümmerten sich um den Selbstschutz des Volkes gegen Überfälle durch marodierende bewaffnete Abteilungen der mit Zersetzungserscheinungen konfrontierten Staatsmacht und auch um die lebenswichtige Infrastruktur für die Fortführung des Kampfes (z.B. Sa-

nitäts- und Spitalsdienst). Auch die aktive Rolle, die neue entstandene demokratische Frauenverbände spielten, springt ins Auge (und hat mit der „laizistischen“ Geschichte Tunesiens im Vergleich etwa zu Ägypten zu tun). Aber gerade deshalb musste die Staatsmacht Zugeständnisse machen (formale „Auflösung“ der Ben Ali-Partei, des Geheimdienstes und einiger Teile der Ben Ali'schen „Sonderpolizei“), dort oder da zurückweichen, lavieren, um dafür Zeit zu gewinnen, Zeit zu ihrer Reorganisation und Konsolidierung und zur Zersetzung und Ablenkung der Volksbewegung auf das für die Machtfrage harm- und bedeutungslose Feld parlamentarischer Illusionen und Spielchen. Aber auch in Tunesien ist, wie in Ägypten, noch nicht aller Tage Abend.

Ägypten: Neues Aufflackern der Revolte im November

Der jüngste Entwicklung in Ägypten seit Mitte November, der neuerliche Ausbruch von Kämpfen, gewisse Widersprüche zwischen einer „uneinsichtigen“ Militärdiktatur und der Moslem-Bruderschaft, der wichtigsten politischen und ideologischen Stütze

²¹ Was man von papierenen Paragraphen zu halten hat, sah man bei den Wahlen übrigens gut an der „Frauenfrage“. Am 11. April hatte die „Übergangsregierung“ ein „Revolutionäres Gesetz zur Herstellung der völligen und zwingenden Gleichheit (zwischen Mann und Frau) im Wahlprozess“ beschlossen: alle kandidierenden Parteien hätten 50% aller Spitzenplätze mit Frauen zu besetzen. Die Realität sieht so aus: Von den 33 landesweit kandidierenden Parteien war der Spitzenkandidat in 29 Fällen ein Mann und insgesamt war der Frauenanteil an allen Kandidaten nur 20%. Imperialistische Medien „vermuteten“, das hänge vielleicht damit zusammen, dass die Frauen eben - „islamisches Land“, eh schon wissen! - weniger interessiert und involviert seien in die Politik. Allerdings: 51% aller, die sich in den Wahllisten registrieren ließen, waren Frauen. Es ging bei dem Gesetz nur um ein Beschwichtigungsmanöver gegenüber den in Tunesien in der Volksrebellion äußerst aktiven Frauen.

des Militärregimes, zunehmende Unsicherheit des US-Imperialismus, auf welche „Lösung“ ertatsächlich setzen soll (wobei sich von selbst versteht, dass jede der ins Auge gefassten Lösungen den Staatsapparat unangetastet lassen und sich auf das Militär im Hintergrund stützen würde) - das alles bestätigt, dass die politische Krise von einer „Lösung“ immer noch weit entfernt ist. Die Kompradorenbourgeoisie kann nicht mehr so herrschen wie unter Mubarak und die Volksmassen wollen nicht mehr so leben wie unter Mubarak. Das beinhaltet objektiv Elemente einer potentiellen revolutionären Krise (obwohl es um die subjektiven Elemente, um wirkliches Klassenbewusstsein und auf die Revolution gerichtete Organisation bisher schlecht bestellt ist). Wie in Tunesien setzen auch in Ägypten die Imperialisten und ihre einheimischen Lakaien darauf, die Massen mittels eines groß angelegten Wahlzirkus vom Kampf um ihre Interessen abzuhalten und gleichzeitig Schritt für Schritt den

Staatsapparat wieder zu festigen. Der diesbezügliche Bourgeoisoptimismus war nach dem Abflauen der Volksbewegung seit dem Frühjahr ziemlich hoch, um nicht zu sagen fast schon euphorisch, wurde allerdings durch die jüngste Entwicklung wieder abrupt erschüttert. Mit ein Grund für die Heftigkeit der Kämpfe war die neuerliche unglaubliche Brutalität und Perfidie der Staatsmacht, während sie zugleich salbungsvoll die „freien und demokratischen“, aber belanglosen Wahlen vorbereitete.

Vielleicht ist die „Revolution“ doch noch nicht ganz verspielt, sondern gelingt es den fortgeschrittensten Teilen der ägyptischen Bewegung, die „Normalisierung“ zu durchbrechen, die Wahlen als das zu denunzieren, was sie sind, und das Militärregime in Bedrängnis oder sogar - das ist ja das erklärte Ziel - zu Fall oder zumindest zu einem Rückzug zu bringen. Denn das ist das deklarierte Ziel: Kein Wahlzirkus, sondern zuallererst Rücktritt der Militärjunta. Seit

November wird am Tahrir-Platz gesungen: „Das Volk will den Fall des Feldmarschalls.“ Aber die Lage ist schwierig und eine Neuauflage der alten „Tahrir-Bewegung“ von Jahresbeginn ist nicht möglich. Im Kampf um den Sturz des Mubarak-Regimes waren sich viele Klassen und politische Kräfte einig. Dieses Ziel einmal erreicht, teilte sich die Bewegung sofort in solche Kräfte, die vorwärts gehen wollten und solche, für die es genug war oder die durch das Militärregime in die Resignation getrieben werden konnten. Die „Einheit der Opposition“ oder „Einheit der Revolution“ kann es nicht geben, wenn ein Teil derselben nur seinen Anteil am Kuchen des Militärregimes sucht und/oder sich in politischer Projektmacherei, Wahlparteien- und Verfassungszirkus, ergeht, statt an der Entfaltung des wirklichen Klassenkampfes der Volksmassen interessiert zu sein. Auch die viel beschworene „Einheit der Linken“ kann es nicht geben, wenn sich in dieser „Linken“ so viele Rechte tummeln²². Die „Tahrir-Be-

²² Das, was in Ägypten (und anderswo) als „links“ und „pro-revolutionär“ daher kommt, ist über weite Strecken nicht nur keine revolutionäre oder auch nur wirklich radikaldemokratische und antiimperialistische Bewegung, sondern eher die „gemäßigte Konterrevolution“. Ein Beispiel dafür ist Abdelhalim Qandil, „Sprecher der linken Bewegung Kifaya“, dem die österreichische Zeitschrift „Intifada“ (No. 34) mehrere Interview-Seiten widmet. Der Mann meinte - trotz der Ereignisse seit dem Sturz Mubaraks - im Herbst 2011 noch immer, dass „der Militärrat keine feindlichen Maßnahmen (gegen das Volk) ergreifen kann, weil die ägyptische Armee ihm dies unmöglich macht. ... Seit 200 Jahren ... ist es nie passiert, dass die Armee eine Konfrontation mit den Volksmassen einging. Entweder entfachte die Armee selbst die Revolutionen... oder sie unterstützte die Revolutionen... (Im Januar) haben die Sicherheitsapparate den Fehler (!) gemacht, brutal an die Sache heranzugehen... Die zentrale Aufgabe ist es, eine vereinigte Partei der Linken zu bilden,... darunter der Nasseristen, Marxisten, Sozialdemokraten, Islamisten mit progressiven Tendenzen, auch Liberale mit sozialer Verantwortung.“ Und auch für Libyen hat diese Figur eine guten Rat; dort sei „nach dem Abgang Gaddafis eine Kraft von außen nötig, um die Integrität und Einheit ... zu bewahren. Ich glaube..., dass die beste Option die ägyptische Armee ist.“ Also soll die supernationaldemokratische ägyptische Armee, die dem Volk noch nie etwas getan hat, gleich auch noch in Libyen einmarschieren. Was bitte ist an solchen Positionen „links“ oder „anti-imperialistisch“? Übrigens wurde ein Blogger namens Maikel Nabil von diesem „volksnahen“ Militär gerade für drei Jahre ins Gefängnis geworfen; er hatte nichts Besonderes getan, er hatte nur gebloggt: „Volk und Armee waren niemals eins.“

wegung“ hat sich entlang ihrer Klasseninteressen gespalten und eine politisch bewusste Arbeiterklasse konnte und kann die Volksbewegung noch nicht führend prägen.

Das Militärregime aber schlägt wild zurück gegen jede neue Aufwallung des Volkszorns. Die Reaktion marschiert. Einerseits wird die Wahlfarce abgezogen, andererseits wird alles an Protest oder Widerstand niedergeschlagen. Militärs, Polizisten und „Zivile“ schleudern Steine, Ziegel und Betonbrocken von den Hausdächern auf Demonstranten, schlagen mit (bewusst auf Knochenbrüche und schwere Verletzungen berechneten) Schlagstöcken, Brettern, Eisenstangen, schießen mit Kampfgas, scharfer Munition, Tasers (Elektroschockwaffen), foltern, verhaften, töten. Bei den Demonstrationen zwischen 19. und 24. November wurden - laut offiziellem Regierungsbericht! - 40 Menschen getötet und über 1.000 verletzt, bei der zweiten Welle ab dem 15. Dezember wurden 33 Menschen getötet und über 1750 verletzt und bei den vorläufig letzten Zusammenstößen am 22. Dezember 2011 (die eine Antwort speziell auch

auf das brutale und sexistisch-repressive Vorgehen des „Sicherheitsapparats“ waren) wurden neuerlich 17 Menschen getötet und 900 verletzt.

Der Sprecher der Militärdiktatur macht immer wieder klar, dass sich die Rolle des Militärs auch in Zukunft nicht ändern würde - gleich unter welcher „Zivilregierung“ und unter welcher Verfassung. Es ist freilich fraglich, ob es nach den Plänen des Militärs geht. Nicht nur sind größte Teile des Volkes, auch solche, die die „Revolution“ nicht weiterführen wollen, an einer „Zivilregierung“ statt an einer Militärjunta interessiert, sondern auch der US-Imperialismus und seine imperialistischen Spießgesellen. Wichtig für die Reaktion wäre nur, dass die Militärjunta nicht vom Volk beseitigt, sondern „von oben“ und kontrolliert in eine „Zivilregierung“ als Marionette des Militärs „übergeführt“ wird. Sollte hingegen „Gefahr von unten“ bestehen, wäre die Militärjunta immer noch das „kleinere Übel“. Deshalb verträgt sich die so verstandene Forderung nach einer „Zivilregierung“ wunderbar mit der gleichzeitigen Unterdrückung der neuen „Tahrir-Bewegung“²³.

Auch damit wäre, selbst im besten Fall, noch nicht viel gewonnen. Was kommt nach der Militärjunta, wenn diese entweder „von unten“ oder „von oben“ dazu bewegt wird, in den Hintergrund zu treten? Eine „Zivilregierung“! Da sind sich alle einig. Aber welche „Zivilregierung“? Was tut sie? Aus wem besteht sie? Selbst wenn die Militärjunta nicht nur durch einen nebulösen „Druck von unten“, sondern durch Massenbewegungen gestürzt würde und sich auf dieser Grundlage eine neue wirklich demokratische und anti-imperialistische Übergangsregierung bildete, wäre noch lange nicht alles gewonnen. Aber immerhin wäre das ein weiterer Schlag gegen, eine Niederlage der Imperialisten und der einheimischen Kompradorenbourgeoisie und ihres Staatsapparats, es würde sie schwächen und dem revolutionär-demokratischen Kampf bessere Bedingungen und vielleicht eine neue Schubkraft verschaffen. Denn nur darum geht es: die Kampfbedingungen für die Volksmassen in Richtung einer volksdemokratischen und wirklich anti-imperialistischen Revolution zu verbessern. Benötigt wird nicht „konstitutionel-

²³ Und das nicht nur in der Propaganda, sondern die USA liefern den ägyptischen „Sicherheitskräften“ das Kampfgas. 2010 wurden „toxische Stoffe“ im Wert von 1,7 Mio. \$ geliefert (ein kleiner Teil der milliardenschweren US-„Hilfe“ für Militär und „Sicherheitsapparat“, darunter alleine für die Armee 2,2 Mrd. \$ jährlich). Dass die US-Botschaft im Dezember 100.000 \$ „humanitäre Hilfe“ für die Kampfgasopfer zur Verfügung gestellt (oder dies jedenfalls angekündigt) hat, wird in Kairo zu Recht so betrachtet, als ob man einem, dem man gerade die Augen ausgestochen hat, zur Linderung Augentropfen anbieten würde. Der unglaublich massive Kampfgaseinsatz zusammen mit dem offenbar planmäßig betriebenen Zielen von Projektilen jeder Art auf die Augen hat zu einer gewaltigen Zahl an Erblindungen und schweren Augenschäden geführt - die allerdings in der „Todesopfer-Statistik“ nicht aufscheinen und damit den Imperialisten viel an moralischer „Erleichterung“ bringen.

le“ Projektemacherei einiger Politikerfritzen, sondern der Klassenkampf, die Selbstorganisation der Volksmassen (von räteartigen Volkskomitees bis zu einer klassenbewussten Gewerkschaftsbewegung), die Herausbildung einer führenden Rolle der Arbeiterklasse in der Bewegung und der Aufbau einer revolutionär-kommunistischen Partei. Das ägyptische Volk hat noch einen langen Weg vor sich, aber es hat wichtige Schritte gemacht und den Anfang des Wegs erkundet. Man wird sehen, wie die Volksbewegung und vor allem ihre radikal-demokratischen und revolutionären Kräfte sich durch diese schwierige Phase durch und aus ihr herausarbeiten.

In den Vordergrund werden derzeit die Wahlen geschoben, vorgeblich Höhepunkt und Bewährungsprobe der „Demokratie“, in Wirklichkeit Entmündigung und Verhöhnung des Volkes. Ganz abgesehen einmal davon, was man von solchen parlamentarischen Wahlen generell zu halten hat, ob man etwa wirklich meint, dass irgendein Wahlergebnis die faschistische Militärdiktatur auch nur oberflächlich ankratzen könnte, dass das kandidierende Parteienspektrum über weite Strecken völlig intransparent ist (die meisten sind gerade erst gegründet worden, auch die zweitstärkste Partei, die salafistische Al-Nour wurde erst nach dem Sturz Mubaraks gegründet), dass jedenfalls keine Partei dabei ist, die

die Interessen der Volksmassen vertritt - ganz abgesehen von dem allem, dreht es sich hier nicht vielleicht um normale bürgerliche Wahlen, die an einem oder zwei Wochenenden ablaufen. Nein, das ägyptische Volk wird monatelang am parlamentarischen Nasenring herumgeführt. Ein langwierigeres, komplizierteres und verwirrenderes Wahltheater kann sich der menschliche Geist wohl kaum ausdenken. Am 28. November begann die erste Runde der Parlamentswahlen, sie läuft in drei Etappen bis 10. Jänner 2012 (!). Am 29. Jänner 2012 beginnt dann die nächste Wahl, die einer Zweiten Kammer des Parlaments, sie dauert bis 11. März 2012. Also werden die Ägypter mehr als drei Monate mit Wahlen gefüttert. Und aus gutem bourgeoisen Grund: Denn in Zeiten von Wahlen, noch dazu so bedeutungsschwangeren, bei denen es ja „seit 30 Jahren erstmals“ und dann auch gleich um die Demokratie an sich geht, unabhängig von ihrem Inhalt und ihrer konkreten Gestalt - in solchen Zeiten darf man nicht um seine Interessen kämpfen, das wäre „undemokratisch“, das versteht sich doch von selbst. Zugleich wählt das Parlament aus seiner Mitte eine hundertköpfige „Verfassungsgebende Versammlung“, die eine neue Verfassung ausarbeitet, über die es dann ein Referendum gibt. Und auch Präsidentschaftswahlen wird es irgendwann einmal (vielleicht Ende 2012) geben. Wenn das wirklich

alles so planmäßig abläuft, dann ist bis dahin mit Sicherheit endgültig alle Luft aus „Frühling“ und „Revolution“ raus. Und das ist ja auch der Zweck der Übung. Nicht umsonst waren die meisten der Militärdiktatur einigermaßen kritisch gegenüberstehenden Kräfte gegen den frühen Wahltermin, aber die diesbezügliche Volksabstimmung vom März ergab eine Mehrheit für den Plan der Militärs. Dazu kommt wie gesagt die Frage, wer da eigentlich kandidiert. Im Grunde stehen sich „Islamisten“ und Ableger des „freien Westens“ sowie einige Tentakel des Militär- bzw. des Mubarakregimes gegenüber, darunter auch hohe Würdenträger der früheren „Nationaldemokratischen Partei“ Mubaraks, die trotz massiver Proteste im November vom Höchstgericht ausdrücklich zur Wahl zugelassen wurden.

Die erste Etappe der ägyptischen Wahlen lief zwischen Ende November 2011 und Anfang Jänner 2012 in drei regionalen Sequenzen ab. Die Wahlbeteiligung lag laut Auskunft der Wahlbehörde, also der Militärdiktatur, bei etwa 60% und damit „sehr hoch“. Nicht bekanntgegeben wurde bisher, auf wie viele als wahlberechtigt registrierte sich diese Beteiligungsquote überhaupt bezieht. (Immerhin hatten sich - siehe oben - in Tunesien z.B. überhaupt nur 45% der Wahlfähigen registrieren lassen.) Ist ja auch egal. Hauptsache ist, dass man irgendeine Farce abliefern, die als „Sieg der

Demokratie“ gepriesen werden kann. Klare Sieger dieser Wahlen waren die Moslem-Bruderschaft mit 41% und die salafistische Al-Nour mit 20% der abgegebenen Stimmen. Zusammen mit der kleineren „gemäßigten“ Wassat führen die „Islamisten“ etwa 65% ein. Daraus wird im neuen Parlament bei den Abgeordneten eine Mehrheit von weit über zwei Dritteln (über 70%), davon 46% für die Moslem-Bruderschaft und 23% für die Al-Nour. Die „Islamisten“ sind allerdings kein einheitlicher Block, sondern werden wahrscheinlich ziemlich rasch bzw. sind teilschon in Widersprüche untereinander geraten, wobei auch die Haltung zu Israel eine Rolle spielt, nicht weil sie nicht alle die Mubarak'schen Verträge mit Israel aufrechterhalten wollen, sondern weil sie das gegenüber den Volksmassen auch irgendwie rechtfertigen müssten.

Wie schon in Tunesien zeigt das ganze Wahltheater nur, dass diese Wahlen ebenso für die Katz' sind wie die bisherigen unter den Mubarak und Ben Ali, dass sie aber ein wunderbares Mittel sind, um das Volk in die Passivität und Resignation zurückzudrängen, es zu spalten, es in Illusionen zu wiegen, es auf absurde Holzwege zu führen... und zugleich dem jeweiligen Regime eine „demokratische Legitimation“ zu verschaffen, die

es dem „freien Westen“ erlaubt, die „Zusammenarbeit“ mit dem alt-neuen Regime ungestört fortzusetzen. Selten zeigen sich die Illusionen und Perverstitäten des bürgerlichen Parlamentarismus so schlagend wie in Tunesien und Ägypten.

Libyen: Neue strategische Lage seit der „Befreiung“

Die Entwicklung der Volksbewegung nahm in Libyen einen völlig anderen Verlauf als die in Tunesien und Ägypten. Jetzt denken sicher viele an die NATO-Aggression. Sie nahm aber schon vorher einen ganz anderen Verlauf und das war mit ein Grund für die imperialistische Aggression. Die Volksbewegung stieß, kaum hatte sie sich erhoben, sofort mit ungeheurer Gewalt mit dem Gaddafi'schen Staatsapparat zusammen. Dieser war nicht zu dem geringsten „Zugeständnis“ bereit und ging sofort äußerst gewalttätig gegen die rebellierenden Massen (zuerst, das ist schon weitgehend „vergessen“, vor allem gegen die in Tripoli) vor. Gaddafi hatte das Schicksal seiner „Brüder“ Ben Ali²⁴ und Mubarak vor Augen und entschied sich, den Weg der sofortigen und harten Konfrontation zu gehen. Und zwar mit erheblich mehr Brutalität als ein Assad oder Saleh dies nach ihm taten. Das wiederum zwang die Volksbe-

wegung, ebenfalls sofort zu den Waffen zu greifen. Befördert wurde das auch durch Desertionen aus der libyschen Armee, sodass Gaddafi neben seinem „Sicherheitsapparat“ und seinen „Elitetruppen“ auch ausländische Söldner (darunter die einer israelischen „Sicherheitsfirma“, übrigens ein Exportschlag Israel) anwerben und einsetzen musste. Es entwickelte sich daher sehr rasch ein regelrechter Bürgerkrieg. Kurz darauf kam es zum NATO-Überfall.

Die libysche Volksbewegung reihte sich ein in die Kette „arabischer Revolutionen“ wie die tunesische oder ägyptische. Sie hatte ähnliche Ursachen und ähnliche Ziele, sie wurde zweifellos von den Ereignissen in den Nachbarländern beflügelt und sie hätte bei einem Zurückweichen Gaddafis auch ähnlich verlaufen können. Das war ihr Hauptcharakteristikum. Sie war keine vom westlichen Imperialismus angezettelte oder gesteuerte Bewegung. An jeder solchen Volksbewegung beteiligen sich aber natürlich klassenmäßig, ideologisch, politisch verschiedenste Kräfte, die in verschiedenen Richtungen ziehen. Und fast immer sind auch reaktionäre Kräfte darunter, die mit Hilfe der Bewegung ihre eigenen Spielchen spielen wollen. Oft gelingt es solchen reaktionären Kräften, sich an die Spitze ei-

²⁴ Kurz vor dessen Abdankung erklärte Gaddafi, auf Zine Ben Ali angesprochen. „Es gibt keinen Besseren, um Tunesien zu regieren, als Zine.“ Er, Gaddafi, wünsche nicht nur, dass Zine in dieser Situation an der Macht bleibe, sondern dass er für immer an der Macht bleibe.

ner solchen Bewegung zu setzen. So auch in Libyen, wo sich allerhand frühere (manche sogar bis zuletzt) Parteigänger Gaddafis und einige Importartikel aus den USA an die Spitze des „Übergangsrats“ setzten. Oder jedenfalls an die Spitze derjenigen Clique, mit der die Sarkozys und Camerons verhandelten, die sie pushten und die daher im Ausland als „Sprecher der Rebellen“ bekannt gemacht wurde. Wir wissen nämlich nach wie vor nicht, aus wem der „Übergangsrat“ von mehr als 40 Mitgliedern bestand (es hieß, er würde bewusst geheim gehalten), wir kennen nur einige führende Leute wie z.B. seinen Chef Abdeljalil, ehemaliger „Justizminister“ unter Gaddafi und offener Knecht des Neokolonialismus²⁵. Wir wissen aber auch, dass es heftige Widersprüche und Konflikte innerhalb und um den „Übergangsrat“ gab, die z.B. zur Erschießung von Yunis, dem damaligen militärischen Oberbefehlshaber der „Rebellenarmee“ und früheren Innenminister unter Gaddafi, der von anderen Kräften im Machtzentrum der „Rebellen“ kaltgestellt wurde. Es gab also und gibt zweifellos heute mehr denn je Widersprüche unter den „Rebellen“.

Natürlich werden sich die imperialistischen Geheimdienste schon vor Ausbruch der Revolte in Libyen umgetrieben haben und nachher erst recht. Natürlich haben sie in die Kämpfe direkt eingegriffen. Aber es ist dennoch nicht nur absurd, sondern niederträchtig, zu behaupten, in Libyen habe das Volk - ganz anders als in den Nachbarländern - eigentlich gar nicht gegen Gaddafi revoltiert (und es habe dafür ja auch keinen Grund gehabt angesichts des „sozialen“, „basisdemokratischen“ und „antiimperialistischen“ Ansehens, das dieses Regime in der europäischen „Linken“ genießt!) und sei die Volksrevolte nur von den Imperialisten „angezettelt“ worden. Was für eine verächtliche Geringschätzung der libyschen Volksmassen, was für eine Verhöhnung ihrer Ausbeutung und Unterdrückung, was für ein Aberglaube auch an die Allmacht des Imperialismus, was für ein Apologetentum gegenüber dem Gaddafi-Regime! Die Imperialisten sind lediglich auf die Volksbewegung aufgesprungen und haben (teilweise mit Erfolg) versucht, sie für sich zu instrumentalisieren. So handeln sie immer, wenn sich eine Gelegenheit da-

für bietet. Es ist wahr, dass in Libyen Teile der „Rebellen“ um NATO-„Hilfe“ gebettelt haben, aber es ist auch wahr (und sogar von der zweifelsohne pro-imperialistischen (und in der arabischen Ausgabe auch pro-salafistischen!) qatarischen TV-Kette Al Jazeera dokumentiert), dass sich andere Teile dagegen ausgesprochen haben.

Dass sich die Imperialisten gerade Gaddafi als Zielscheibe (wie zuvor Saddam Hussein im Irak) ausgesucht haben, hat keinesfalls damit zu tun, dass dieser Gaddafi etwa „antiimperialistisch“ gewesen wäre. Vielmehr war er ein voll in das imperialistische System integrierter Finanzoligarch²⁶. Zwar war er ein „Freund“ und im Falle Berlusconi sogar ein „Bruder“, in den Hauptfragen (Ölexport, verlässliche Haltung zu Israel, Organisation der Blockade der afrikanischen Emigration nach Europa, Mitwirkung an den Umtrieben gegen den Sudan...) auch sehr verlässlich, aber halt auch in manchen Fragen für die Imperialisten auch „unbequem“ und „unberechenbar“. Wenn sich daher eine Gelegenheit ergäbe, hätten sie schon längst im Auge, Gaddafi durch einen noch „ver-

²⁵ Abdeljalil an die Adresse Italiens: „Der italienische Kolonialismus hat uns Strassen gebracht und sehr schöne Gebäude, die wir heute noch in Tripoli, Derna und Bengasi bewundern; er hat uns Entwicklung der Landwirtschaft gebracht, gerechte Gesetze und eine gerechte Gerichtsbarkeit. Alles das wissen die Libyer sehr gut.“ (zitiert nach *Afrique Asie*, November 2011)

²⁶ Z.B. hielt das Gaddafi-Regime alleine in Italien Beteiligungen (meist 1-3%) an dem Öl- und Gaskonzern ENI, an dem Rüstungskonzern Finmeccanica (dies unter anderem zwecks gemeinsamer Entwicklung eines „Grenzschutzsystem“ - für die „Festung Europa“), an FIAT, dann eine sehr erhebliche an der UniCredit (7,6%!) und - eine Kuriosität, aber auch mit schöner Rendite! - eine an Juventus Turin (7,5%) sowie ein 50%-Joint Venture mit dem Baukonzern Impregilo für das libysche Autobahnnetz.

lässlicheren“ Wasserträger zu ersetzen. Außerdem geht es ja immer auch um Umverteilung unter den Imperialisten (z.B. darum, die prominente Rolle des „Bruderlandes“ Italien zu reduzieren). Mit der Volkserhebung gegen das Gaddafi-Regime und angesichts der Durchsetzung seiner Führung mit reaktionären, pro-imperialistischen, ex-gaddafistischen Elementen sowie der Unklarheit in großen Teilen der Volksbewegung über die von jeder imperialistischen „Hilfe“ ausgehende Gefahr - mit alldem sahen die meisten Imperialisten ihre Chance gekommen und schlugen los, Frankreich und Großbritannien an der Spitze, die USA „in der Etappe“ (wie die Militärs sagen). Für die Imperialisten war der verheißungsvolle Sturz des Gaddafi-Regimes zu einem bestimmten Zeitpunkt das Hauptkettenglied, das zu ergreifen war. Es ist dabei auch nicht zu vergessen, welche eminente Rolle das libysche Öl für die Energieversorgung speziell Frankreichs und Italiens spielt. Frankreich ließ sich vom „Übergangsrat“ sofort eine Quote von 35% am libyschen Öl zusichern, aber die italienische ENI wird

auch ihre alte Quote von 30% verteidigen. Die französische Total und die ENI nahmen die Ölförderung und -lieferung bereits kurz vor dem Tod Gaddafis und der Eroberung von Sirte wieder auf.

Gerade weil man sich aber auf die „Rebellen“ (und auf die Vormachtstellung deren pro-imperialistischer Führer) nicht 100% verlassen konnte und wollte, kam es zur NATO-Intervention. Was ist, müssen sich die NATO-Imperialisten damals gefragt haben, wenn das Gaddafi-Regime schwächer ist und stärker bröckelt als erwartet, die „Rebellen“ es zu Fall bringen und sich in den Reihen der „Rebellen“ nicht „unserer Leute“ durchsetzen, sondern unbekannte lokale Führer? Immerhin waren sie durch die Wucht der Rebellion überrascht. Jetzt war der Zeitpunkt für die NATO, zuerst für Frankreich und Großbritannien (und die USA „im Hintergrund“), gekommen.

Ab diesem Zeitpunkt musste der Kampf gegen das Gaddafi-Regime mit dem gegen die imperialistische Aggression verbunden werden. Eine taktisch außerordentlich schwie-

rige Herausforderung, zu deren Bewältigung die libysche Volksbewegung jedenfalls die guten Ratschläge „linker“ Kiebitze und Gaddafi-Verehrer aus dem christlichen Abendland als letztes brauchte.

Mit dem Tod Gaddafis²⁷ und dem Fall von Sirte drehte die Situation. Das Gaddafi-Regime einmal erledigt, entstand eine ganz neue strategische Lage. Jetzt ging und geht es um die Organisierung des Widerstandskriegs gegen die imperialistische Unterwerfung Libyens und gegen den offenen und direkten Statthalter des Imperialismus, den die „Übergangsregierung“ - jedenfalls als Ganzes genommen, unabhängig von eventuellen inneren Widersprüchen - darstellt. Jetzt müssen alle Kräfte zusammengeschlossen werden, die wirklich zum Kampf gegen Imperialismus und Neokolonialismus und seine einheimischen Wasserträger und für eine volksdemokratische Perspektive bereit sind. Das bedeutet eine neue Widerspruchslage, neue Fronten, neue Feinde und neue Bündnisse. Es bedeutet massive Umgruppierungen in und zwischen den Lagern. Jetzt

²⁷ Das Getue und Gejammere einiger Imperialisten über die Lynchjustiz an Gaddafi, inzwischen natürlich verstummt weil überholt, und dass ein ordentliches Gerichtsverfahren viel besser gewesen wäre, rührt daher, dass ihnen das die Möglichkeit geboten hätte, mit dem „Schicksal Gaddafis“ monatelang von den wichtigen Fragen der „Revolution“ abzulenken. Offenbar gab es aber unter den Imperialisten unterschiedliche Positionen in dieser Frage. Daher auch französische Vermutungen, die Tötung Gaddafis sei direkt vom französischen Generalstab (unter Mithilfe der USA) entschieden und initiiert worden, und analoge US-amerikanische und britische Vermutungen, die Sache sei direkt von den USA kommandiert worden. Jedenfalls wurde er irgendwie umgebracht und irgendwelche Imperialisten waren irgendwie involviert. Beide Optionen - Gerichtsverfahren oder unmittelbare Tötung - hatten ihre Pro und Kontra. Gegen ein Gerichtsverfahren sprach vielleicht auch, dass sicher der imperialistische „Internationale Strafgerichtshof“ ins Spiel gekommen wäre, sich aber die neue libysche Führungsclique eine Auslieferung Gaddafis wegen der „nationalen Würde und Einheit“ nicht hätte leisten können. Überhaupt darf man im Falle Libyens das Thema der „nationalen Würde und Einheit“ nicht unterschätzen, denn es gab natürlich nicht nur Gegner des Gaddafi-Regimes, sondern auch viele Anhänger.

trennt sich unter den „Rebellen“ die (bloß anti-gaddafistische und teilweise sogar pro-imperialistische) Spreu vom demokratischen und antiimperialistischen Weizen. Aber auch frühere Gaddafi-Anhänger, sofern sie nicht selbst Teil der faschistischen Repressionsmaschinerie waren, müssen sich neu positionieren. Die Gruppierung der Kräfte entlang neuer Widersprüche ist im Umbruch. Neuerlich ist eine außerordentlich komplexe und schwierige Lage entstanden.

Wie stellt sich die Lage für die „Übergangsregierung“ dar? Sie sieht ihre Zielsetzung in der Wiederherstellung einer funktionsfähigen und weitgehend an den Strukturen des alten Staatsapparats angelehnten Staatsmacht, der Entwaffnung der „Rebellenmilizen“, der Wiederherstellung des „Gewaltmonopols des Staates“ und der Eliminierung aller Formen von Selbstorganisation des Volkes, der Ausschaltung der „unzuverlässigen „Rebellenführer“ und statt dessen der Einsetzung neokolonial orientierter Kreaturen, seien es solche des alten Regimes, seien es Importartikel aus dem imperialistischen Ausland (oder aus den Vasallenstaaten am Arabischen Golf)²⁸. So wurden sage und schreibe nur zwei „Rebellenkommandanten“ in Schlüsselpositionen aufgenommen,

Faouzi Abdelal (früher Kommandant von Misrata) als Innen- und Oussama Jouili (früher Kommandant von Zenten) als Verteidigungsminister, aber offensichtlich sofort wieder „neutralisiert“, letzterer durch die Ernennung eines proamerikanischen Generalstabschefs „an seiner Seite“. Man weiß auch noch nicht, wie sich diese beiden Leute selbst positionieren. Weitere „Rebellenführer“ außer diesen beiden wollte der Chef der „Übergangsregierung“, ein „Geschäftsmann“ mit Golfstaaten-Hintergrund, Abdel Rahim Al-Kib, im Namen der „nationalen Versöhnung“ und einer „ausgewogenen Regierung, in der alle Kräfte vertreten sind“, nicht zulassen. Ganz in diesem Sinne wurde das Öl- und Gasressort einem gewissen Ben Yazza anvertraut, einem Mann aus der Führungsetage des italienischen Ölkonzerns ENI.

Wir haben es heute in Libyen mit einer radikal veränderten strategischen Lage zu tun. Es wird wahrscheinlich der Bürgerkrieg gegen das Gaddafi-Regime übergehen in einen anderen Bürgerkrieg. Solche rasche Wechsel in der Widerspruchslage, im Verlauf der strategischen (und taktischen) Fronten, in der Festlegung des Hauptstoßes, in der notwendigen Ausrichtung der Bündnispolitik usw. sind nichts Ungewöhnliches im Klassenkampf. Das kann man

an unzähligen Beispielen aus der Geschichte sehen (von den Etappen der russischen Revolution 1917 über die verschiedenen Etappen der chinesischen Revolution bis zum Kampf der Komintern gegen Faschismus und Krieg). In jeder Lage muss eine konkrete Analyse der konkreten Situation und ggf. die notwendige strategische Neupositionierung vorgenommen werden. Eine Bewegung, die diese sehr schwierige Aufgabe nicht bewältigt bzw. falsche strategische Orientierungen verfolgt, geht schlicht unter. Das an die Adresse solcher Leute hier bei uns, die ungeachtet der Entwicklung der Lage „immer schon“ die NATO und den Imperialismus bekämpften (so weit, so gut), aber zugleich das Gaddafi-Regime verteidigten. Damit, dass das Gaddafi-Regime jetzt gestürzt ist, begründen sie, dass man den Kampf gegen dieses Regime vorher nicht hätte führen sollen. Ohne Kampf um den Sturz dieses Regimes hätte es aber überhaupt keine Volksrebellion und damit auch keinen wirklichen Kampf gegen den Imperialismus gegeben. (In der Verblendung gewisser Leute allerdings heißt die Frage: Wozu brauchte man auch eine Volksbewegung, wo doch der Imperialismus ohnehin von Gaddafi bekämpft wurde?) Das Gaddafi-Regime hat nicht nur einen Kampf gegen den Imperi-

²⁸ Diese Ziele gehen einher mit Reaktion auf der ganzen Linie im wahrsten Sinn des Wortes. Z.B. sieht der am 2. Jänner 2012 veröffentlichte Entwurf für das neue Wahlgesetz vor, den Frauenanteil im Parlament in der Konstituierenden Versammlung, also dem Parlament, zu marginalisieren. Artikel 1 sieht vor: „Der allgemeine nationale Kongress besteht aus 200 Abgeordneten, die in freier und direkter Wahl gewählt werden, wobei 10% der Sitze für Frauen bestimmt sind.“ Was freilich sofort heftige Gegenreaktionen und Demonstrationen auslöste.

alismus nicht geführt, sondern auch den Kampf der Arbeiter- und Volksmassen um ihre sozialen und politischen Interessen brutal unterdrückt und in Blut erstickt, wie es auch jeden wirklich anti-imperialistischen Volkskampf im Blut erstickt hätte.²⁹

Was sind in der jetzigen Lage die politischen Hauptanliegen der Imperialisten und der „Übergangsregierung“? Entwaffnung der Rebellenmilizen, Rekonstruktion des Staatsapparats, Wiederherstellung des Machtmonopols des Staates. Das ist auch das immer wieder mit Sorgenfalten auf der Stirn betonte Hauptanliegen der Imperialisten. Bis dahin sei die Lage nicht stabil und nicht wirklich unter Kontrolle und sei die „Übergangsregierung“ gefährdet. Bis heute erklären die westlichen Imperialisten, dass man sich auf den „Übergangsrat“ bzw. jetzt die „Übergangsregierung“ nicht wirklich verlassen könne. Unmittelbar nach der Tötung Gaddafis (tags darauf!), es waren noch gar nicht alle Kämpfe beendet, wurde von den westlichen Imperialisten lautstark die sofortige und

konsequente Entwaffnung der „Rebellenarmee“ als allerwichtigste und dringlichste Sofortmassnahme gefordert, weil ansonsten - wie weitsichtig! - ein neuer Bürgerkrieg drohe. Es wurde darauf verwiesen, dass bereits erste Scharmützel zwischen einander bekämpfenden Truppenteilen der „Rebellenarmee“ stattfänden und die lokalen Kommandanten ganz unterschiedliche Vorstellungen über das weitere Vorgehen hätten³⁰, welche weise Vorahnung sich inzwischen sehr konkretisiert hat. Abdeljalil und nach ihm Al-Kib mussten - „zwar zu ihrem großen Bedauern, aber als Realisten“ - antworten, dass dies „verfrüht“ und (noch) unmöglich sei und ein solcher Versuch die Lage nur noch verschärfen und explosiver machen würde. Aber es bleibt dabei, dass die Entwaffnung der „Rebellen“ (bzw. die Integration der „Willigen“ aus ihren Reihen in die rasch wiederherzustellende reguläre Armee, bei Entwaffnung der „Unwilligen“) das privilegierte Ziel der „Übergangsregierung“ ist, um. Wegen der „Unsicherheit“ der Lage wird auch - trotz der formellen Aufhebung

der Sanktionen gegen Libyen durch USA und UNO am 17. Dezember 2011 - die große Masse des beschlagnahmten libyschen Geldes weiter zurückgehalten (und nur 30 Mrd. \$ freigegeben): Man wisse ja nicht genau, sagte z.B. der britische Premierminister Cameron offenherzig, wen und was man da eigentlich finanziere. Geld, beschlagnahmtes libysches Geld wohlgemerkt!, gibt's nur in kleinen Portionen zurück und nur für von den westlichen Imperialisten festgelegte und kontrollierte Zwecke.

Sowohl die am 17. November erfolgte Ernennung von Khalifa Belkacem Haftar zum Generalstabschef der Armee des „neuen Libyen“ als auch die von Abdelhakim Belhadj zum Militärkommandanten von Tripoli sind heftig umstritten. Ersterer ist ein seinerzeit in der Sowjetunion ausgebildeter heutiger Parteigänger des US-Imperialismus, letzterer ein alter „Djihadist“, früher angeblich (laut Mezri Hadad, „La face cachée de la révolution tunisienne“, 2011) die „Nr.5“ in der Al-Qaida-Hierarchie, jedenfalls eine düstere Figur, die

²⁹ Man stelle sich nur vor, wie das Regime auf Streiks der Arbeiter auf den Ölfeldern z.B. des italienischen ENI-Konzerns (an welchem das Gaddafi-Regime selbst wiederum vermittels der Libyan Investment Agency (LIA) eine Beteiligung hielt) reagiert hätte. Und man sah ja über Jahre hin, wie auf jede selbständige gewerkschaftliche und politische Äußerung, von einem Streik gar nicht zu reden, reagiert wurde, während sich zugleich die Lebensbedingungen der Massen immer weiter verschlechterten. Die Repression jedes Hauches von Volkswiderstand war in Libyen mindestens so brutal wie etwa in Ägypten oder Tunesien, Streiks und Gewerkschaften wurden in Libyen genauso unterdrückt und verfolgt und auch die angeblichen sozialen Errungenschaften gab es von vornherein nur für kleine Teile des Volkes und insbesondere nur auf dem Rücken der Migranten und sie wurden in den letzten 10, 15 Jahren immer mehr abgebaut.

³⁰ Das ist auch der Grund dafür, dass an manchen Fronten und zu manchen Zeitpunkten die Bomben- und Raketen„hilfe“ aus der Luft gezielt ausblieb, man so Niederlagen oder Rückschläge der „Rebellen“ geradezu begünstigte oder ihren Vormarsch torpedierte und dass etliche Male sogar bestimmte „Rebellentruppen“ bombardiert wurden. Kein Wunder, dass in Libyen gemunkelt wurde, dass das nicht alles irrtümliches „friendly fire“ war, sondern Absicht, um anti-imperialistische Verbände auszuschalten.

sich zwar an den Kämpfen gegen das Gaddafi-Regime nicht beteiligt hatte, aber post festum mit seinen nur 300 Mann (!) in Tripoli „einmarschierte“ und sich selbst - gegen die Milizen aus Zenten, Nefoussa, Misrata etc., die Tripoli tatsächlich erobert hatten - zum Militärkommandanten der Stadt proklamierte. Er hat aber offenbar politischen und finanziellen Rückhalt aus Qatar und wurde von der neuen Regierung bald in dieser Funktion bestätigt. Diejenigen „Rebellmilizen“, die die Hauptlast des Kampfes gegen das Gaddafi-Regime getragen haben und sich bisher nicht entwaffnen lassen und die tatsächliche militärische Kontrolle nicht aus der Hand und an solche Kreaturen abgeben, haben sich - wenn auch nicht ohne Widersprüche untereinander - in einer wenn auch recht losen „Union der thouwar“ („Union der Revolutionäre“) verbunden. Es handelt sich dabei um etwa 30 regionale Milizverbände, die aus Zenten und aus dem Djebel Nefoussa als Kern, die Front gegen die Politik der Regierung Al-Kib machen, speziell gegen die Entwaffnung der Milizen, gegen den von ihnen geforderten Abzug aus Tripoli (hier geht es insbesondere um die Milizen aus Nefoussa) und von den Ölfeldern (insbesondere die aus Zenten), gegen

die Wiederherstellung des alten Staatsapparats und in diesem Zusammenhang natürlich auch gegen die angeführten Personalentscheidungen. Man darf keine großen demokratischen und antiimperialistischen Hoffnungen in die „thouwar“ hinein projizieren, aber sie stehen - aus diversen Beweggründen - in Widerspruch zur Festigung des neuen neokolonialen Kompradorenregimes. Teile von ihnen könnten Elemente oder dort oder da sogar Kristallisationspunkte einer neuen demokratischen antiimperialistischen Bewegung werden. Jedenfalls sind sie ein Faktor gegen die neokoloniale „Stabilisierung“ des „neuen Libyen“.

Für den Imperialismus hängt viel davon ab, ob es gelingt, den demokratischen antiimperialistischen Flügel der „Rebellen“ zu unterdrücken, wozu - in der konkreten Situation - ihre Entwaffnung von entscheidender Bedeutung ist. Klar ist, dass der jetzt notwendige Strategiewechsel ein äußerst komplexes und schwieriges Unterfangen ist. Aber die libyschen Volksmassen haben in ihrem Kampf gewaltig an Selbstvertrauen und politischen und militärischen Erfahrungen gewonnen und vielleicht kann sich ein führender Kern bilden, der den demokratischen anti-imperialistischen

Flügel zumindest ein Stück des Weges in die richtige Richtung, in Richtung einer volksdemokratischen Revolution, führt.

Gelingt das nicht, dann werden die libysche Arbeiterklasse und das Volk um die Früchte ihrer Kämpfe und Opfer gebracht, wird der Zugriff des Imperialismus auf das Land noch viel mehr verstärkt als bisher, wird ein Regime ausgebildet, das schon mehr an koloniale denn an neokoloniale Abhängigkeit erinnert. Bei dem durchaus möglichen Scheitern bzw. bei Schwierigkeiten der Realisierung der imperialistischen Pläne hingegen besteht die Gefahr, dass die imperialistische Aggression nochmals massiv verstärkt wird. Sollte sich nämlich die Gefahr abzeichnen, dass der ganze Bombenterror und alle sonstigen militärischen „Bemühungen“ nicht zum gewünschten Resultat geführt haben, läge eine massive Verstärkung der imperialistischen Bodentruppen nahe (bisher gibt's ja wahrscheinlich noch keine wirklichen imperialistischen Kampfverbände „on ground“), wofür sich übrigens in erster Linie die kriegserprobte französische und britische Marineinfanterie aufdrängen würde³¹. Vielleicht gewinnt in einem solchen Szenario auch die (faktische) Aufteilung

³¹ Dies würde allerdings wegen des Finanzbedarfs und des an Menschenmaterial (unter der Voraussetzung, dass es (noch) keinen teilweisen Umbau der Wirtschaft, des Staates und der Staatsausgaben in Richtung Kriegswirtschaft gibt) voraussetzen, Verbände aus Afghanistan nach Libyen zu verlegen. Die USA ihrerseits überspannen ohnehin bereits ihre Kräfte. Der US-Imperialismus hat im Irak eine schwere Niederlage eingesteckt, das Bush'sche Projekt eines durchkolonisierten „Grossen Mittleren Ostens“ unter US-Herrschaft und zionistischer Statthalterei ist gescheitert, auch der ersehnte Zugriff auf das irakische Öl hat nicht wie gewünscht geklappt, denn die Fördermengen liegen weit unter dem Stand von vor dem US-Einmarsch und die Exploitation des Öls wird immer schwieriger. Und in Afghanistan folgt die nächste Niederlage auf dem Fuß. „Imperial overstretch“ kann man nur sagen, „Aufstieg und Fall“ einer im historischen Maßstab ja doch nur zeitweilig großen Macht.

Libyens in neokoloniale Einflussphären, vielleicht auch mit unterschiedlichen Graden der Kompradoren-herrschaft, ohnehin von interessierter imperialistischer Seite immer wieder „in Diskussion gebracht“, konkretere Gestalt.

**Syrien:
Im Übergang zum be-
waffneten Kampf ?**

In Syrien liefert das Volk dem Regime seit März heftige und opferreiche Schlachten. Es begann in Danaa ganz im Süden, an der jordanischen Grenze, Brennpunkte der Kämpfe sind seither Homs, Hama, Latakia, aber auch in Aleppo und Damaskus wird gekämpft sowie in zwei Dutzend weiteren Städten. Der Kampf wogt hin und her, die Assad'schen Elitetruppen besetzen und „säubern“ eine Stadt nach der anderen, aber kaum sind sie weg, flammt die Revolte wieder auf. Allmählich geht das aufständische Volk auch über zu bewaffnetem Widerstand und lässt sich nicht mehr bloß passiv abschlagen. Eskam zu aktiven militärischen Angriffen auf Stützpunkte und Symbole der Staatsmacht. Am 14. Dezember z.B. wurden bei Kampfhandlungen in Hama 8 Mann der Bürgerkriegspolizei ausgeschaltet, einige Tage zuvor schon einmal 7 Mann. Weder der „Auslandsopposition, noch den „Ratgebern“ und „Hel-

fern“ aus dem imperialistischen Westen, noch den türkischen „Freunden“, noch anti-arabischen kurdischen „Verbündeten“, noch den reaktionären Kräften innerhalb der Bewegung (z.B. Anhänger der Moslem-Bruderschaft) ist es bisher gelungen, die Rebellion zu ruinieren. Im Gegenteil scheint sie trotz gewaltiger Opfer und Verluste und trotz aller Brutalität des Assad-Regimes an Kraft zu gewinnen.

Die Lage in Syrien wird oft mit Libyen verglichen. Warum eigentlich? Wahrscheinlich weil Assad junior ebenso wie Gaddafi zwar ein reaktionärer Unterdrücker und Schlächter ist, aber einer in „revolutionärem“ und „antiimperialistischem“ Gewand und für die Imperialisten nicht ganz so pflegeleicht (und auch nicht so preiswert!) wie etwa ein Ben Ali oder Mubarak. Vielleicht aber auch, ziemlich sicher sogar, weil einige Imperialisten auch in Syrien „irgendwie“ mit einer direkten imperialistischen Intervention liebäugeln (und sicher daran heftig herumplanen), sich aber im Unterschied zu Libyen bisher nicht trauen.

Die Lage ist nämlich insofern anders als in Libyen, als man im Land selbst bisher kaum jemanden findet, der eine ausländische Intervention wünscht oder „fordert“ und so als zu „Rettender“ in Frage

kommt. Nach den Ereignissen in Libyen schon gar nicht. Sodass eine imperialistische Intervention ungleich schwieriger und viel riskanter wäre.

Anders als im Land selbst ist es wie gesagt bei den diversen selbsternannten „Vertretern“ der Volksrebellion im Ausland. Dort überwiegen Kräfte, die eine ausländische Intervention „angesichts des Blutvergießens“ (als ob eine solche mit weniger Blutvergießen verbunden wäre!) für dringend notwendig halten. Zwar traut sich offenbar niemand, das Wort NATO auszusprechen, und so denken sie eher an die UNO oder die Arabische Liga, einige an die Türkei³². Diese Auslandsopposition und ihr „Übergangsrat“ (genauer gesagt: einer der „Übergangsräte“, denn es gibt mehrere) sind pure Kreaturen des Imperialismus, sie sind nur in den imperialistischen Medien präsent, sie haben mit den Volkskämpfen im Land nichts zu schaffen. Sie sind auch untereinander uneins, ihre Protagonisten sind eben nur rivalisierende imperialistische Speichellecker im Ausland. Es gab mehrere Konferenzen dieser Opposition, in Brüssel, Paris, Antalya.... Die Pariser Konferenz, von Bernard-Henri Lévy, einem der niederträchtigsten französischen Faschisten (bezüglich des Klassenkampfes in Frankreich und der Glorifizie-

³² Vielleicht könnte man auch - siehe die Fußnote 22 weiter oben - bei den ägyptischen „Linken“ à la Abdelhalim Qandil (eventuell über Vermittlung der österreichischen Zeitschrift „Intifada“?) anfragen, ob nicht auch hier, wie für Libyen, ein Einmarsch der ägyptischen Armee „die beste Option“ wäre.

zung des französischen Neokolonialismus), Kriegshetzer (bezüglich Jugoslawien, Afghanistan, Irak, nochmals Afghanistan, Tschad, Côte d'Ivoire ... und zuletzt Libyen), Rassisten und Zionisten³³ organisiert, war wegen ihrer zur ausländischen Intervention in Syrien aufrufenden Ausrichtung und natürlich ihrer „Gastgeber“ eher ein „Schuss ins Knie“ und hat diese Sorte „Opposition“ gründlich diskreditiert. Die Konferenzen in der Türkei waren offenbar stark von der Moslem-Bruderschaft geprägt, wenn nicht gar dominiert, und diese liebäugelt mit einer eventuellen türkischen Militärintervention. Ein solcher Überfall zwecks Annektierung einer gewissen „Sicherheitszone“ auf syrischem Boden ist durchaus denkbar, die türkische Regierung spielt eine düstere Rolle in der Region und speziell im Grenzgebiet, offenbar hat sie selbst an der Eskalation des „Flüchtlingsproblems“ nicht unmaßgeblich mitgewirkt, um einen Vorwand für ihre „Verantwortung“ zu schaffen. Aber - wie gesagt - ist die „Auslandsopposition“ derzeit in Syrien selbst nicht verankert und untereinander zerstritten. Auch die Moslem-Bruderschaft spielt bisher in Syrien - anders als im Ägypten Mubarak's - keine große Rolle (was allerdings eine

eventuelle zukünftige Rolle nicht präjudiziert, das wurde auch schon anderswo unterschätzt!).

Eine imperialistische Intervention in Syrien wäre ein gefährliches Unternehmen. Sicher ist auch in Syrien, ebenso wie in Libyen, zumindest Geheimdienstpersonal der Imperialisten „on ground“. Aber ganz ohne (relevante) „fünfte Kolonne“ im anzugreifenden Land geht es eben auch nicht und damit schaut es bisher für die Imperialisten nicht gut aus. Auch eine „beschränkte“ Operation der Türkei im Norden - mehr wäre wohl für die Türkei eine Nummer zu groß - würde vielleicht das Assad-Regime schwächen, aber eventuell äußerst riskante Folgewirkungen erzeugen. Weiters: Jeder Bürgerkrieg - und eine ausländische Intervention, auch eine türkische, würde sicher mit einem (wahrscheinlich ziemlich komplexen, weil vielschichtigen) veritablen Bürgerkrieg beantwortet und sie würde unweigerlich auf die Nachbarländer ausstrahlen, auf den Libanon und den Irak, und sich auch sofort mit dem Widerspruch der arabischen Völker zum Zionismus verflechten. Man darf auch nicht vergessen, dass auch das Syrien Assad's - trotz seiner Rolle im Libanon und allfälliger Pro-

pagandaphrasen - seinen Beitrag zur Befestigung des Zionismus leistet. So liebäugeln die Imperialisten zwar vielleicht mit einem Überfall auf Syrien, trauen sich aber wohl - jedenfalls derzeit - nicht darüber. Was dem syrischen Volk Zeit verschafft, im Kampf zum Sturz des Assad-Regimes vorwärts zu kommen.

Ein Kommentar zur Rolle der Arabischen Liga in Syrien (wie auch überall sonst) erübrigt sich. Noch nie und nirgends hat diese Bande von Speichelleckern und fünfte Kolonne des Imperialismus eine andere Rolle gespielt als eine reaktionäre bzw. - um das Vokabular von Thomas Bernhard zu verwenden - „ihre Rolle war naturgemäß immer die niederträchtigste“.

Marokko: Der Schwelbrand kann jederzeit auflodern

„In Marokko ist alles ganz anders ...“ Als der alte König Hassan starb, dachte sich der neue, Mohammed VI., er sei doch ein moderner, fortschrittlicher und eigentlich guter Mensch und er müsse seine Monarchie reformieren, „ein neues Blatt im Buch der Geschichte aufschlagen“ und etwas für sein Volk tun, er sei doch schließlich der „König der Armen“.

³³ Dieser in Frankreich sehr berühmte „Philosoph“ ist eine Ikone der französischen Reaktion und ein Liebling der Medien. Wo es ideologische Jauche zu versprühen gilt, ist er zur Stelle. 2011 engagierte er sich heftig, auch vor Ort, als ideologischer Schlachtentrommler des Libyenfeldzugs des französischen Imperialismus. Sein „Kriegstagebuch“ wurde Ende 2011 veröffentlicht. „Ich habe als Jude dazu beigetragen, für mein Land (Anm.: das ist Frankreich) und für ein anderes Land (Anm.: das ist vermutlich Libyen, könnte aber auch Israel sein) eine Strategie und Taktik ... für die Befreiung (Anm.: Libyens) auszuarbeiten... Ich habe damit das Banner meiner Treue zum Zionismus und zu Israel hochgehalten.“ (Rede am 21. November 2011 auf einer Versammlung des CRIF, des „Repräsentativen Rates der jüdischen Institutionen in Frankreich“)

Gesagt, getan. Unter dem tosenden Applaus des „freien Westens“ ließ er die alte Verfassung an einigen Pünktchen retuschieren und unterwarf als geläuterter guter Demokrat sein Werk einer Volksabstimmung. Das sei ein bedeutender Schritt in Richtung einer „konstitutionellen Monarchie“, verkündeten die Herolde und Trommler des Königs überall im In- und Ausland. Im Juli 2011 wurde die schön bemalte und verzierte neue Verfassung vom Königsvolk begeistert und mit überzeugenden 90% gebilligt. Ein glorreicher Sieg der Demokratie und natürlich auch dieses klugen Königs, der so sein Volk schützt vor Aufruhr und Chaos, vor der Pestilenz der Revolution und vor den „Umtrieben der Atheisten und ausländischer Söldner im Dienst der Polisario und Algeriens“. Soweit die Schmierkomödie der marokkanischen „Demokratie“.

Bleiben wir, bevor wir uns der Realität zuwenden, noch kurz auf der Bühne dieser Schmierkomödie und betrachten wir sie aus der Nähe. Von 25 Millionen wahlfähigen Menschen ließen sich nur 9 Millionen in die Wahlregister = Abstimmungslisten eintragen, von denen sich wiederum nur 4 Millionen an der Abstimmung beteiligten, wovon dann - nachgeholfen noch mit Wahlfälschungen jeder Art - 90% mit „Ja“ stimmten. Mit „Ja“ stimmten also nach Adam Riese nur 14% der Wahlfähigen. Wie das? Wieso will das Volk die Zustände nicht demokratisieren? Vielleicht

hat es ganz banal einen Blick in die „neue“ Verfassung geworfen. Der König kann das Parlament, das jetzt „mehr Rechte hat“, auflösen oder überstimmen (ganz abgesehen einmal davon, wer in diesem Parlament sitzt), er alleine ernannt die Regierung, er alleine ist oberster Richter und Oberbefehlshaber der Armee. Marokko ist weiterhin eine reine Autokratie.

Ende November waren schließlich „freie Wahlen“. Die Registrierungsquote war ähnlich niedrig wie bei der „Volksabstimmung“, die Beteiligung lag laut Regierung bei 45%. Wir rechnen nach: das wären dann 16% der Wahlfähigen. Relativer Sieger wurden die „gemäßigten Islamisten“ der „Partei der Gerechtigkeit und der Entwicklung“, eine Partei alter Hasen, die auch bisher schon im „Parlament“ saß und mit dem König „eine sehr gute Arbeitsbasis“ haben. In einer 5-Parteien-Koalition bildet diese nun die „neue“ Regierung.

Jenseits dieser Schmierkomödie befindet sich das Land aufgrund seiner totalen neokolonialen Abhängigkeit in einer tiefen Krise und es gibt heftige Klassenkämpfe. Ein Genosse des „Annahj Addimocrati Alqaidi - MLM“ bzw. französisch „Voie Démocratique Basiste - MLM“, das wäre auf deutsch in etwa „Basisdemokratischer Weg - Marxisten-Leninisten-Maoisten“, berichtet (siehe „partisan“ no.250 der französischen OCML-VP): „Seit dem Jahr 2000 gab es nicht ein einziges Jahr, ohne dass es Erhebungen

des marokkanischen oder des saharauischen Volkes gegeben hätte: Erhebungen in der Westsahara, in Ifni, in Bouaarfa, in Talsint, jedes Jahr Studentenaufstände gegen die Privatisierung des öffentlichen Bildungswesens überall in Marokko. Alle diese Erhebungen wurden blutig niedergeschlagen, wir zählen die Verhaftungswellen und Toten schon nicht mehr.“ 2006 war ein erster Höhepunkt dieser Kämpfe mit Hungerrevolten im ganzen Land. 2008 kam es neuerlich zu schweren Klassenkämpfen. Ein Genosse, El Agadiri, wurde bei einer Solidaritätsdemonstration für Gaza erschossen, einige wurden entführt und sind seither „verschwunden“, 17 führende Genossen und Genossinnen des AAA-MLM, darunter Zahra Boudkour und Ilham Hasnoui, wurden nach der Studentenrebellion von Marrakesch 2008 verhaftet, gefoltert und für zwei bis vier Jahre ins Gefängnis gesteckt. Der Kampf um ihre Befreiung hatte seither größte Bedeutung für den Klassenkampf. Viele konnten inzwischen befreit werden, aber einige Genossen sitzen noch immer. Der AAA-MLM ist eine revolutionär-kommunistische Organisation, die an frühere Organisationen, vor allem an „Ila al-Amam“ („Vorwärts!“) und die „Organisation 23.März“, anknüpft, nachdem diese 1979 brutal unterdrückt worden waren. In ihrer heutigen Gestalt besteht sie seit 2004. Sie arbeitet auch in demokratischen und antiimperialistischen Einheits- und Volksfron-

torganisationen, in den Gewerkschaftsverbänden UMT und CDT sowie in dem Studentenverband UNEM (dessen Minimalprogramm u.a. die kostenlose Ausbildung aller Jungen und Mädchen bis zum 16. Lebensjahr und die Beseitigung der reaktionären „nationalen Erziehungs-Charta“ fordert sowie gegen die Privatisierung und Militarisierung der Universitäten kämpft).

Durch die Vertiefung der ökonomischen und sozialen Krise und angespornt durch die Volksrevolten in Tunesien und Ägypten, kam es am 20. Februar 2011 auch zu Massendemonstrationen in Marokko, an denen sich mindestens 800.000 Menschen beteiligten. Danach gab es fast jeden Monat große Demonstrationen in bis zu 110 Städten. Die „Bewegung des 20. Februar“, die sich damals bildete, ist natürlich überhaupt nicht homogen. Es nehmen daran teil die „Sozialdemokraten“, eine Art „Partei des gemäßigten Fortschritts im Rahmen der königlichen Gesetze“, aber es arbeitet darin auch mit die revolutionär-kommunistische Strömung, die auf die volksdemokratische Revolution Kurs nimmt.

Sie stellt den Aufbau der revolutionären Selbstorganisation des Volkes im wirklichen Klassenkampf in den Vordergrund, d.h., sagt der Genosse, den „Aufbau von Komitees in den Arbeiter- und Volksvierteln, von Selbstverteidigungskomitees (Anm.: gegen Schlägertrupps und Spitzel des Regimes), von Komitees, die aus den Arbeiter- und Bauernkämpfen hervorgehen“. Die Lunte brennt auch in Marokko.

Palästina: Warten auf eine neue Offensive gegen den Zionismus

Anfang 2011 gab es, angespornt durch die Revolten in Tunesien und Ägypten, auch in Palästina Demonstrationen und Straßenschlachten, aber eine „neue Intifada“ blieb bisher aus (abgesehen davon, dass eine spontane Intifada wenig bringt und eine systematische Inangriffnahme des organisierten bewaffneten Volkskriegs notwendig wäre, wie es ihn vor einigen Jahrzehnten seitens der damals noch national-revolutionären PLO schon einmal gab, in Palästina, im Libanon, in Jordanien). Der palästinensische Befreiungskampf hat seine eigenen

Gesetze und Bedingungen. Er war einmal eine Speerspitze der Revolution, hat aber über Jahrzehnte hin schwere Niederlagen erlitten, angesichts der geballten „counter insurgency“ des Weltimperialismus samt der umfassend faschistischen Kolonialpolitik des zionistischen Israel, aber auch wegen des Verrats der eigenen Führung, auch der PLO. Er wird heute durch die Spaltung des Volkes und den Widerspruch zwischen der reaktionären Hamas und der reaktionären Abbas-Clique geschwächt. Erste sabotiert den Kampf, indem sie den Volkskrieg gegen Israel nicht führt (sondern durch Vorspiegelung einer „islamischen Identität“ und lächerlich-harmlose Raketenangriffe davon ablenkt) und die nationalrevolutionäre Einheitsfront des palästinensischen Volkes hintertreibt und spaltet, letztere ist überhaupt der letzte pro-imperialistische und prozionistische Dreck, sie ist purer und offener Imperialistenknecht und trägt übrigens auch mit Initiativen wie zuletzt der gegenüber der UNO zur weiteren Lähmung und Irreleitung bei³⁴. Beide werden von der Reaktion bezahlt, wenn auch von unterschiedlichen Ab-

³⁴ Der von Abbas Ende 2011 an die UNO gerichtete Antrag, diese möge den bestehenden „Bantustan“, also den verbliebenen palästinensischen Fleckerlteppich, abgeriegelt, eingeschnürt und vollständig unter dem Stiefel der israelischen Kolonialherrschaft, als „Staat“ anerkennen, war nur ein übles Manöver. Es sollte einerseits von seiner eigenen schmutzigen Unterwürfigkeit gegenüber Imperialismus und Zionismus ablenken und Boden gegenüber der Hamas gutmachen und andererseits die Palästinenser weiter davon abhalten, sich in den Kampf der arabischen Volksmassen einzureihen. Es wurde von vielen Palästinensern und anderen Arabern als blanke Verhöhnung der palästinensischen Interessen empfunden. Es musste als schmutziges Manöver entlarvt und bekämpft werden, insbesondere in Palästina und im arabischen Raum selbst. Dessen ungeachtet warf es natürlich ein bezeichnendes Licht auf die Haltung der westlichen Imperialisten im „Nahostkonflikt“, wenn sie sogar eine solche Schmierkomödie, weil „einseitig“, brüsk ablehnten. Diese Reaktion der EU-Friedensengel und der USA sogar auf den eigenen Knecht, sobald er sich auch nur ein bisschen Luft ohne vorherige zionistische Genehmigung verschaffen will, muss selbstverständlich in den imperialistischen Ländern genutzt werden, um der westlichen „Friedenspolitik“ im Nahen Osten die Maske vom kolonialen Gesicht zu reißen.

teilungen derselben. Revolutionäre, volksdemokratisch orientierte Kräfte gibt es in Palästina, z.B. die PFLP oder zumindest Teile davon, aber sie sind relativ schwach. Es gibt auch demokratische Kräfte unter den arabischen Palästinensern in Israel, z.B. die gegen „Imperialismus, Kapitalismus und Zionismus“ kämpfende Organisation Abnaa el-Balad. Der Bewegungsraum der Palästinenser in Gaza hat sich 2011 durch die Entwicklung in Ägypten etwas erweitert. Positive Entwicklungen in Syrien,

im Libanon, in Jordanien, natürlich auch in Ägypten könnten neuen Schwung in den Kampf der Palästinenser bringen³⁵.

Irak: Der „vergessene“ Volkswiderstand gegen den US-Imperialismus und seine Lakaien

Vom Irak hört man in den westlichen Ländern von „freedom and democracy“ nicht mehr sehr viel, jedenfalls nicht wenn vom „arabischen Frühling“ die Rede ist, nur die fast täglichen Bombenattentate finden

Beachtung. Wozu auch? Das Land hat ja seine „Befreiung“ schon hinter sich, da ist aus Sicht der Imperialisten nichts mehr zu befreien (allenfalls könnte Neid auf die Monopolstellung des US-Imperialismus aufkommen). Das Volk hat dabei „Kollateralschäden“ von einigen Hunderttausenden Toten (manche schätzen eine Million) erfahren und es lebt unter ausländischer Besatzung³⁶ und der Knechtung durch diverse arabische und kurdische Quislinge, wie sie niederträchtiger nicht sein könnten.

³⁵ Ist vielleicht auch die „Occupy-Bewegung“ in Israel etwas, das Affinitäten mit dem „arabischen Frühling“ aufweist? Das war sie nicht, denn es handelte sich dabei um eine zwar aus sozialen Problemen des israelischen Kapitalismus gespeiste, aber trotzdem im zionistischen Kolonialsystem gefangene Bewegung (leider, muss man sagen, denn auch in Israel kann es (klarerweise nur illegale) revolutionäre Bewegungen geben und gab es solche auch immer wieder). Wird aber der zionistische Kolonialismus nicht in Frage gestellt, dann geht es (wenn auch vielleicht nicht von jedem klar so gesehen oder ausgedrückt) nur um einen „gerechten Anteil“ an der kolonialen Ausbeutung und Ausplünderung der Palästinenser, also daraus, für sich selbst einen besseren Nutzen aus dem Kolonialsystem zu ziehen bzw. kein Benachteiligter innerhalb dieses Systems zu sein. Das Lösungsangebot der israelischen Regierung für die „Krise“ war konsequenterweise das Versprechen von mehr und billigeren Wohnungen - durch ein noch massiveres Vorantreiben der kolonialen Siedlungspolitik in palästinensischem Siedlungsgebiet; welche „Lösung“ vom größten Teil der Bewegung nicht entrüstet zurückgewiesen, sondern gerne angenommen wurde, was mit zum Abflauen der Bewegung führte. Im Klartext heißt das aber: Wenn es mir eine bessere und billigere (oder überhaupt eine) Wohnung einbringt, sei es auch zu Lasten der Palästinenser, verdinge ich mich sogar persönlich als Kolonist und beteilige ich mich an der Vertreibung weiterer Palästinenser - ganz abgesehen einmal von der aktiven Mitwirkung am Kolonialsystem überhaupt. Solange sich israelischer Widerstand, wogegen auch immer, nicht ausdrücklich und fundamental gegen die zionistische Kolonisierung der Palästinenser, gegen den Staat Israel und gegen den Zionismus als das Fundament dieses Staates richtet, bleibt er in Bezug auf den Hauptwiderspruch in Palästina und damit insgesamt reaktionär. Der Staat Israel ist nichts als ein Kolonialgebilde, das es ohne Unterdrückung und Ausbeutung der Palästinenser (und natürlich ohne die milliardenschwere imperialistische Hilfe) gar nicht gäbe. Deshalb sind auch Vergleiche mit der „Occupy Wall Street“-Bewegung in den USA und noch viel mehr solche mit den spanischen „Indignados“ unzutreffend. (Was alles übrigens nichts daran ändert, dass es nicht schadet, wenn durch solche inneren Konflikte Unordnung in den Reihen des zionistischen Feindes entsteht, aber auch in dieser Hinsicht war das kleinbürgerliche „Occupy“-Pflänzchen leider nicht sehr kraftvoll und ziemlich kurzlebig.)

³⁶ Die ausländische Besatzung hält auch nach dem „Abzug des letzten US-Soldaten“ Ende Dezember 2011 an. Kampftruppen, die sich ohnehin seit langem schon nicht mehr aus ihren 505 Garnisonen hinauswagten und sogar auf eine schöne öffentliche „Verabschiedung“ verzichteten, wurden abgezogen, aber es bleiben einige Verbände der „Marines“ (Marineinfanterie) „zum Schutz der US-Botschaft“ und ihrer vier Außenstellen, diese hat einen Gesamtpersonalstand von 16.000 (!) Personen, es bleiben auch „Logistiker“, Aufklärer und Geheimdienstler, es bleiben ein paar Hundert Ausbilder und Instruktoren der irakischen Quislingarmee und -polizei und es bleiben Zehntausende private Söldner (jetzt halt mit US-Geld von der irakischen Regierung gedungen statt direkt von den USA selbst). Vor allem aber sind auch die über 900.000 Mann starken irakischen Armee- und Polizeiverbände selbst nichts als eine US-Kolonialarmee. Die Frage ist freilich, was diese Quislingverbände tatsächlich vermögen und ob sie nicht rasch auseinanderbrechen und wieder zerfallen. Jeder Imperialismus braucht auch Anknüpfungspunkte im Inneren seines Opfers. Wie „verlässlich“ sind diese im Irak? Anfang 2012 sieht es jedenfalls nicht nach imperialistischer „Stabilität“ im Irak aus.

Der Befreiungskampf des irakischen Volkes findet klarerweise besondere strategische Ziele und Bedingungen vor, die nicht identisch sind mit denen in anderen und bloß neokolonial unterdrückten Ländern. Aber auch im Irak werden nicht nur Bombenanschläge verübt, sondern auch heftige Kämpfe gegen die US-Marionetten und ihre Staatsmacht geführt. Seit dem 31. Jänner demonstrieren fast jeden Freitag von Mosul bis Basra Zehntausende Menschen unter Losungen wie „Maliki - weg mit Dir!“, „Barzani - weg mit Dir!“ und „Nein zur Besatzung!“. Am 22. bzw. 25. Februar versuchten Demonstranten in Basra, Bagdad, Faludscha und Mosul, Regierungsgebäude zu stürmen. In Bagdad drangen sie in die „Grüne Zone“ ein, das ist die schwer bewachte Sperrzone, in der sich Regierung, Parlament

und das US-Hauptquartier befinden. Die westliche Presse schrieb Anfang des Jahres noch ein oder zweimal über die Demonstrationen, aber dann verstummte sie abrupt und in absolutem internationalen Gleichklang (wie das französische Magazin „Afrique Asie“ in seiner September-Ausgabe sehr detailliert analysierte). Einmal passen Losungen gegen die imperialistische Besatzung nicht ins Bild und auch Losungen gegen die erste „echte demokratische Regierung seit soundsovielen Jahrzehnten“ sind nicht zu gebrauchen. Vor allem aber haben das Quislingregime in Bagdad und das in Mosul mit dem Aufschwung des Volkswiderstands auch den Terror gegen diesen gesteigert.

Gewalttätige Überfälle auf Demonstrationen, organisiert von vom Regime geheuerten Schlägerbanden, unterstützt durch die „Sicherheitskräfte“, Verhaftungen, Folterungen, Morde auf den Straßen und in den Gefängnissen, Attentate gegen Regimegegner, sexuelle und andere Aggressionen gegen Frauen im Widerstand sind auf der Tagesordnung. So ist die Lage in der „sichersten Zone der arabischen Welt“, wie Maliki unlängst einigen westlichen Journalisten sagte - unter beifälligem Nicken des (kurdischen) Generalstabschefs Zebari.



Die sozialen Prinzipien des Christentums

„Die sozialen Prinzipien des Christentums haben die antike Sklaverei gerechtfertigt, die mittelalterliche Leibeigenschaft verherrlicht und verstehen sich ebenfalls im Notfall dazu, die Unterdrückung des Proletariats, wenn auch mit etwas jämmerlicher Miene, zu verteidigen.

Die sozialen Prinzipien des Christentums predigen die Notwendigkeit einer herrschenden und einer unterdrückten Klasse und haben für die letztere nur den frommen Wunsch, die erste möge wohlthätig sein.

Die sozialen Prinzipien des Christentums setzen die konsistorialrätliche Ausgleichung aller Infamien in den Himmel und rechtfertigen dadurch die Fortdauer dieser Infamien auf der Erde.

Die sozialen Prinzipien des Christentums erklären alle Niederträchtigkeiten der Unterdrücker gegen die Unterdrückten entweder für gerechte Strafe der Erbsünde und sonstigen Sünden oder für Prüfungen, die der Herr über die Erlösten nach seiner unendlichen Weisheit verhängt.

Die sozialen Prinzipien des Christentums predigen die Feigheit, die Selbstverachtung, die Erniedrigung, die Unterwürfigkeit, die Demut, kurz alle Eigenschaften der Kanaille, und das Proletariat, das sich nicht als Kanaille behandeln lassen will, hat seinen Mut, sein Selbstgefühl, seinen Stolz und seinen Unabhängigkeitssinn noch viel nötiger als sein Brot.

Die sozialen Prinzipien des Christentums sind duckmäuserig, und das Proletariat ist revolutionär.“

(Karl Marx, MEW 4, S.200)

Ein neuer Brandherd im Östlichen Mittelmeer

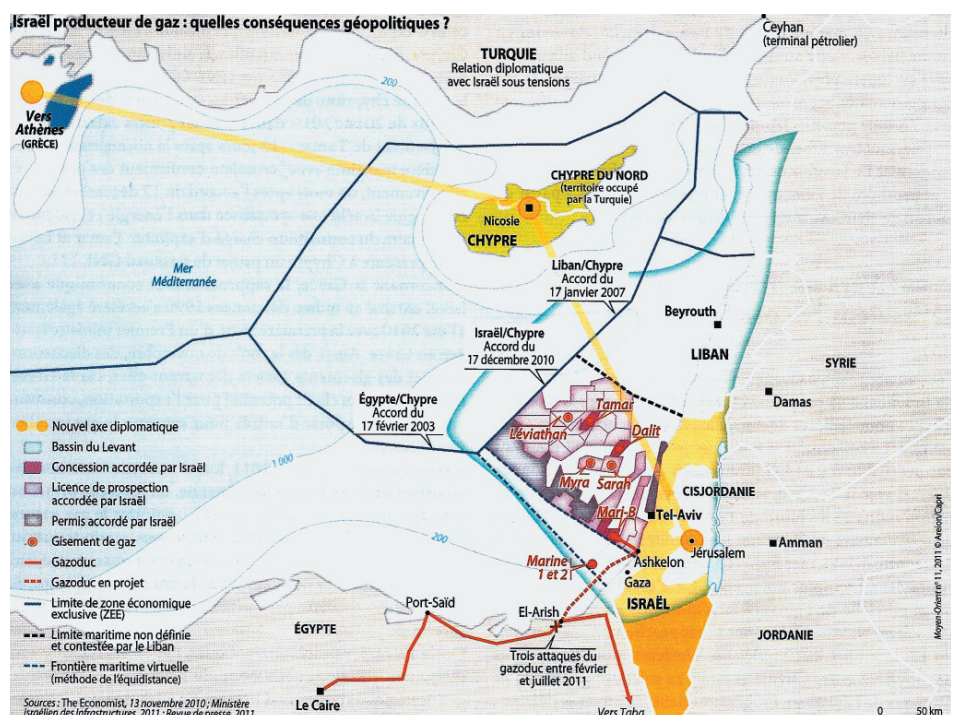
Dass die geostrategische Situation im Östlichen Mittelmeer, im speziellen auch die Lage Israels, in Veränderung begriffen ist, ist wohl jedem klar. Zwei wichtige Faktoren, die im Laufe der Jahre 2010/11 hervorgetreten sind, sind die Auswirkungen des Sturzes des Mubarak-Regimes in Ägypten auf Israel und die Änderung der strategischen Positionierung der Türkei, auch gegenüber dem bisherigen Verbündeten Israel. Israel ist der wichtigste Vorposten, die stärkste und zuverlässigste Bastion des Imperialismus, speziell des US-Imperialismus, im Nahen Osten. Zwar tut die neue ägyptische Militärjunta alles, was sie kann, um am „Camp David Abkommen“ festzuhalten und Israel zuzuarbeiten, aber doch musste sie die Blockade Gaza's von ägyptischer Seite her lockern und damit zugleich die israelische von der anderen Seite her untergraben. Eine weitere aktive Teilnahme Ägyptens am wirtschaftlichen und militärischen Krieg gegen die Palästinenser wie unter Mubarak ist für das Militärregime schwierig geworden. Über Ägypten läuft auch ein Teil der Öl- und Gasversorgung Israels. Anfang 2011 liefen 40% der Gaslieferungen an Israel über die Sinai, zwischen Februar und Juli 2011 wurde die Pipeline dreimal durch Bombenanschläge angegriffen, was zu wochenlangen Unterbrechungen und zur Reduzierung der Mengen (um zeitweilig bis zu 70%) führte. Das ägyptische Mi-

litärregime konnte auch nicht anders, als anzukündigen, man wolle die von Israel gezahlten Gaspreise, zu niedrig im Vergleich zu den Weltmarktpreisen, neu verhandeln.

Der andere Teil der Öl- und Gasversorgung Israels läuft über die Türkei. Bis vor wenigen Jahren gab es große Pläne zur besseren Anbindung Haifas an die Pipeline Baku-Tbilisi-Ceyhan (einem türkischen Terminal am Mittelmeer) bzw. auch an die Pipeline Baku-Tbilisi-Erzurum. Seit 1978 (dem Jahr des „Camp David Abkommens“) gab es eine enge Kooperation zwischen der Türkei und Israel auf dem Ölsektor, seit 2005 auch auf dem Gassektor. Seit 2010 jedoch sind diese „auf Eis gelegt“.

Die „Achse Ankara-Tel Aviv“ beschränkte sich aber nicht auf Öl und Gas.

Es wurde enge Kooperation auf allen Gebieten betrieben, auch im militärischen und geheimdienstlichen Bereich. 1994 war ein „Sicherheitsabkommen“ und 1996 ein „Abkommen zur militärischen Zusammenarbeit“ abgeschlossen worden, welches der israelischen Luftwaffe erlaubte, den türkischen Luftraum (750.000 km²) für Übungsflüge zu nutzen. Israel selbst verfügt nur über 35.000 km² Luftraum. Auch diese „Zusammenarbeit“ hat die Türkei beendet. Das beschränkt die militärischen „Optionen“ Israels auch gegen Syrien und den Iran, denn der „Übungs“korridor führte von Israel direkt über den einzigen syrischen Ölhafen Latakia und von der Osttürkei aus ist der Norden des Iran in Reichweite. Diese „Optionen“ muten zwar vielleicht abenteuerlich an, sind aber gar nicht



Anmerkung zur Karte: Die hier eingezeichneten Seerechtsgrenzen werden von Ägypten, dem Libanon und den Palästinensern nicht anerkannt.

so abenteuerlich, sondern durchaus konkrete zionistische Planspiele.

Was treibt die Türkei, was trieb sie zum Kurswechsel gegenüber Israel? Sicher nicht der mörderische israelische Überfall auf ein türkisches Schiff der „Gaza-Flottille“ im Mai 2010. Eher schon drückt die Tatsache, dass die Gaza-Flottille von der Türkei aus und durchaus mit türkischer moralischer Rückendeckung einschiffte (während Griechenland vor einigen Monaten eine solche Flottille sabotierte und schließlich verbot!), einen Kurswechsel aus, als dass es dessen Ursache wäre. Zweifellos positioniert sich die Türkei seit einiger Zeit stärker auch im arabischen Raum (nicht mehr nur am Balkan und in den „turkstämmigen“ GUS-Staaten). Das wurde durch den „arabischen Frühling“ massiv beschleunigt, denn dieser verspricht der Türkei Möglichkeiten, dort oder da den angestammten Imperialisten etwas abzunehmen, sei es politischen Einfluss, sei es wirtschaftlichen. Es passt auch gut mit dem mühseligen und erniedrigenden Verlauf der Verhandlungen mit der EU zusammen. Nach wie vor sind wichtige Teile der türkischen Bourgeoisie an einem EU-Beitritt interessiert, aber je mehr Profitmöglichkeiten sich auch anderswo eröffnen, desto weniger dringlich wird dieses Anliegen. Die türkische Industrie-, Handels- und Bankbourgeoisie besteht inzwischen nicht mehr ausschließlich aus in Istanbul sitzenden

Leuten, die nach Europa schauen. Sie schauen jetzt mehr denn je in verschiedene Richtungen. Die kapitalistische (und regional-hegemoniale) „Zukunft“ der Türkei wird nicht mehr einzig und allein an dem Widerspruch zwischen einem US-orientierten Teil der Bourgeoisie (zu dem das „kemalistische“ Militär samt seinen Faschisten gehört) und einem an der EU orientierten /zu dem der größte Teil des modernen und schon globalisierten Industrie-, Handels- und Bankkapitals gehört) abgehandelt. Die Türkei hat heute verschiedene Optionen. Die Türkei ist auch dabei, im Irak und vielleicht bald einmal in Syrien mitzumischen, auch militärisch, wobei es natürlich ein ziemlich riskantes Kalkül ist, das eigene, kleinere „Kurdenproblem“ dadurch lösen zu wollen, dass man sich in ein größeres verstrickt. Selbst das imposante türkische Militär kann bis heute den kurdischen Widerstand und Befreiungskampf im Osten des Landes nicht niederschlagen, wieso sollte es in vorgeschobenen „Sicherheitszonen“ im Irak oder Syrien erfolgreicher sein?

Es gibt aber auch noch andere Faktoren und Entwicklungen, die der „Weltöffentlichkeit“ eher verborgen sind. Israel hatte seit 1948 nach Öl und Gas auf dem „eigenen“ Territorium gesucht, aber trotz 500 Bohrungen keine nennenswerten (und rentablen) Vorkommen gefunden. Erst 2000 entdeckte die US-Firma Noble Energy ein erstes off shore

Gasfeld, noch nahe an der Küste vor Ashkelon. Ab 2009 ging es dann Schlag auf Schlag, insgesamt wurden bisher 8 Gasfelder exploriert, die letzten beiden erst im Juni 2011, teilweise weit ins Mittelmeer hinaus (eines davon 130 Kilometer vor Haifa), mit einer Gesamtreservemenge von 880 Milliarden m³ (zum Vergleich Ägypten: 1.650 Mrd.).

Allerdings ist der Anspruch Israels auf einige dieser Gasfelder umstritten. Die Felder Leviathan und Tamar werden auch vom Libanon beansprucht, da sie (auch) seiner Exklusiven Wirtschaftszone (bis zu 200 Seemeilen, laut Internationaler Seerechtskonvention) zuzuordnen sind. Der Libanon hat - da de jure im Kriegszustand mit Israel - niemals eine bilateralen Seerechtsgrenze mit Israel vereinbart bzw. die von Israel einseitig gezogene immer bestritten. Der Libanon brachte das Thema 2010 auch vor die UNO, wo sein diesbezüglicher Antrag abgelehnt wurde. Die Hisbollah hat angekündigt, sie würde israelische Plattformen und andere Einrichtungen angreifen. Auch Ägypten hat keinen Seerechtsvertrag mit Israel abgeschlossen (vor der Exploration der Gasfelder war das kein Thema) und erhebt - mangels rechtlicher Existenz eines palästinensischen Staates - Ansprüche auf die Felder Marine 1 und 2, die vor Gaza liegen. Ägypten hat auch abgelehnt, die Durchleitung von Gas (aller Felder, auch der vom Libanon beanspruchten!)

durch sein Staatsgebiet, einschließlich der Sinai, zwecks Weiterexport nach Europa zu genehmigen.

Während keine Verträge betreffend Seerechtsgrenzen zwischen Israel und Ägypten bzw. dem Libanon (und natürlich auch nicht mit den Palästinensern) bestehen, besteht ein solcher seit 17. Dezember 2010 mit Zypern. Und das hat gute Gründe. Die israelische Gasproduktion wird spätestens ab 2014 den Eigenbedarf Israels übersteigen und Israel möchte Gasexporteur werden. Der Plan ist nun der, da ja die „alte Freundschaft“ mit der Türkei und Ägypten nicht mehr sehr erfolgversprechend ist, das von Israel geförderte Gas zu verflüssigen und nach Zypern zu bringen, um es von dort weiter zu transportieren, nach (dem ebenfalls öl- und gasarmen) Griechenland und weiter nach Zentraleuropa. Die israelische Energiefirma Delek, die auch die Gasfelder Tamar und Leviathan ausbeutet, plant den Bau eines Flüssiggasterminals in Zypern, das 2014 in Betrieb gehen soll. Ende Jänner wurde nicht nur dieses Projekt vorgestellt, sondern auch gleich in einem Treffen des griechischen mit dem israelischen Energieminister das „Anschlussprojekt“ verhandelt: eine Unterwasser-Pipeline von den „israelischen“ Gasfeldern nach Zypern und weiter nach Griechenland. Die Türkei bekämpft diese Pläne, wie sie überhaupt bekämpft, dass sich Israel und Zypern das Östliche Mittelmeer untereinander aufteilen,

als ob es die Türkei (und andere Anrainerstaaten, v.a. den Libanon und Syrien) gar nicht gäbe.

Dazu kommen Konflikte zwischen der Türkei und Zypern selbst. Zypern ist an die Exploration eines 32.000 km² großen Gebietes südlich der Insel gegangen (mit angenommenen Reserven von 280 Milliarden m³) und hat dafür die US-Firma Noble Energy geheuert. Die Türkei tritt dagegen scharf auf, und zwar mit dem Argument, dass auch Nordzypern einen Anspruch auf die Rohstoffvorkommen rund um Zypern habe und daher bis zu einer Wiedervereinigung oder jedenfalls einem Abkommen zwischen Süd und Nord Rohstoffvorkommen nicht einseitig erschlossen und ausgebeutet werden dürften. Zudem erhebt die Türkei selbst Ansprüche auf eine (ebenfalls bis zu 200 Meilen tiefe) Exklusive Wirtschaftszone (und auch ihr Anhängsel, die „Türkische Republik Nordzypern“ macht Ansprüche geltend), obwohl sie die Internationale Seerechtskonvention nicht unterzeichnet hat. Die türkische und die zypriotische Zone überschneiden sich natürlich, was nur durch einen bilateralen Vertrag über die Seerechtsgrenzen geregelt werden könnte. Nach einem solchen sieht es aber überhaupt nicht aus, im Gegenteil. Die Türkei hat ihrerseits mit ersten Explorationsmaßnahmen westlich Zyperns begonnen. Die Türkei hat auch schon einmal, im Jahr 2009, norwegische Explo-

rationsschiffe, die unter einer zypriotischen Konzession arbeiteten, mit der Kriegsmarine vertrieben. Die Türkei agiert also ihrerseits so, als ob es Zypern gar nicht gäbe. Konflikte und deren Eskalation sind vorprogrammiert.

Aus türkischer Sicht dreht es sich dabei nicht nur um ein bilaterales Thema mit Zypern und nicht nur um Bodenschätze, sondern auch darum, wer das Östliche Mittelmeer dominiert. Die Türkei will nicht zusehen, wie sich Israel und Zypern einfach bilateral diesen Raum aufteilen. Genau wie es ja auch für Israel nicht nur um Öl und Gas, sondern auch um seine militärstrategische und politische Positionierung im Östlichen Mittelmeer geht.

Über die Zusammenarbeit im Öl- und Gasbereich hinaus entwickelt sich offenkundig seit Mitte 2010 eine enge Zusammenarbeit zwischen Israel, Zypern und Griechenland auf verschiedensten Gebieten, auch auf dem militärischen. Eine Reihe von Verträgen wurde abgeschlossen. Israel arbeitet fieberhaft an dieser neuen geostrategischen Achse. Es ist ein Vertrag zwischen Griechenland und Israel in Vorbereitung, der der israelischen Luftwaffe die Nutzung griechischen Luftraums erlaubt, zu Übungs- und anderen Zwecken. (Vielleicht auch des zypriotischen, je nachdem wie weit man in der Zuspitzung der türkisch-zypriotischen Konfliktes gehen wird.) Der griechische Luft-

raum reicht bis vor die türkische Küste und erstreckt sich - wegen der ägäischen Inseln - über 300.000 km². Israel verhandelt zugleich mit Zypern über die Nutzung zypriotischer Häfen für seine Kriegsmarine. Man wird also vielleicht schon bald israelische Kriegsschiffe und Kampfflugzeuge im griechischen und zypriotischen Hoheitsgebiet sehen. Israel hält das für eine angemessene Maßnahme der „Abschreckung“ gegenüber der türkischen Expansion im Östlichen Mittelmeer und auch notwendig zur „Verteidigung“ „seiner“ Gasfelder, Plattformen und Pipelines. Von Zypern aus „sieht“ man aber auch bildlich gesprochen bis nach Syrien hinein: es wäre dies zwar nicht der kürzeste Weg für israelische Bomber nach Latakia oder Damaskus, aber der am wenigsten gefährliche, da der Weg über das Meer weder von einer libanesischen, noch einer syrischen Luftabwehr und auch nicht von einer Hisbollah erreicht werden kann.

Auf der anderen Seite ist der Norden Zyperns von der Türkei besetzt, die dort mindestens 30.000 Soldaten, Flotten- und Luftwaffeneinheiten stationiert. Der in das Mittelmeer vorgeschobene Militärstützpunkt in Nordzypern kompensiert das Handicap, dass nach dem Ersten Weltkrieg alle Inseln, selbst solche, die nur ein paar Kilometer vor der

türkischen Küste liegen, Griechenland zugeschlagen wurden. Er stärkt die türkische Militärpräsenz im Östlichen Mittelmeer und vergrößert den Aktionsradius des türkischen Militärs. Die neuen israelisch-griechisch-zypriotischen Pläne sind gerade gegen diese Militärpräsenz gerichtet.

Die Rivalität zur See im Östlichen Mittelmeer spielt sich selbstverständlich nicht nur zwischen der Türkei und der neuen Achse Israel-Griechenland-Zypern ab. Auch die großen imperialistischen Mächte spielen mit. Auf Zypern befinden sich z.B. zwei britische Militärstützpunkte mit einer Fläche von insgesamt 253 km², auf denen Kampffjets, Kampfhubschrauber, Aufklärer und zwei Infanterieverbände stationiert sind und die bei der NATO-Aggression gegen Libyen eine wichtige Rolle spielten. Griechenland hat im Lauf der Zeit immer mehr an Souveränitätsrechten im Östlichen Mittelmeer an die NATO übertragen, zuletzt durch eine in Washington geschlossene Zusatzvereinbarung Anfang 2010. Einige imperialistische Staaten, auch Deutschland, beteiligen sich - unter dem Deckmantel der „Terrorbekämpfung“ - an der Blockade des Gaza-Streifens durch Israel und operieren vor der libanesischen, inzwischen sicher auch vor der syrischen Küste. Usw. usw.

Es brauen sich neue Konflikte und Kollisionen im Östlichen Mittelmeer zusammen. Es ist wohl nicht anzunehmen, dass die „helfende Hand“ der EU, speziell auch die auf militärischem Gebiet, von allem nichts weiß und nichts damit zu tun hat. Vielmehr muss die Aufrüstung Griechenlands durch Deutschland, Frankreich und andere Rüstungsexporteure unter anderem auch in diesem Zusammenhang gesehen werden. Die sich global verschärfende Rivalität der imperialistischen Mächte hat einen Brennpunkt im Nahen Osten und damit im Östlichen Mittelmeer. Die Gefahr kleinerer und größerer Kriege steigt. Aus jeder strategischen Umgruppierung können neue Brandherde und Brände entstehen. Die neue israelische Expansion im Östlichen Mittelmeer, der türkische Blick in den arabischen Raum, die neue Rolle Griechenlands (und seines Auslegers Zypern) - das ist ein neuer solcher Brandherd, der sich rund um das nahöstliche Pulverfass entwickelt.

Hauptquelle (bezüglich der Fakten, nicht bezüglich der Einschätzungen): „Moyen Orient“ („Mittlerer Osten“), September 2011, ein französisches Quartalsmagazin zu „Geopolitik, Geoökonomie, Geostrategie und den Gesellschaften der arabisch-moslemischen Welt“.

Die 2. Bonner Afghanistan-Konferenz: Eine Konferenz zur Entscheidung über die Zukunft des Besatzungskrieges gegen unsere Völker.

Die imperialistischen Aggressoren USA und England und ihre Verbündeten haben die Bonner Sitzung vor 10 Jahren, Ende 2001, einberufen, um den bereits begonnenen Krieg weiter zu planen und ein Marionettenregime für ihre Zwecke in Afghanistan zu installieren.

Die Imperialisten haben dazu einige einheimische verräterische Elemente für ihre Zwecke benützt und unter ihren Schutz genommen, um diese Vorhaben zu realisieren. Die Imperialisten haben die UNO als Werkzeug verwendet, um ihrem imperialistischen Krieg unter dem Vorwand des sog. „Kampfs gegen den Terrorismus“ eine gesetzliche und internationale Glaubwürdigkeit zu verleihen.

Nach offiziellem Bonner Beschluss sollte dieser Besatzungskrieg etwa drei Jahre dauern. In der Tat aber war das nicht der Fall, er dauert bis heute an - bisher ein Jahrzehnt. Nach Einschätzung der imperialistischen Kriegsexperten wird er auch noch bis Ende 2014 dauern. Obwohl der Widerstand während der ersten drei Jahre der Besatzung schwach war und die Besatzer entsprechend der 1. Bonner Afghanistan-Konferenz ihre Anwesenheit in Afghanistan nach drei Jahren hätten beenden müssen, wurde im Gegenteil immer augenscheinlicher, dass sie vorhatten, für längere Zeit in diesem Land zu bleiben, weil sie im Grunde genommen geostrategische und geopolitische Ziele für die gesamte Region ver-

folgen, einschließlich ihrer Kontrolle.

Mit der 2. Bonner Afghanistan-Konferenz 2011 finden die imperialistischen Besatzungsmächte erneut eine Gelegenheit, ihre abscheulichen Pläne mit Hilfe der einheimischen Lakaien und ihrer internationalen Verbündeten zu regeln und zu legitimieren. Dieser Plan ist aber nicht nur für die nächsten drei Jahre, sondern er ist ein 2-stufiger Plan, der für 13 Jahre ausgelegt ist. Die erste Etappe beginnt ab nun und dauert bis Ende 2014, die zweite beginnt ab Ende 2014 bis Ende 2024. In der ersten Etappe ist vorgesehen, dass die mit den USA Verbündeten sowie ein Teil der US-Militärkräfte aus Afghanistan abgezogen werden. In diesem Zeitraum bleiben die strategischen, militärischen, politischen und wirtschaftlichen Verträge zwischen den Besatzungsmächten und ihren Lakaien aufrecht und damit gehen ihre Verbrechen gegen die afghanischen Völker weiter. Nun ist ganz klar geworden, dass die USA entschlossen sind, 10.000 von ihren Soldaten auch nach 2014 in mehreren strategischen und militärischen Stützpunkten in Afghanistan zu belassen. Der zehnjährige strategische Vertrag mit Verlängerungsklausel, welcher zwischen der amerikanischen Regierung für das Marionettenregime Karsai vor oder nach der Bonner Afghanistan-Konferenz vereinbart wurde, liefert praktisch einen „gesetzlichen Raum“ für die Fortsetzung

der Anwesenheit der amerikanischen Armee und die Beibehaltung der bereits bestehenden Stützpunkte in Afghanistan. Die 2. Bonner Afghanistan-Konferenz dient dazu, diese Vorhaben zu bestätigen.

Diese Gesetze geben allen Besatzungsmächten - England, Deutschland, Frankreich, Australien usw. - jeweils separat und der EU im Allgemeinen freie Hand, ihre Besatzung und die Unterdrückung der afghanischen Völker beliebig fortzusetzen. Außerdem wurde in den letzten Jahren eine strategische Vereinbarung zwischen dem reaktionären und expansiven indischen Staat und dem Marionettenregime in Kabul unterzeichnet. Das bedeutet die Schaffung neuer Kräfteverhältnisse in diesem Raum.

Zwischen Indien und Pakistan gab es seit ihrer Unabhängigkeit vom britischen Imperialismus im Jahr 1947, d.h. in den letzten 64 Jahren, dreimal Krieg. Das frühere Ostpakistan wurde von Pakistan abgetrennt und als ein unabhängiger Staat unter dem Namen Bangladesch etabliert. Außerdem besteht zwischen Indien und Pakistan in Kashmir seit langem ein Kriegszustand und der Waffenstillstand zwischen den beiden Ländern wird dauernd verletzt. In diesem Zusammenhang sind die entrechteten Völker der Region immer wieder die Opfer dieser Machenschaften.

In dieser Atmosphäre ist die Unterzeichnung eines strategischen Vertrags zwi-

Erklärung der
Sympathisanten der Kommunistischen Partei (maoistisch) Afghanistan - Europa
1.12.2011

schen Indien und dem Kar-sai-Regime ein politisches Statement gegen die pakistanische Regierung. Seit der Gründung des Staates Pakistan bis heute ist das Verhältnis zwischen der Zentralregierung in Afghanistan und der pakistanischen Regierung aufgrund der Streitereien um die Grenzlinie dauernd angespannt. Aus diesem Widerspruch ist ein freundschaftliches Verhältnis zwischen Afghanistan und Indien erwachsen, was zu vertraglichen Vereinbarungen zwischen diesen beiden Ländern ausgeweitet wurde. Auf jeden Fall ist die Existenz solcher Zustände selbst eine wichtige Quelle zur Verschärfung der militärischen Spannungen einerseits und andererseits verschärft die langfristige Befestigung der Militärbasen in Afghanistan die Spannungen zwischen den anderen regionalen Mächten und vor allem unseren Nachbarn Iran, China, Russland und bringt große Gefahren für die Menschen der Region mit sich. Daher kann man mit Sicherheit sagen, dass die Fortsetzung des imperialistischen Krieges in dieser Region gegen die Bevölkerung gerichtet ist und sie ist eindeutiger Beweis, dass die amerikanischen Imperialisten und ihre Verbündeten nicht wegen des „Krieges gegen den Terrorismus“ oder der „Herstellung der Demokratie“ oder „Sicherung der Menschenrechte, Frauenrechte“ und „Verteidigung der Rechte der unterdrückten Nationen in der Region“ oder der „Sicherung des Friedens“ oder der wirtschaftlichen,

kulturellen oder sozialen Entwicklung wegen gekommen sind. Im Grunde genommen verfolgen sie ihre globalen strategischen wirtschaftlichen und politischen Interessen. Sie beuten die Werktätigen aus und unterdrücken den Befreiungskampf der Nationen. Daher müssen die Massen der Bevölkerung wissen, dass sie nicht in absehbarer Zeit verschwinden. Sie müssen wissen, dass man die Imperialisten nur durch revolutionäre Gewalt mittels des Volkskriegs zum Rückzug zwingen und vertreiben kann. Obwohl der strategische Vertrag zwischen den USA und dem Marionettenregime in Afghanistan bis Ende 2024 gültig ist, kann man mit Sicherheit sagen, dass er nach Bedarf noch um weitere zehn Jahre (bis 2034) verlängert wird. Die 2. Bonner Afghanistan-Konferenz hat, wie wir oft erwähnt haben, die Aufgabe, den Krieg in dieser Region fortzusetzen, damit die imperialistischen Interessen abzusichern und Einflussgebiete zu erweitern.

Die Kommunistische Partei (maoistisch) Afghanistan, die die Organisation und Fortführung des national-revolutionären Widerstandskriegs gegen das Besatzer- und Marionettenregime vorbereitet, ist der Meinung, dass die Fortsetzung der Stationierung der amerikanischen Militärkräfte nach dem Jahre 2014 nicht nur die Belastungen des Krieges auf den Rücken der Bevölkerung verstärkt, sondern gleichzeitig die Spannun-

gen in der gesamten Region verschärft. Das aber verstärkt die Widerstände und erzeugt eine breitere soziale Basis innerhalb der Bevölkerung. Da die gesamte imperialistische Welt, vor allem die USA in eine tiefgreifende wirtschaftliche Krise geraten sind und die Massenkämpfe in diesen Ländern immer weiter intensiviert werden und zugleich die Korruption und parasitäre Eigenschaften des Marionettenregimes in Afghanistan tagtäglich mehr sichtbar wird, sind wir davon überzeugt, dass die amerikanischen Imperialisten und mit ihnen verbundenen einheimischen Verräter in einem bewaffneten Widerstand schlussendlich besiegt werden müssen. Aus diesem Grund intensivieren wir unsere Anstrengung zum Aufbau und zur Entwicklung des Volkswiderstandes. Wir werden uns bemühen, den Übergang zum Volkskrieg, sobald es möglich ist, zu beginnen.

Wir appellieren an alle fortschrittlichen und nationalen Kräfte sowie Demokraten und Revolutionäre zur Zusammenarbeit und Koordinierung ihres Kampfes gegen die Besatzer und ihre Handlanger.

- Alle Beschlüsse und Entscheidungen der Imperialisten sind nur für zukünftige Kriege gegen unsere Völker bestimmt und zum Scheitern verurteilt!

- Vorwärts zum Aufbau und zur Fortsetzung des revolutionären Volkskriegs!

Österreichische Besatzungstruppen raus aus dem Kosovo!

Abzug aller österreichischen Soldaten aus dem Ausland! Keinen Cent für das imperialistische Bundesheer!

Wenn österreichische Soldaten schwer verletzt aus dem Kosovo zurückgebracht werden, muss vor allem die Frage gestellt werden: Was tun die dort?

Österreichische Truppen sind seit 2009 führend an der Besetzung des Kosovo durch EU- und NATO-Einheiten beteiligt; österreichische Offiziere befehligen seit damals die Task-Force Süd der KFOR-Mission im Kosovo. Österreich hat von allen Nicht-NATO-Staaten die meisten Soldaten im Kosovo stationiert.

Seit etwa 10 Jahren ist der österreichische Kapitalexport auf den Westbalkan konzentriert. Dort erwirtschaften die österreichischen Imperialisten Höchstprofite. Und in vielen Ländern dieser Region sind österreichische Banken und Konzerne die wichtigsten „Investoren“ und damit die wichtigsten Ausbeuter der Arbeiter/innenklasse dieser Länder.

Schon seit Anfang der 1990er Jahre beteiligten sich massiv österreichische Politiker, darunter vor allem der berühmte Außenminister Mock, an der Zerstückelung und Zerschlagung Jugoslawiens und hetzten die nationalistischen Kräfte Sloweniens, Kroatiens und anderer Bundesländer zur Abspaltung von der Bundesrepublik Jugoslawien auf. Das österreichische Kapital versprach sich günstigere Anlagebedingungen und

höhere Profite nach einer Zerstückelung Jugoslawiens in viele Kleinstaaten. Für kleine imperialistische Mächte, wie Österreich, ist es politisch und wirtschaftlich einfacher, den Kapitalexport in schwache und kleine Staaten zu betreiben, wo leicht Einfluss auf die Regierungen genommen werden kann.

1995 beschloss der Nationalrat die Entsendung von Truppen zur NATO-Mission in Bosnien-Herzegowina; erst zwei Jahre später wurde auch rechtlich die Neutralität ausgehebelt: Seit 1997 können österreichische Soldaten auch ohne UNO-Mandat zu EU- und NATO-Kriegseinsätzen entsendet werden.

1999 unterstützte die österreichische Regierung offiziell den NATO-Angriffskrieg auf Jugoslawien. 2003 beteiligten sich österreichische Soldaten an der Besetzung Mazedoniens, 2004 in Bosnien-Herzegowina. Im Jahr 2007 übernahmen österreichische Offiziere die Führung der Task-Force Nord der EUFOR-Truppen in Bosnien. 2010 wurde die Zahl der österreichischen Truppen in Bosnien verdoppelt.

In der Krise wird es für das Kapital besonders wichtig, dem tendenziellen Fall der Profitrate entgegenzusteuern – eine Möglichkeit ist der Kapitalexport in abhängige Länder mit deutlich niedrigeren Löhnen und Abgaben und deutlich höheren Profiten. In

den Jahren seit 2000 sind die österreichischen Direktinvestitionen im Ausland jährlich um über 10% gestiegen, während das reale BIP-Wachstum nur etwa 1,5% betrug. Ein großer Teil dieser Auslandsinvestitionen ging nach Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Slowenien und Kroatien, wo das österreichische Kapital die Spitzenposition unter allen Imperialisten einnimmt.

Damit wird klar, dass die österreichischen Bataillone in Kosovo und Bosnien vor allem dem Schutz des Auslandskapitals und der Sicherung der Profite dienen.

Wenn die bürgerlichen Medien jetzt österreichische Soldaten als „Helden“ feiern, die im Kampf gegen die Bevölkerung des Kosovo verletzt wurden, dient das einzig und allein der militaristischen Verhetzung der Arbeiter/innen und Volksmassen und der Einstimmung auf weitere imperialistische Aggressionen am Balkan und anderswo. Und wenn die KFOR-Einheiten verharmlosend als „Schutztruppen“ bezeichnet werden, erinnern wir uns an die deutschen „Schutztruppen“ in Südwestafrika, die den Herrero-Aufstand vor 100 Jahren blutig niederschlugen. Aber der Indochina-Krieg hat vor 30 Jahren gezeigt, dass die Heimkehr vieler Soldaten im Leichensack zu einem Umdenken in der Bevölkerung eines imperialistischen Landes führen kann,

Flugblatt IA *RKP, November 2011

egal was die bürgerlichen Medien trommeln.

Unabhängig davon, welche einheimischen serbischen Kräfte an den Barrikadenkämpfen im Kosovo beteiligt waren, wurden die österreichischen Besatzungssoldaten zu Recht als Feinde behandelt. Wenn der österreichische Imperialismus – und die EU-Imperialisten – aus dem Kosovo vertrieben werden, ist das ein Fortschritt für die Völker dieser Region.

Österreichische Besatzungstruppen und alle anderen fremden Truppen, raus aus dem Kosovo!

Im Jahr 2008 erfolgte mit Unterstützung durch mehrere EU-Imperialisten, darunter Österreich, die Ausrufung des Zwergstaates Kosovo (etwa so groß wie Kärnten) als Halbkolonie der EU und dem Euro als Währung.

Zur aktuellen Situation im Kosovo stellt die Partei der Arbeit (Partija Rada) folgendes fest:

„Seit der Zeit ihrer Gründung unterstützt die Partei der Arbeit den Kampf des albanischen Volkes im Kosovo für Selbstbestimmung.

Nach der NATO-Intervention (...) kamen sowohl Serbien als auch der Kosovo unter die Herrschaft der westlichen Mächte.

Die politischen Eliten sowohl in Belgrad wie auch in Prishtina benützen die „Kosovo-Frage“ als Teil ihrer eigenen inneren Propaganda. (...)

Die Marionettenregime in Belgrad und Prishtina wissen, dass keine Seite die militärische Kraft hat, radikale Schritte zu unternehmen, schon gar nicht ohne die Unterstützung ihrer imperialistischen Oberherren. (...)

Eine Ausdehnung des Konflikts ist nicht im Interesse des Westens, weil dieser Konflikt könnte wichtige Fragen am Balkan aufwerfen, und könnte dazu führen, dass sie ihren starken Einfluss in dieser Region verlieren. (...)

Die serbischen und albanischen Massen werden durch ihre eigenen wirtschaftlichen Probleme niedergehalten und sind nicht bereit für neue Konflikte und nicht bereit zur Zusammenarbeit. Wegen der Schwäche des revolutionären Subjekts in beiden Ländern können wir nicht die Unzufriedenheit der Massen aufgreifen. Nationalistische und neoliberale Auffassungen sind derzeit viel stärker als die proletarischen. Jedes politische Erwachen der Arbeiter/innenklasse wird von den Herrschenden, den korrupten Verbänden und ihren Medien sofort wieder zerstört. Aber die Krise des Kapitalismus führt sowohl zum Aufstieg des Faschismus als auch des Antifaschismus und die Möglichkeit, dass der Imperialismus den Faschismus benützt ist ein Anlass zur Sorge über zukünftige mögliche Konflikte zwischen Serbien und Kosovo.

Die Partei der Arbeit meint, dass die Geschwisterlichkeit des serbischen und albanischen Volkes unter diesem System nicht

erreicht werden kann, sondern erst nach dem Sieg über den Imperialismus in dieser Region. Die Partei der Arbeit ist für Frieden zwischen den zwei Ländern und verurteilt sowohl die nationalistischen serbischen Horden im Kosovo als auch die albanischen Nationalisten, die glauben, dass ihre vollständige Selbstbestimmung nur durch einen ethnisch gesäuberten albanischen Kosovo erreicht werden kann.

Die Partei der Arbeiter unterstützt das Recht des Volkes im Kosovo, selbst zu entscheiden, was es will, ob sie als unabhängiges Land oder in Union mit Albanien leben wollen. Aber wir unterstützen die volle Gleichstellung jeder im Kosovo lebenden Nation. Diese Gleichstellung kann in der gegenwärtigen Situation nicht erreicht werden, wo das Belgrader Regime ständig im von den Imperialisten regierten Kosovo eingreift. Das kann nur erreicht werden, durch eine radikale Haltungsänderung sowohl von Kosovo als auch von Serbien. (...)

Für die Einigkeit und Geschwisterlichkeit der serbischen und albanischen Völker!

Für eine Union der Balkan-Länder!

Es lebe die antiimperialistische Bewegung der Balkan-Völker!“

(http://www.partijarada.org/e_index.htm)

29.11.2011

Statt Lug und Trug um die Vermögenssteuer Abschaffung aller indirekten Steuern!

Flugblatt IA*PKP, Dezember 2011

Zwar schwächelt der Klassenkampf der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie, aber dafür führt die SPÖ eine „kämpferische“ Kampagne für „Gerechtigkeit“, die von manchen ÖVP-Kreisen und Schreiberlingen als „Klassenkampf“ denunziert wird. Der medial am meisten breitgelatschte Punkt dabei ist die von der SPÖ „geforderte“ Einführung einer neuen Vermögenssteuer.

Eine „Millionärs-“ oder „Reichensteuer“ müsse her, und zwar in Form der Wiedereinführung einer Vermögenssteuer¹. In einer APA-Aussendung wurde am 5.9.2011 der letzte Stand der SPÖ-Pläne zusammengefasst: „Privatvermögen“ sollen, soweit sie 1 Million € übersteigen, mit einem Prozentsatz von 0,3-0,5% besteuert werden. So sei gesichert, dass nur ein kleiner Teil der jährlichen Rendite dieser Vermögen, nicht aber die Substanz besteuert würde. Nicht besteuert werden soll - neben dem ersten Millionchen - auch der Hauptwohnsitz (der auch ein nettes Schlösschen sein

kann) und ebenso wenig „Kunstgegenstände, Antiquitäten, Edelmetalle und Schmuck etc.“, alles, was ein normaler Mensch halt so hat. Wie Grundstücke dabei bewertet werden (mit den bisherigen „Einheitswerten“, die nur einen Bruchteil ihres wirklichen Werts darstellen?) ist noch offen. 80.000 Leute wären betroffen, das sei 1% der Bevölkerung und zwar das reichste.

So weit, so löblich, könnte man sagen. Zwar erwartet sich sowieso niemand etwas, was die Bezeichnung „Umverteilungsmaßnahme“ auch nur einigermaßen verdient, man kennt ja die SPÖ, es ist ja nicht ihr erster Reformplan, aber warum eigentlich nicht, denken viele, „irgendwie gerecht“ wär's schon. Nutzt's nix, schadt's nix.

Sobald wir in die „Details“ gehen, entpuppt sich freilich die hehre Absicht als miese Rosstäuscherei. Wichtigstes „Detail“: Betriebsvermögen und Privatstiftungen werden der Vermögenssteuer nicht unterworfen, nur „Privatvermögen“ sind anvisiert.

Nun ist es aber so, dass die wirklichen Reichen, also die großen Kapitaleigner, kaum ein Privatvermögen haben. Wenn man Bourgeoisie oder Finanzoligarchie sagt, denkt man an große Kapitale wie die Großbanken, Siemens oder Voest, Porr oder Strabag, den Raiffeisensektor etc. Diese „Betriebsvermögen“, die den weitaus überwiegenden Teil des kapitalistischen Vermögens ausmachen, sind von vornherein nicht Gegenstand der neuen Steuer. Bleiben noch die „Privatvermögen“ der einzelnen Bourgeois, also das, was sie sozusagen als „Privatleute“ aus ihrem (natürlich ebenfalls Privateigentum darstellenden) „Betriebsvermögen“ herausziehen. Auch das wird nicht Gegenstand der neuen Steuer sein, denn sie haben es in die weltberühmten österreichischen „Privatstiftungen“ eingebracht, die heute schon Steuerparadiese in einem Ausmaß sind, dass sich die Bahamas eine Scheibe abschneiden könnten². Kurz und gut: das eigentliche kapitalistische Vermögen ist von der

¹ Es gab schon einmal eine Vermögenssteuer in Österreich, die 1994 unter dem SPÖ-Finanzminister Lacina abgeschafft wurde. Der Verfassungsgerichtshof hatte nämlich „erkannt“, dass es dem „Gleichheitsgrundsatz“ widerspreche, dass die Industrie- und Bankkapitalisten mehr Vermögenssteuer zahlen als die großen Grundbesitzer. Damals zahlten nämlich 80% der Vermögenssteuer die „Betriebe“, während der Grundbesitz gewöhnlicher Mittel- und Großbauern nur wenig besteuert wurde, da hier die Steuerbasis die „Einheitswerte“ waren, die bekanntlich nur einen Bruchteil ihres wirklichen Werts darstellen. Diese „Ungleichheit“ hätte man natürlich auch nach der anderen Seite hin beseitigen können. Tat der Herr Lacina aber nicht, er brüstete sich vielmehr damit, wieder eine Kapitalistensteuer abgeschafft zu haben - zwecks „Stärkung des Wirtschaftsstandortes Österreich“ und ganz im Zug der neoliberalen Zeit.

² Es gibt 3.300 Privatstiftungen in Österreich. Viel wirklich großes Privatvermögen außerhalb der Privatstiftungen wird es nicht geben. Aus dem „Stiftungshandbuch“ von Arnold/Ludwig: „Die österreichische Privatstiftung gilt unter Experten als das freizügigste Privatstiftungsrecht und bietet in der Regel europaweit die größten Steuervorteile... An der Spitze der wichtigsten Unternehmensgruppen Österreichs stehen überwiegend Privatstiftungen (Anm.: das ist übertrieben und gilt für viele börsennotierte Konzerne so nicht). Privatstiftungen leisten aber auch einen unverzichtbaren Beitrag im gemeinnützigen Bereich.“

„Reichensteuer“ von vornherein ausgenommen. Man erwischt zwar vielleicht einige - im Vergleich zum gemeinen Volk - relativ Reiche³, spart aber das große Kapital von vornherein aus. Das Projekt ist reine Augenauswischerei und nichts als Volksbetrug.

Es ist nicht „gerecht“, sondern nur verlogen, wenn man mit einer „Reichensteuer“ herumfuchelt, um davon abzulenken, dass man die wirklichen Reichen verschont. Außerdem ist es mit der „Gerechtigkeit“ überhaupt so eine Sache. Ein (nicht allzu christlicher) Bourgeois sagte einmal auf die Vorhaltung eines „kleinen Mannes“, dass dieses oder jenes nicht gerecht sei: Gerechtigkeit lässt sich eben im irdischen Jammertal nicht verwirklichen, deshalb hat ja die Menschheit den Himmel erfunden. Aber stellen wir uns einen Moment lang auf den Standpunkt der „Gerechtigkeit“ und tun wir so, als nähme die SPÖ ihre „Punkte für Gerechtigkeit“ ernst, nämlich dass die Reichen auch etwas beitragen sollten zum „Gemeinwohl“, um das volle Abladen der Krisenfolgen auf die Arbeiterklasse und Volk etwas ab-

zumildern und wenigstens ein bisschen „von oben nach unten“ umzuverteilen. Bertolt Brecht hat den wahren Sachverhalt treffend dargestellt:

*Armer Mann und reicher
Mann
Standen da und sah'n sich
an
Und der arme sagte bleich
Wär' ich nicht arm, wärst
du nicht reich.*

Wäre Brecht kein Kommunist, sondern ein reformistischer Gerechtigkeits- und Umverteilungsapostel gewesen, hätte er nicht für die Beseitigung des Kapitalismus, sondern nur für dessen Abmilderung gekämpft, dann hätte die letzte Zeile so gelautet (wobei er dann natürlich aus reimerischen Gründen auch die vorletzte Zeile hätte umdichten müssen)⁴:

Wärst Du nicht reich, wär' ich nicht arm.

Und diese kleine Differenz ist genau der Punkt. Keinesfalls ist nämlich der Arme arm, weil der Reiche reich ist (und man also das Übel sanieren könnte durch Umverteilung „von oben nach unten“). Es ist vielmehr so, dass der Reiche nur reich ist, weil der Arme arm ist, das heißt weil er den Armen, den Proletarier ausbeutet.

Gäbe es die Ausbeutung nicht, gäbe es auch den Reichen nicht (und natürlich auch keinen Armen). Um das Übel zu beseitigen, muss man daher die Ausbeutungsverhältnisse beseitigen, nicht an den Verteilungsverhältnissen herum fummeln. Müsste der Arme, der Proletarier nicht, da er selbst keine Produktionsmittel besitzt, seine Arbeitskraft an den Kapitalisten verkaufen, und zwar zu einem Lohn, der bei weitem unter dem liegt, was er durch seine Arbeit an Wert schafft und wovon sich das Kapital einen großen Teil aneignet, sondern könnte er die Früchte seiner Arbeit selbst ernten, dann bliebe für den Kapitalisten - nichts. Dann wäre der Lohnarbeiter kein Lohnarbeiter mehr und es gäbe auch keinen Kapitalisten mehr. Weil aber die Abschaffung des Kapitalismus im Rahmen des Kapitalismus unmöglich ist, ist die ganze Umverteilungsmasche bestenfalls eine Illusion, meist aber ein absichtlich ausgestreuter Blödsinn und immer ein Irrlicht für den Klassenkampf. Die „Verteilungsgerechtigkeit“ ist nur eine Chimäre (ein Trugbild) zum Zwecke der Täuschung des Volkes. Es ist ein absurder Gedanke,

³ Das ist vermutlich auch ein Grund für das Gekrampfe um die Vermögenssteuer. Die Swarowskis oder Haselsteiners z.B. träfe sie eh nicht (die haben ja nur ihr „Betriebs-“ und Stiftungsvermögen), aber alle die „Funktionäre“ und „Verantwortungsträger“ in Staats-, Parteien-, Kammer- und Gewerkschaftsbürokratie, die die neue Steuer beschließen sollen, vielleicht schon (wenn auch nicht sehr stark) und wer schießt sich schon gerne ins eigene Knie? Ist die neue Vermögenssteuer gar doch nur eine Propagandablase?

⁴ Wäre er ein Sozialdemokrat gewesen, hätte er sich überhaupt nicht so despektierlich über die „Leistungsträger“ der Gesellschaft geäußert. Beim jüngsten Parteitag der deutschen SPD sagte der Herr Steinbrück z.B. sinngemäß: Die SPD ist dazu da, eine Brücke zwischen den Armen und den Reichen zu schlagen, und diese Aufgabe „kann man nur erfüllen, wenn man die Reichen nicht verprellt“. Es ging auch dort um einen Antrag der „Parteilinken“ in Sachen Steuerreform.

man könne, nachdem die Ausbeutungsverhältnisse auch zwangsläufig zu bestimmten Verteilungsverhältnissen führen⁵, dieses traurige Resultat nachträglich durch eine „Umverteilung“ teilweise wieder rückgängig machen.

Aber zurück zum Vermögenssteuer-Konzept der SPÖ. Gerade weil dieses Konzept vielen, selbst wenn sie an die Gerechtigkeits- und Umverteilungsmärchen glauben, ziemlich zahnlos erscheint, braucht es noch ein „linkes“ Feigenblatt als Draufgabe, z.B. in Gestalt der AK Oberösterreich, die dem zahnlosen Konzept - natürlich nur zu Propagandazwecken - etwas mehr „Biss“ geben möchte. Sie möchte, dass auch Stiftungen von der neuen Steuer erfasst sein sollen, nicht alle, aber die „eigennützigen Stiftungen“. Entweder kennen sie das österreichische Stiftungsrecht nicht oder sie wollen die Sache völlig vernebeln (einschließlich der Rolle der SPÖ bei der Einführung und Vermarktung dieses

Stiftungsrechts). Ein einziger Blick auf die Privatstiftungen hätte gezeigt, dass praktisch alle zumindest „doppelnützig“ sind, also „eigennützig“ mit einem kleinen „gemeinnützigen“ Aufputz (das heißt alles wirklich so im Stiftungsrecht!). Irgendwie musste man die Steuerprivilegierung ja begründen. Die „Idee“ der AK, wenn sie nicht zugleich auf die Forderung nach Abschaffung der „Privatstiftungen“ hinauslaufen soll, ist daher nur ein obskures Manöver, das zwar jahrelange Streitereien über den eigennützigen oder uneigennützigen Charakter einer Stiftung produzieren könnte, aber kein greifbares Resultat. Außerdem propagierte die AK einen höheren, nämlich einen progressiven Steuersatz bis zu 1,5% (aber das ist schon wieder vom Tisch).

Aber, liebe Herren und Damen Stifter, diese „Idee“ ist eh nicht ernst gemeint, sondern nur für einen Artikel in den nächsten „AK-Nachrichten“ berechnet. Relevanter ist das Raisonement des Herrn SPÖ-Fi-

nanzstaatssekretärs Schieder dazu. „Es gibt sicher Potenzial, Stiftungen höher zu besteuern, das werden wir uns genauer anschauen.“ Brav, er schaut sich etwas an, er hat offenbar das erste Mal etwas von der Steuerprivilegierung der Privatstiftungen gehört. Er verstehe auch gut die Sorge der ÖVP, setzt Schieder fort, man möge doch nicht „gerade jetzt“, angesichts der bevorstehenden neuen Krise, den „Leistungsträgern“ der Wirtschaft zu nahe zu treten; nein, nein, beschwichtigt er, es ginge ja nur darum, „jetzt Vorbereitungen zu treffen, um danach (?) mehr Gerechtigkeit zu schaffen.“ So richtig ernst scheint es der SPÖ mit ihrer „Reichensteuer“ nicht zu sein, viel ist von ihrer wilden Entschlossenheit, diese gegen den „erbitterten Widerstand der ÖVP“ durchzusetzen, nicht zu sehen.

Vor allem AK und GPA trommeln das französische Vorbild⁶. Die französische „Impôt sur la fortune“ ist die Referenz für die SPÖ.

⁵ Der Arbeiter/die Arbeiter verkauft sein/ihre Arbeitskraft und kriegt als Gegenwert dafür seinen/ihren Lohn. Er /Sie schafft aber durch sein/ihre Arbeit ein Wertprodukt, das diesen seinen Lohn bei weitem übersteigt. Der Kapitalist, der Besitzer der Produktionsmittel (der Maschinen, Fabriken, Transportmittel...) ist und dem daher das vom Arbeiter geschaffene Wertprodukt „von Natur aus“ zusteht, eignet sich den Überschuss über den gezahlten Lohn an. Das ist der Mehrwert oder Profit. Das ist das zwangsläufige Ergebnis der Tatsache, dass der Kapitalist die Produktionsmittel besitzt und der Arbeiter nichts als seine Arbeitskraft. Die Verteilung des geschaffenen Werts entspringt unmittelbar und zwingend aus den Produktions- und Eigentumsverhältnissen. Wenn man grundlegend etwas an der „ungerechten“ Verteilung ändern will, muss man diese letzteren Verhältnisse ändern, sprich: dem Kapitalisten die Produktionsmittel wegnehmen. Das ist die sozialistische Revolution.

⁶ AK OÖ: „Verteilung der Vermögen in Österreich. Hohes Potenzial für eine Vermögenssteuer“ (August 2011); GPA: „FAQs: Vermögenssteuer“ (März 2010). Die „Denkschrift“ der GPA zur Vermögenssteuer enthält auch noch eine auf den ersten Blick bemerkenswerte Kuriosität. Sie zerbricht sich den Kopf darüber, wie mit Leuten umzugehen wäre, die z.B. ein Vermögen von 10 Millionen haben, aber ein Einkommen von nur 1.000 € im Monat. Das wird es kaum geben, meint sie, aber wenn doch, dann hat sie dafür schon eine Lösung bereit: man könnte ja für diesen Fall die neue Vermögenssteuer mit z.B. 50% des Einkommens deckeln. In unserem Beispiel zahlt der gute Mann oder die gute Frau dann 50% vom Jahreseinkommen von 12.000 € = 6.000 €. Das wäre ein faktischer Vermögenssteuersatz von satten 0,06%. Absurd? Überhaupt nicht, denn sie täuschen sich damit, dass so etwas kaum vorkommt. Im Gegenteil ist es für einen wirklichen Reichen leicht darzustellen, „privat“ kein oder nur ein geringes Einkommen zu haben. Er zieht ja alles, was er braucht, gratis aus seinem „Betriebs-

Die französische Vermögenssteuer setzt ab einer Freigrenze von 790.000 € ein, die „Befreiungen“ sind dieselben wie in Österreich geplant (Hauptwohnsitz, Kunstwerke, Antiquitäten, Edelmetalle, Schmuck...), auch dort sind „juristische Personen“ nicht betroffen. Der Steuersatz beginnt bei 0,55% und steigt auf bis zu 1,8%.

Der Ertrag aus dieser französischen Steuer belief sich im Jahr 2010 auf 3,2 Mrd. €. Die österreichische Vermögenssteuer soll laut SPÖ-Führung irgendetwas zwischen 500 Mio. und 2 Mrd. € bringen, beim „Modell“ der AK sogar „deutlich über 3 Mrd. €“. Diese große Range zeigt, dass man nicht besonders viel über die betreffenden Vermögen weiss. Vielleicht hat deshalb der Herr Faymann vorgeschlagen, am besten wäre es, die Betroffenen würden sich freiwillig beim Finanzamt melden und sich einfach selbst versteuern, weil finden tät' man sie eh nur schwer. Der Steuerertrag wäre also

fast gleich hoch wie der in Frankreich. Frankreich ist aber zehnmal größer als Österreich, auch die Bourgeoisie, auch ihr Vermögen. Der geplante Steuersatz ist niedriger als in Frankreich, die Freigrenze höher, die „Befreiungen“ ident. Durch welches Wunder kommt man dann auf einen Steuerertrag, der gleich hoch ist wie der in Frankreich?

Wenn wir von den „500 bis 2.000“ Mio. € der SPÖ ausgingen, wären das zwischen 0,6% und 2,4% des österreichischen Steueraufkommens. Legt man realistischere „französische Maßstäbe“ an, landet man aber vielleicht bei 0,2%. Im Vergleich zu den Steuerbefreiungen und Steuerbegünstigungen des Kapitals, nicht nur der Stiftungen, sondern auch bei der Körperschaftsteuer, ist das ein Witz und pure Augenauswischerei. Vor allem aber muss der Gesichtspunkt der Arbeiterklasse in Steuerfragen ein ganz anderer sein. Sie muss sich um sich selbst kümmern, nicht sich den

Kopf der Bourgeoisie und ihres Staates zerbrechen. Der Löwenanteil (80%) des Steueraufkommens 2010 von insgesamt 78,5 Mrd. € stammt aus der Massenbesteuerung, und zwar 21 Mrd. € aus der (direkten) Lohnsteuer und 42 Mrd. € aus der (indirekten) Mehrwertsteuer (samt anderen Verbrauchssteuern). Von diesen zwei hauptsächlichlichen Massensteuern macht die Lohnsteuer ein Drittel und die indirekten Steuern zwei Drittel aus. Und sie werden mehr und mehr, jedes Prozent Inflation bedeutet allein schon ein Prozent oder 420 Mio. € mehr an indirekten Steuern, das sind bei der derzeitigen Inflationsrate von 3,5% satte 1.500 Mio. € im Jahr. Demgegenüber erscheint die neue Vermögenssteuer als das, was sie ist. „Der Berg kreiße und gebar ein Mäuschen“, könnte man sagen, aber es handelt sich um vorsätzliche Lüge und Betrügerei. „Wie auch die Lüge uns schmähend umkreist...“ wäre vielleicht angemessener.

vermögen“ heraus. Die Villa, das Dienstauto plus Chauffeur, den Hubschrauber, gegebenenfalls die Yacht, die Wohnung, eventuell von allem auch mehrere, alle Mahlzeiten („Arbeitsessen“), die Prostituierten - alles zahlt sich aus dem „Betriebsvermögen“, dem eigene oder dem eines anderen. (Der berühmte Ex-Chef des IMF, Herr Dominique Strauss-Kahn, weiß vielleicht wirklich nicht immer, wer ihm die Prostituierten, die ihn in jedem Hotel, wo er absteigt, erwarten, eigentlich zahlt. Sagte er jedenfalls gerade im „Hotel Carlton/Lille“-Prozess aus.) Allenfalls braucht er ein bisschen Bargeld für Trinkgelder oder wenn er zwischen zwei Arbeitsessen Hunger kriegt und schnell zu einem Würstelstand muss. Interessant aber vor allem, wie gründlich sich die GPA mit dem französischen Vorbild beschäftigt hat. Denn genau eine solche Deckelung wurde 2006 eingeführt. Das hat den französischen „Millionären“ eine zusätzliche Steuerersparnis von 800 Millionen € pro Jahr gebracht und in den letzten Jahren zu milliardenschweren Rückzahlungen geführt. Es war nämlich genau so, dass viele Vermögens-„Millionäre“ eigentlich gar kein oder nur ein kleines privates Einkommen haben. An was so eine GPA alles denkt! Aber vielleicht wird das das Ei des Kolumbus: wie führe ich auf dem Papier eine Vermögenssteuer ein und faktisch doch nicht? Übrigens musste die französische Regierung wegen der großen Empörung im Volk über so eine schreiende Sauerei diese Deckelung ab 2012 wieder abschaffen.

Résumé: Die geplante Vermögenssteuer leistet keinen irgendwie relevanten Beitrag zu einer - ohnedies nur illusorischen - „Umverteilung“. Es geht selbst im besten Fall nur um einen zwerghaften Anteil am gesamten Steueraufkommen. Die wirklich großen Kapitale werden gar nicht betroffen. Von der tatsächlichen Steuerausplünderung von Arbeiterklasse und Volk durch die bourgeoise Staatsmacht wird dadurch nur abgelenkt. Sie sollen die schleichende Lohnsteuerprogression und vor allem die schleichend wachsende Mehrwertsteuerbelastung ohne Murren schlucken, weil ohnehin die „Reichen“ auch ein bisschen mit der Vermögenssteuer sekkiert werden. Die Mehrwertsteuer und die anderen indirekten Steuern sind das

Wichtigste; sie treffen alle, auch, ja gerade die Ärmsten, und sie steigen mit der Inflation.

Will man sich gegen Ausbeutung und Ausplünderung wehren, muss nicht für eine „Umverteilung“ gekämpft werden, sondern für andere Eigentums- und Produktionsverhältnisse, die auch eine andere „Verteilung“ erlauben, nicht nur der Konsumgüter, sondern auch der Produktionsmittel (indem man die Kapitalisten enteignet und die Produktionsmittel vergesellschaftet). Dies geht nur, indem man zuerst die Machtverhältnisse ändert: Wer hat die Staatsmacht - das Kapital oder die Arbeiterklasse? Auf dem Weg dorthin, zur wirklichen Beseitigung des Übels, muss auch gegen die Steuerausplünderung gekämpft werden. Aber nicht durch „gerechte Pro-

jekte“ wie die Vermögenssteuer, sondern indem man die Massenbesteuerung bekämpft. Die Kapitalisten sollen sich ihren Staat selber zahlen! Die bei weitem wichtigste Forderung in Steuerfragen muss die nach Abschaffung aller indirekten Steuern sein. Wer hingegen an die indirekten Steuern nicht rührt, wer um sie vielmehr einen großen Bogen macht (wie z.B. die beiden oben zitierten Broschüren der AK und der GPA, aber auch sonst alle Gerechtigkeits- und Umverteilungsapostel), der ist, was immer er sonst über Steuerfragen plappert, entweder ein Dummkopf, im Zweifelsfall aber ein Lügner und Betrüger. Die Grenze ist fließend und man kann darüber streiten, was schädlicher ist für den Klassenkampf.

Weg mit der kapitalistischen Klassen-Medizin!

Flugblatt Dezember 2011 von IA*PKP in Zusammenarbeit mit SPK/PF
(Sozialistisches Patientenkollektiv/PatientInnenfront Österreich), spkpf@geomix.at

Eine wirkliche Gesundheitsversorgung für die Arbeiter/innenklasse kann ohne proletarische Revolution nicht erreicht werden!

Das ganze Gesundheitssystem ist heute krank. Wenn wir die Entwicklung der letzten 50 Jahre verfolgen, sehen wir dass die Gesundheitsversorgung heute deutlich schlechter ist als um 1975. Besonders wenn wir uns die Qualität und die Kosten der Krankenkassen-Versorgung der breiten Masse der Arbeiter/innen und kleinen Angestellten anschauen, wird deutlich, dass einerseits die Gebühren drastisch zugenommen haben (Krankenversicherungsbeitrag, Selbstbehalte, Rezeptgebühren,...), andererseits aber die durchschnittliche Qualität der medizinischen Versorgung (Betreuung durch Ärzte/innen und Krankenpfleger/innen, Bezahlung von Behelfen wie Brillen, Zahnkronen usw.) stark gesunken ist. Das ist natürlich nicht die Schuld des medizinischen Personals, den „kleinen“ Stationsärzten und Krankenpfleger/innen – bei denen ist die Arbeitshetze sogar deutlich gestiegen und sie müssen sich heute sogar noch mehr abstrudeln als früher. Es ist eine Frage der staatlichen Organisation des Volksgesundheitswesens im Kapitalismus.

Ärzt/innen, die sich dem System der Patientenselektion widersetzen und ihr Fachwissen offensiv den Patient/innen zur Verfügung stellen, funktionieren nicht im Sinne des Kapitals. Aus diesem Grund wird alles versucht, sie aus dem Stand

der Ärzteschaft zu entfernen. Zuerst werden sie über die Medienöffentlichkeit unmöglich gemacht, dann kommen Gerichtsverfahren und Bestechungsversuche, wenn das alles nichts hilft, die Psychiatrie. Konkrete Beispiele dafür sind Werner Vogt vom Wiener Unfallkrankenhaus in früheren Jahren oder Wolfgang und Ursel Huber aus Heidelberg.

Heute gilt in Österreich inzwischen – wie in vielen anderen Ländern der EU: Bist du kein/e Privatpatient/in und zahlst du nichts drauf (bar oder über selbstfinanzierte Zusatzversicherung), dann wirst du wie der letzte Dreck behandelt, bestenfalls am Fließband. Sowohl beim Doktor als auch im Krankenhaus. Heute schon ist es so, dass Ärzt/innen eine Jahresabrechnung über ihre Verschreibungen (Medikamente, Verbandsmaterial usw.) des letzten Jahres bekommen. Darin wird festgehalten, ob sie unter oder über den vorgesehenen Kosten pro Patient/in liegen. Wenn sie billiger waren kriegen sie Bonuspunkte, wenn sie mehr Ausgaben als vorgesehen pro Patient/in verrechnet haben, gibt's Maluspunkte.

Bei der Bewilligung, ob ein/e Patient/in 30 Tage nach der Entlassung aus dem Krankenhaus eine weitere Bewilligung für eine mobile Hauskrankenpflege zugesprochen bekommt, läuft es so ab: Der Chefarzt der Gebietskrankenkassa am Wienerberg schaut sich nicht die Patient/innen an, sondern standardmäßig die Fotos der Wunde und entscheidet ohne Studium

des Pflegschaftsberichts, ob z.B. ein professionelles Wechseln des Verbandes durch eine/n diplomierte/n Krankenpfleger/in notwendig ist oder nicht. Der Chefarzt schaut sich weder die Wunde noch die medizinische Dokumentation des Patienten an, weil das würde zu viel Zeit dauern; es sind aber pro Patient/in nur maximal 2 Minuten zur Beurteilung vorgesehen. Fließbandabfertigung im übelsten Sinn!

Besonders krass zeigen sich die Probleme des derzeitigen österreichischen „Krankenversorgungswesens“ am Beispiel des größten Krankenhauses in Österreich, dem Wiener AKH:

Überall wird gespart: beim Essen für die Patienten ebenso wie beim Verbandmaterial (z.B. Silberverbandspräparate für offene Wunden, das desinfizierend wirkt und nicht mit der Wunde verklebt).

Schon jetzt sind die Nachtdienste in vielen Krankenhäusern – nicht nur im AKH – unterbesetzt; das zeigt sich vor allem in Nächten mit vielen Notfällen. Jetzt sollen im AKH weitere Posten eingespart werden.

Für jeden seriösen Arzt ist es unmöglich, dass gleichzeitig die Ambulanz und der Operationssaal betretet werden – aber sie werden über die Knebelverträge u.a. im AKH dazu gezwungen.

Ähnliche Situationen gibt es bei den Krankenträger/innen, die zu manchen Zeiten praktisch ohne Pause stundenlang durcharbeiten müssen.

Im AKH gibt es schon heute einen derartigen Personalnotstand, dass viele

Beschäftigte kaum Urlaub machen können und ihr Urlaubsanspruch verfällt.

Für die Zukunft ist bereits geplant, dass weiter diplomiertes Pflegepersonal eingespart werden soll und stattdessen mehr Pflegehilfskräfte eingesetzt werden sollen. Zunehmend sollen die Diplomkrankenschwester/pfleger/innen nur noch zu Pflegevisiten eingesetzt werden – die tägliche Patientenversorgung soll dann durch angelernte Hilfskräfte erledigt werden. Weitere Probleme gibt es durch die unzureichende Schutzkleidung für Pflegepersonal, Träger und Reinigungspersonal besonders auf den Infektionsabteilungen – natürlich aus Kostengründen.

Aber noch einmal: Dass eine überlastete Krankenschwester 40 Patient/innen zugleich betreuen muss, ist nicht ihre Schuld. Dass bei überlasteten Kassenärzten die Kranken bis ins Stiegenhaus Schlage stehen müssen, ist nicht deren Schuld. Dass du als Normalpatient wochenlang auf einen Operationstermin warten musst, ist nicht Schuld des Ärzteteams der Abteilung. Schuld an den immer krasser werdenden Missständen im allgemeinen „Gesundheitswesen“ ist das kapitalistische Ausbeutersystem!

In der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts, in der Zeit der Hochblüte des Imperialismus und Neokolonialismus, wurde das Gesundheitswesen in den imperialistischen Metropolen (wie Österreich) für breite Teile der Volksmassen immer weiter verbessert. Es war die Zeit des großen Aufschwungs nach den Zerstörungen

des zweiten Weltkriegs. Die Kapitalisten hatten einen Mangel an gesunden Arbeitskräften, und der großzügige Ausbau der Gesundheitsversorgung für die Massen (Ausbau der Krankenhäuser, Wegfall der sogenannten „Selbstbehalte“, flächendeckende Vorsorgeuntersuchungen usw.) hat vor allem dazu gedient, eine gesunde und gut ausbeutbare Arbeiter/innenklasse bereitzustellen.

Mit dem krisenhaften Umschwung Mitte der 1980er Jahre hatten die Kapitalisten dann immer weniger Bedarf an frischen Arbeitskräften, die Arbeitslosenzahlen stiegen – und eine Krankenversorgung auf immer niedrigerem Niveau (für die breiten Massen der Arbeiter/innenklasse) wurde Teil der staatlichen Politik des allgemeinen Sozialabbaus. Wozu mehr als unbedingt notwendig für die Krankenversorgung ausgeben? Es gibt ohnehin zu viele überschüssige arbeitslose Menschen, die noch dazu viel zu lange leben, obwohl sie nicht mehr ausbeutbar sind! So denken die Ideologen des Kapitals und die Massenmedien schreiben: Die Krankenhäuser kosten zu viel! Die Krankenkassa ist dauernd im Defizit! usw. Aber Klassenbewusste Arbeiter/innen fragen: Was gibt es wichtigeres als Gesundheit? und kritisieren die Zwei-Klassen-Gesundheitsversorgung: Wer Geld hat, kann sich eine Spitzenversorgung kaufen – aber die von einem Durchschnittslohn oder darunter leben müssen, können schauen wo sie bleiben....

Im kapitalistischen Ausbeutersystem, wo die Herren der Banken und Konzer-

ne die Politik bestimmen, können Verbesserungen im Volksgesundheitswesen nur vorübergehend durchgesetzt werden – z.B. in Phasen des Wirtschaftsaufschwungs (d.h. hoher Profite für die Kapitalisten), wo ein Arbeitskräftemangel die Positionen der Arbeiter/innenklasse gegenüber der Kapitalistenklasse stärkt. Erst wenn die Arbeiter/innenklasse die politische Macht erobert hat, wenn die Arbeiter/innen und kleinen Angestellten die gesellschaftlichen Angelegenheiten in ihrem Interesse regeln, dann ist auch eine wirklich umfassende Gesundheitsversorgung für alle Teile der Arbeiter/innenklasse und des Volkes möglich. Weil dann entscheiden nicht die Profitinteressen des Kapitals auch über das Gesundheitswesen. Voraussetzung dafür ist allerdings eine proletarische Revolution und der Sturz der Kapitalistenklasse – sonst wird das Kapital immer sein Interesse gegen das der großen Mehrheit der Bevölkerung durchsetzen.

Wer nicht will, dass das Gesundheitswesen bei uns so wird wie in den USA, wer nicht will, dass die Versorgung der Kranken, Behinderten usw. eine Frage des Einkommens, der Ersparnisse und der Privatversicherung ist, muss heute schon am revolutionären Kampf für die sozialistische Revolution teilnehmen. Eine Strategie der zwei Stufen – heute für Verteidigung des Bestehenden, morgen dann für eine bessere Gesellschaft – ist der falsche Weg. Damit können wir weder die besseren Zustände von vorher wiederherstellen noch insgesamt weiter kommen.

Solidarität mit dem Volkskrieg in Indien!

Flugblatt zur Kundgebung in Wien im Rahmen der internationalen Solidaritätswoche: Sa 21.1.2012, 14:00 Uhr, indische Botschaft (Ecke Kärntnerstraße / Ring)

In Indien wird der Klassenkampf für die Interessen der Arbeiter/innen und Volksmassen gegen die Offensive des internationalen Monopolkapitals und ihre einheimischen Lakaien in wesentlich schärferen Formen geführt als in der EU. Seit Jahrzehnten kämpfen unter Führung revolutionärer kommunistischer Parteien, vor allem dem KP Indiens (Maoistisch), sowohl militante Massenorganisationen der Arbeiter/innen und Werktätigen als auch bewaffnete Volksbefreiungs-Guerillaarmeen gegen die Unterdrückung der Arbeiter/innenbewegung und die revolutionär-demokratischen Bewegungen der Kleinbauer/innen und anderen unterdrückten Volksmassen. In vielen ländlichen Gebieten ist die Befreiungsbewegung so weit fortgeschritten, dass seit Jahren die Unterdrückungsorgane des mit dem Imperialismus verbundenen indischen bürgerlichen Staates entmachtet und verjagt sind

und demokratisch gewählte Volksräte die politische Macht übernommen haben. Seit über 10 Jahren dehnt sich die Rote Zone vom Nordosten Indiens bis in den Süden aus. Seit mehreren Jahren versucht der reaktionäre indische Zentralstaat mit über 100.000 Mann spezieller Aufstandsbekämpfungstruppen die Roten Gebiete zurückzuerobern, um den Weg frei zu machen für die Ausplünderung des Landes, seiner Rohstoffe und seiner Volksmassen, durch die multinationalen Konzerne. Dieser mörderische Feldzug unter dem Namen „Operation Green Hunt“ hat schon zehntausende Opfer gefordert und die Empörung breiter Massen auch in den Städten hervorgerufen, die sich mit den kämpfenden Bauer/innen der Roten Gebiete solidarisieren.

senen Kampfes gegen die eigenen kapitalistischen Ausbeuter und Unterdrücker und der internationalistischen Orientierung. Nur durch die Überwindung eurozentristischer Borniertheit und rassistischer Vorbehalte kann die internationale Einheit im Kampf der Arbeiter/innen aller Länder und die Verbindung mit dem Kampf der unterdrückten Volksmassen hergestellt werden. Das ist die Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf für die proletarische Revolution sowohl in Österreich als auch weltweit. Die indischen Volksmassen der Roten Gebiete Indiens beweisen in der Praxis, dass eine andere Welt möglich ist, eine Welt in der die kapitalistischen Ausbeuter verjagt sind und das Volk selbst die Verwaltung der eigenen Angelegenheiten übernimmt.

Klassenkampf im eigenen Land verstärken – internationale Solidarität entwickeln!

Proletarier/innen aller Länder vereinigt euch! Proletarier/innen aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

The repression by the Indian government and imperialism does not stop but feeds the People's War!

May the wind of the People's war in India reach the proletarian masses all-around the world !

14 - 22 January 2012
 International Week of Action dedicated to comrade Kishenji, Maoist leader of the Indian revolution

International Committee in Support of the People's War in India
 cspindia@gmail.com

Comité de Soutien à la Révolution en Inde
 cspind@yahoo.fr

In vielen Ländern haben sich bereits Solidaritätsbewegungen mit dem Kampf der indischen Volksmassen und dem Volkskrieg für eine neudemokratische antiimperialistische Revolution in Indien gebildet. Auch in Österreich müssen die Arbeiter/innen verstärkt internationale Verbundenheit und Solidarität mit ihren kämpfenden Brüdern und Schwestern in allen Ländern entwickeln. Grundlage dafür ist die Verstärkung des entschlos-

La répression du gouvernement indien et de l'imperialisme n'arrête pas mais nourrit la Guerre Populaire!

- Que le vent de la Guerre Populaire en Inde touche les masses prolétariennes à travers le monde !

14 - 22 Janvier 2012
 Semaine d'action internationale dédiée au camarade Kishenji, dirigeant maoïste de la révolution indienne

Comité International de Soutien à la Guerre Populaire en Inde
 cspindia@gmail.com

Comité de Soutien à la Révolution en Inde
 cspind@yahoo.fr

Réunion d'information + diffusion d'un documentaire
Samedi 21 janvier à 15 heures
 Au Local Dorel
 16 rue des Pailles Ecrites
 Paris 10ème M^e Strasbourg-St Denis

KP Indien (Maoistisch): Verstärken wir den Volkskrieg mit dem Ziel, die „Operation Grüne Jagd“ zu besiegen, die ein Krieg gegen das Volk ist!

*Aufruf der Zentralen Militärkommission der Kommunistischen Partei Indiens (Maoistisch)
aus Anlass des 11. Gründungstages der PLGA (Volksbefreiungs-Guerilla-Armee), 20.11.2011*

Teures Volk!

Am 2. Dezember wird die PLGA (People's Liberation Guerilla Army – Volksbefreiungs-Guerilla-Armee) ihren 11. Gründungstag vollenden. Aus diesem Anlass gibt die Zentrale Militärkommission einen Aufruf heraus, den 11. Gründungstag in allen unseren Guerillazonen und Roten Widerstandsgebieten zu begehen, mit dem Ziel die „Operation Grüne Jagd“ (OGH – Operation Green Hunt) der ausbeutenden herrschenden Klassen zu besiegen. In dem laufenden Volkskrieg für die Befreiung der werktätigen Massen in Indien haben im Zeitraum von Dezember 2010 bis September 2011 annähernd 150 der besten Töchter und Söhne der heimatlichen Erde und des einfachen Volkes ihr wertvolles Leben gegeben. Zollen wir allen diesen mutigen Kämpferinnen und Kämpfern unsere revolutionäre Ehrerbietung. Geloben wir, ihre Ziele zu erfüllen.

Im vergangenen Jahr wurden Hunderte Aktivist/innen von lokalen Massenorganisationen, der revolutionären Volksregierung und andere Menschen verhaftet, aufgrund schwarzer Gesetze angeklagt und in Gefängnisse geworfen. Um die revolutionäre Kulturbewegung zu unterdrücken, wurden Todesstrafen gegen vier Kulturaktivisten aus Jharkhand, auch gegen Jeeten

Marandi, ausgesprochen. Es ist notwendig eine starke Volksbewegung aufzubauen, um diesen Todesstrafen entgegenzutreten. Insbesondere wurden am 29. April 2011 drei Mitglieder des Zentralkomitees und im Juli Genosse Bhupeshda sowie viele andere leitende Genossen und Aktivisten vom Feind verhaftet, was einen Teil der Verluste unserer Parteileitung in der schmutzigen Jagd der feindlichen Geheimdienstagenturen darstellt. Der Feind zettelt Komplote an, um sie in den Gefängnissen dauerhaft einzukerkern. Die Zentrale Militärkommission richtet den Aufruf an das Volk, die Agitation für die Freilassung dieser politischen Gefangenen überall auszuweiten.

Bei den Operationen, die von unseren PLGA-Kräften gegen die faschistische „Operation Grüne Jagd“ überall im Land geführt wurden, wurden 150 Polizeisöldner ausgelöscht, 180 wurden verwundet und rund 60 Waffen wurden von Dezember 2010 bis Oktober 2011 im ganzen Land erbeutet. Darüber hinaus wurden in ununterbrochenen Einzelaktionen der PLGA-Kräfte 170 volksfeindliche Elemente ausgeschaltet. Besonders die Rolle der Volksmilizkräfte ist es Wert, in dieser Hinsicht erwähnt zu werden. Die Zentral- und die Bundesstaaten-Regierungen haben angekündigt, dass die zweite Phase der fa-

schistischen „Operation Grüne Jagd“ im Gang ist. Wie wir alle wissen, wurde dieser ungerechte Krieg („Militäroffensive Grüne Jagd“) Mitte 2009 von der Sonia-Manmohan Singh-Chidambaram Clique gegen das Volk dieses Landes entfesselt; er ist nichts anderes als ein Krieg, um die Kompradoren-Gesellschaften und die multinationalen Konzerne den Reichtum an Bodenschätzen in den Adivasi-Gebieten (der Eingeborenen) plündern zu lassen. Um den „Krieg gegen das Volk“ brutal fortzusetzen, setzt die Regierung unter dem Vorwand einer Übung seit Ende Mai dieses Jahres Armeekräfte in Brigadestärke ein. Tatsächlich haben die Offiziere der Armee die Aufstandsbekämpfungsoptionen der paramilitärischen Kräfte seit sechs Jahren mit dem Ziel des Auslöschens der revolutionären Bewegung geführt, weil diese bewiesen hat, dass sie ein Hindernis für die gemeinschaftliche Plünderung ist. Die Armee führt Spezialtrainings für die Polizei- und paramilitärischen Kräfte in ihren eigens dafür eingerichteten Konterterror-Dschungelkriegsführungs-Schulen durch, wie die in Kanker in Chattisgarh und Ambicapur in Nord-Chhattisgarh. Höhere Armeeoffiziere haben mehrmals Erkundungen auf speziellen Reisen durchgeführt. Während der Tage als Salwa Judum den Höhe-

(von PR überarbeitete Version der deutschen Übersetzung von www.bannedthought.net)

punkt seiner Grausamkeit erreichte, besuchten amerikanische Konsulatsmitarbeiter die Dschungelkriegsführungs-Schule in Kanker und berieten sich mit Raman Singh und höheren Polizeioffizieren in Raipur. Alles das beweist zweifellos, dass all das unter Führung der US-Imperialisten geschieht.

Angriffe auf das Volk, Morde, sexuelle Gräueltaten gegen Frauen, Abreißen von Häusern, Plünderungen, Zerstörung der Ernte und Plünderung von Hühnern, Schweinen und Ziegen wurden zur täglichen Erscheinung bei der faschistischen Militäroffensive „Grüne Jagd“. Die Chintalnar Morde, Gräueltaten und die Plünderung der Häuser, die man dann dem Erdboden gleich machte, das Massaker im Dorf Netai (Lalgarh, PB) durch die CPM mit Hilfe der zentralen und bundesstaatlichen Gemeinsamen Militärkräfte und das Massaker im Dorf Jamgai (Bezirk Gumla, Jharkhand) begangen von PLFI-Schlägern sind lebendige Beispiele hierfür. 99 Prozent der Personen, die von den reaktionären Salwa Judum, Sendra, Nagrik Suraksha Samity, Santi Sangams, den bewaffneten Kräften der Regierung, die verschiedene Arten von Mörderbanden in Bihar und Jharkhand mit einschließt, getötet wurden, sind unbewaffnete Personen. Die bewaffneten Guerillakämpfer, die bei bewaffneten oder simulierten Zusammenstößen sterben, machen nicht mehr als ein Prozent aus. Dies zeigt klar, dass dies ein „Krieg gegen das Volk“ ist.

Die indische Armee stellte Dadakaranya (DK) als Hochburg der maoisti-

schen Guerilla dar, drang in Dadakaranya unter dem Vorwand einer „Übung“ ein und verletzte das Gesetz, das die Landübertragungen verbietet, das PESA-Gesetz und die Gesetze, die alle Macht den Gram Sabhas (Selbstverwaltungsorganen) überträgt. Aber das wirkliche Ziel der Armee ist es, die Adivasi von ihren jahrhundertalten Aufenthaltsorten zu vertreiben, um die älteste menschliche Gemeinschaft und ihre primitive Kultur auszulöschen und die Janatana Sarkars Lebensweise zu ersticken, die vom Adivasi-Volk unter Führung der Maoisten etabliert wurde. Zu diesem Zweck gab die Zentralregierung alle Macht in die Hand der Armee, um das Mehrheitsrecht in den AFSPA-Gremien einzuführen und um all das im Namen der Selbstverteidigung zu machen. Die indische Armee, die dazu bestimmt ist, die Grenzen des Landes zu verteidigen, ist jetzt bereit, einen Krieg gegen ihr eigenes Volk im Herzen des Landes zu führen. Alle Adivasi-Gemeinden im ganzen Land müssen jetzt gegen die Verschwörung der indischen herrschenden Klassen, die die Interessen der Imperialisten und multinationalen Konzernen schützen, vorgehen und die Massen für die Gräueltaten und Massaker sensibilisieren, die von der indischen Armee und den paramilitärischen Kräften in Kaschmir und im nationalen Befreiungskampf im Nord-Osten begangen werden. Menschen aus allen Klassen und Sektoren, Demokrat/innen, Patriot/innen und Massenorganisationen müssen fest zu ihrer Unterstützung stehen.

Teures Volk!

Als Folge der ungleichen Entwicklung der imperialistischen Politik der Liberalisierung, Privatisierung und Globalisierung (LPG) zeigen sich die Auswirkung der Weltwirtschaftskrise auch in unserem Land. Wachsende Korruption, Erwerbslosigkeit, Preiserhöhungen, Hunger, Vertreibung und der Verlust der Ländereien, Wälder und dem Wasser, haben die Lebensbedingungen der unterdrückten Arbeiter/innenklasse, Bäuer/innen und der Mittelklasse unerträglich gemacht und es gibt hier keinen anderen Ausweg außer der Revolution. Die materiellen Bedingungen für die Revolution reifen heran. Streiks und Mobilisierung in allen Bereichen des Volkes nehmen zu. Ökonomische Kämpfe werden zu politischen Kämpfen. Die politischen Mobilisierungen der rückständigen Adivasi-Bäuer/innen verstärken sich. Kämpfe, wie die in Lalgarh, Kalinganagar, Narayanapatna, Anti-Posco, Niayamagiri, Mali, Deomali, Singareni, Open casts, Polavaram, Sompeta, Kakarapalli, Jaitapur, und Greater Noida, der Kampf der Menschen, die durch die Stadtentwicklung in Jharkhand vertrieben werden, die landesweiten Kämpfe gegen Sonderwirtschaftszonen (SEZ), gegen Preiserhöhungen, gegen Korruption, die Kämpfe für die Interessen der Bäuer/innen und Kämpfe der Kastenlosen (Dalits) und der Frauen und zeigen das politische Bewusstsein des Volkes. Die Menschen demonstrieren kämpferisch für die Schaffung eines separaten Telangana-Staats. Der nationale Befreiungskampf in Kaschmir entwi-

ckelt sich weiter. Um die militanten Kämpfe des Volkes irrezuleiten, drängen die Nichtregierungsorganisationen (NGOs) unter der Leitung der Imperialisten und solcher Personen wie Anna Hazare darauf, im Namen der Gewaltfreiheit solche Kampfformen wie Hungerstreiks durchzuführen. Die faschistische Unterdrückung der herrschenden Klassen gegen unsere maoistische Partei, die als Leuchtfeuer der unterdrückten Massen, wie der Arbeiter/innenklasse, Bäuer/innen und der Mittelklasse dient, nimmt zu. Die ökonomische und politische Krise verschärft sich überall und gewalttätige Massen müssen revolutionären Geist zeigen und die politische Agitation unter der Parole aufnehmen, dass wir bis zum letzten Atemzug kämpfen werden. Wir müssen in hohem Grad für die Tages- und politischen Interessen mobilisieren. Wir müssen erkennen, dass es ohne entschiedene politische Kämpfe nicht möglich ist, die ökonomischen Interessen der unterdrückten Massen zu erfüllen, und wir müssen diese Agitation auf eine höhere Stufe heben mit dem Slogan: „Die politische Macht muss durch den Volkskrieg ergriffen werden“.

Aufruf der Zentralen Militärkommission (CMC):

Teure Arbeiter/innen, Bäuer/innen, Adivasi, werktätige Massen, Frauen, Student/innen, Jugendliche und Intellektuelle! Tausende Menschen, vor allem Adivasi-Bäuer/innen sammeln sich in den Kämpfen mit dem Ziel, den „Krieg gegen das Volk“ (die Operation Grüne Jagd), der

von der Zentral- und den Bundesstaaten-Regierungen entfesselt worden ist, zurückzuschlagen.

Alle Klassen und Sektoren des werktätigen Volkes müssen sich in diese Kämpfe einreihen. Dehnt die Unterstützung aktiv aus, um die brutalen Angriffe der Söldnerpolizei zu stoppen, die Hunderte von Adivasi massakriert und die ihr Eigentum, ihre Würde und alles andere, was ihnen lieb ist, plündert wie ein Rudel von Wölfen, die eine Herde Schafe im Namen der Bekämpfung des Terrorismus angreifen. Maoist/innen sind keine Befürworter der Gewalt. In Wirklichkeit würden sie an vorderster Front jener sein, die Frieden wünschen. Glaubt nicht ein Wort der heimtückischen Propaganda, die von den bürgerlichen Medien gegen die Maoist/innen entfesselt wird! Steht fest an der Seite der revolutionären Bewegung! Wenn wir diese Offensive des Feindes nicht bekämpfen, wenn wir die Verschwörung gegen die revolutionäre Bewegung, die maoistische Partei, die PLGA, die alternativen Volksmachtorgane und die Massenorganisationen nicht besiegen, dann werden alle von der revolutionären Bewegung errungenen Früchte vernichtet. Werdet daher aktiv bei der Isolierung und dem Zurückschlagen des Feindes!

Schließt Euch in großer Zahl der PLGA an, vervielfacht ihre Kraft und stärkt sie! Reiht Euch ein in die Flut der in mehreren Gebieten unseres Landes anwachsenden Massenbewegungen unter der Parole: „Land, Macht, Demokratie, Aufbau der Volksarmee und Selbstver-

trauen!“ Reicht ihnen die Hände! Steht Schulter an Schulter mit den bewaffneten Widerstandskämpfern der PLGA! Es kann keinen grundlegenden Wandel ohne die komplette Vernichtung der ausbeutenden Klassen geben. Die Reformen, die sie uns als Brotkrumen hinwerfen, sind nutzlos und würden nur das Leben des Volkes weiter zerstören. Schreiten wir vorwärts zu einer alternativen, neuen, demokratischen Gesellschaft, und erklären wir, dass diese Reformen nur Teil der Verschwörung sind, die Einheit des Volkes zu brechen, und dieses zurückschlagen! Kommt!

Traut euch zu kämpfen und der endgültige Sieg gehört dem Volk!

- Entwickeln wir die PLGA zu einer Volksbefreiungsarmee und die Guerilla-Kriegsführung zu einer beweglichen Kriegsführung mit dem Ziel Dandakaranya und Bihar-Jharkhand in befreite Gebieten zu verwandeln!

- Verhindern wir den Einsatz der Armee der indischen herrschenden Klassen zur Auslöschung der maoistischen revolutionären Bewegung!

- Erteilen wir der indischen Söldnerarmee, die die indischen werktätigen Massen beraubt, verfolgt und unterdrückt, eine Lektion und intensivieren wir unseren glorreichen Volkskrieg!

- Lang lebe die Kommunistische Partei Indiens (Maoistisch), CPI (Maoist)!

Mit revolutionären Grüßen, Deoji

Zentrale Militärkommission der CPI (Maoist)

Jan Myrdal

„Roter Stern über Indien – Wenn die Verdammten dieser Erde sich erheben“

Zambon-Verlag Frankfurt/Main 2011, € 12.-

Vor genau 30 Jahren schrieb Jan Myrdal sein erstes Buch über Indien, das 1986 mit einigen Jahren Verspätung in Deutschland unter dem Titel „Indien bricht auf“ erschien, just zur Buchmesse, die unter dem Titel „Indien“ lief. Unter dem Wust an Indien-Büchern wurde sein Buch vom „Spiegel“ als das beste gelobt. Zu Recht, da es ein umfassendes Bild von Indiens Geschichte, Gesellschaft, Kultur und nicht zuletzt der Jahrhunderte dauernden britischen Herrschaft und der anschließenden Unabhängigkeit bot. Ein gesondertes Kapitel hatte Myrdal dem Befreiungskampf der Naxaliten gewidmet, die er in den ‚befreiten‘ Gebieten aufgesucht hatte.

‚Roter Stern über Indien‘ schließt praktisch an dieses Kapitel an. Auch wenn man Jahrzehnte nichts oder so gut wie nichts von den Naxaliten gehört hat, heißt das nicht, dass es sie nicht gab. Gewiss waren sie unter den harten Schlägen der Regierung und durch eigene Fehler in die Defensive gedrängt worden, sogar vom Untergang bedroht, aber sie haben überlebt.

Nun wurden der renommierte indische Journalist Gautam Navlakha und Jan Myrdal von der Führung der Kommunistischen Partei Indiens (Maoisten) eingeladen, um in einem eingehenden Exklusivinterview mehr über diesen Prozess des Überlebens und selbstkritischen Lernens zu erfahren. Immer noch geht es ums Überleben in einem epischen Kampf (von der Regierung zynischer Weise ‚Green Hunt‘ = Grüne Jagd genannt) zwischen den unterernährten, schlecht ausgerüsteten, aber hoch motivierten indigenen Völkern, den Adivasis, und den Armen, den Dalits, und der modernst gerüsteten Armee und Polizei Indiens. Aber es gibt eine Chance in dem heutigen Indien, das zwar ein enormes Wirtschaftswachstum erlebt hat, aber innerlich derart korrupt und verrottet ist, dass ein derart unmenschliche, brutale Politik gegen die eigenen Völker führt, dass an allen Ecken und Enden Aufstände lodern, Massendemonstrationen stattfinden, gewaltloser Widerstand praktiziert wird. Gelingt es der KPI (Maoist), diese tausendfachen Widerstandsformen zusammenzuschließen, wäre ein Sieg im Volkskrieg und der Aufbau eines wirklich neuen Indiens durchaus denkbar.

(Umschlagtext – Jan Myrdal: Roter Stern über Indien, Zambon Verlag €12.-)

Die Dokumente und Texte, die Jan Myrdal von seinem Besuch bei der KP Indien (Maoistisch) in Dandakaranya mitgebracht hat, finden sich auf www.redstaroverindia.se

Buchempfehlung



KP Philippinen:

Neujahrsgrüße an das philippinische Volk für 2012

Kommunistische Partei Philippinen, 1. Jänner 2012, <http://www.philippinerrevolution.net/statements/new-year-s-greetings-to-the-philipino-people-in-2012>

Die Führung und alle Mitglieder der Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP), die kommunistischen Kämpfer/innen der Neuen Volksarmee (NPA) und alle revolutionären Mitstreiter/innen grüßen das gesamte philippinische Volk zu Beginn des neuen Jahres 2012.

Angesichts der Gnadenlosigkeit des von den USA gestützten Aquino-Regimes bei der Durchfüh-

rung seiner abgenutzten pro-imperialistischen und üblen Politik im Interesse der Großgrundbesitzer wird das kommende Jahr mit Sicherheit geprägt sein von den sich verschlechternden wirtschaftlichen und Lebensbedingungen für das Volk. Der vollmundige „direkte Weg der Rechtschaffenheit“ ist ein direkter und schneller Weg lediglich für die großen Geschäftsleute, die ausländischen

Kapitalisten und die bürokratischen Kapitalisten in Aquinos Regierung. Für das Volk unterscheidet sich Aquinos „Weg“ nicht vom ausgetretenen Pfad der früheren reaktionären Regime in den vergangenen 30 Jahren. Aquinos Gerede, wonach unser aller Leben sich jetzt in den kommenden Jahren zum Besseren wenden würde, ist reine Täuschung, weil er in Wirklichkeit überhaupt

nichts an den vorhandenen Gesetzen und der vorhandenen Politik verändert hat. Welche Veränderungen wird Aquino 2012 bringen? Mehr Steuerlasten; höhere Preise für Kraftstoff, Medikamente, Transportgebühren, Bildungswesen, gesundheitliche Dienstleistungen und andere Grundbedürfnisse; Senkungen bei den Reallöhnen für die Arbeiter/innen und die einfachen Angestellten; weitere Verwüstungen zur Durchsetzung von Vorhaben der Freunde von Aquino unter den großen Geschäftsleuten; eine noch größere Auslandsverschuldung; eine weiter zunehmende Armut in den ländlichen Gegenden wegen Ausbleibens einer Bodenreform; weitere ausländische Konzerne beim Ausplündern der Natur und beim Abbau unserer einheimischen Rohstoffe. Die mit Aquino befreundeten großen Geschäftsleute werden noch mehr Reichtümer anhäufen, und das philippinische Volk wird immer tiefer in den Morast der Armut versinken.

Dieses neue Jahr 2012 lässt uns große Kämpfe vorhersehen, die wir in diesem neuen Jahr führen müssen. Vereinen wir die breiten Volksmassen gegen das von den USA gestützte Aquino-Regime und seine gegen das Volk gerichteten Aktivitäten! Vereinen wir uns gegen die Pläne zur Verfassungsänderungen („Cha-Cha“ – charter change) des von den USA gestützten Aquino-Regimes zur Novellierung der reaktionä-

ren Verfassung von 1987! Dies ist eine der größten von Aquino entsprechend den Vorschriften seiner imperialistischen Hintermänner geplanten Maßnahmen. Das zielt darauf ab, die wirtschaftliche Souveränität und den Reichtum der Philippinen völlig auszuliefern.

Treffen wir ebenso Vorbereitungen für größere Kämpfe gegen die Zerstörungen (der Versorgung), die Massenentlassungen, die neuen Steuerlasten, die Preissteigerungen bei Elektrizität und Wasserversorgung, bei Brennstoffen und anderen Waren! Die Arbeiter müssen für höhere Löhne kämpfen. Sie müssen für die Industrialisierung des Landes kämpfen. Vereinen wir die bäuerlichen Massen im ganzen Land, um den Kampf für die Bodenreform zu verstärken. Die Minderheiten müssen sich mit dem übrigen Volk vereinen, um den Kampf gegen die räuberischen ausländischen Konzerne und die Agrarkonzerne zu verstärken.

Entlarven und bekämpfen wir in diesem kommenden Jahr umfassend den bürokratischen Kapitalismus unter dem von den USA gestützten Aquino-Regime, vor allem in Bezug auf den Missbrauch der Staatsgewalt zur Begünstigung von Aquinos Freunden unter den großen Geschäftsleuten und der ausländischen Konzerngangster! Machen wir uns bereit für den Kampf gegen die verstärkte militärische Intervention der USA! Das Volk muss seinen Mut beim

umfassenden Widerstand gegen den Einsatzplan „Bayanihan“ und die Brutalität der Streitkräfte der Philippinen in diesem Jahr und in den kommenden Jahren stählen.

Die kommunistischen Kämpfer der NPA und alle NPA-Einheiten und unsere Genossen werden unermüdlich daran arbeiten, weitere Kraft zu schöpfen und ihre Fähigkeiten zum Führen von immer mehr und immer größeren taktischen Angriffen in diesem Jahr verstärken. Die NPA wird den Einheiten der Streitkräfte der Philippinen keine Ruhepause gönnen. Sie wird alle Möglichkeiten nutzen, den faschistischen Truppen Schläge zu versetzen, um deren Misshandlungen und Massaker am Volk zu stoppen. 2012 wird die NPA in der Lage sein, mehr Waffen als je zuvor zu erbeuten, um eine noch größere Zahl von neuen Kämpfer/innen zu bewaffnen. Das von den USA gestützte Aquino-Regime wird durch die größeren taktischen Angriffe und die Schläge der NPA gegen Körper und Kopf der gegenwärtigen faschistischen Maschinerie ins Wanken geraten.

Begrüßen wir das Neue Jahr mit erneuerter Entschlossenheit, auf dem Weg des revolutionären Kampfes voranzuschreiten! Stellen wir uns darauf ein, die revolutionäre Volksbewegung auf beispiellose Weise vorwärts zu bringen! Geben wir alles, um den Volkskrieg auf eine neue und höhere Stufe zu heben!

KP Philippinen: Neue Volksarmee und revolutionäre Kräfte werden ständig stärker und bereiten sich auf einen großen Sprung in den kommenden Jahren vor

Kommunistische Partei der Philippinen, 24. Jänner 2012
<http://www.philippinerevolution.net>

Der gestern von den Streitkräften der Philippinen (AFP - Armed Forces of the Philippines) herausgegebene Bericht, worin behauptet wird, dass die Kräfte der Neuen Volksarmee (NPA New People's Army) geschwächt wurden, ist reines Geschwätz. Der von den AFP durchgeführte Unterdrückungskrieg unter dem Namen Operationsplan Bayanihan des Aquino-Regimes ist ein völliger Fehlschlag in Bezug auf das Ziel, die NPA zu schwächen. Bei der Umsetzung des Feldzugs Oplan Bayanihan ist es den AFP nur gelungen, weitere Menschenrechtsverletzungen und Verletzungen des internationalen humanitären Rechts zu begehen und im Namen von „Frieden und Entwicklung“ ein Terrorregime in den Gemeinden zu errichten. Der Fehlschlag des Oplan Bayanihan wird dadurch unterstrichen, dass die Zahl der Roten Kämpfer/innen und die Feuerkraft der NPA um 15-20% zugenommen hat, wenn wir die Berichte der NPA-Kommandostellen und Leitungskomitees der KP Philippinen in Cagayan Valley, Ilocos-Cordillera, Eastern Visayas, Panay und Mindanao als Grundlage hernehmen. In Mindanao hat die Zahl der taktischen Offensiven der NPA im letzten Jahr um 40% auf 350 zugenommen. Die Einheiten und Kommandos der NPA in Mindanao und in anderen Regionen sind zunehmend in der Lage mehr koordinierte taktische Offensiven auf frontübergreifender und regionaler Ebene durchzuführen. In vielen Regionen kann die NPA jetzt gleichzeitige oder koordinierte taktische Offensiven durchführen und zwingt so die AFP und die Kräfte des

Staates sich auszudehnen und damit zu verdünnen, was sie verwundbarer für weitere Angriffe macht. Das wurde kürzlich durch die koordinierten Offensiven am 18. Jänner in Bukidnon bewiesen, die zu 22 Verlusten des Feindes führten.

Auch in der Mitgliedschaft der revolutionären Massenorganisationen hat es einen 15-20 prozentigen Zuwachs gegeben. Die Einrichtungen der Volksregierung werden jetzt auch auf höherer Ebene als auf Stadtvierteln (Barrios) gebildet. Da das Volk sowohl in den Städten als auch am Land den antiimperialistischen, antifeudalen, antifaschistischen und demokratischen Massenkampf verstärkt, kann auch die Organisationsstärke des Volkes ausgedehnt und gestärkt werden.

Es gibt heftige Massenkämpfe gegen das Eindringen von Bergbau-Unternehmen, Landraub durch große Plantagen und große Kompradoren-Unternehmen, Ölpreiserhöhungen, Budgetkürzungen bei Sozialversorgung und gegen faschistische Militäroperationen im Rahmen des Oplan Bayanihan. Das Volk erhebt sich zu politischen Aktionen. Im Cagayan Valley hat die Zahl der Massenaktivist/innen um 75% zugenommen. Innerhalb von nur drei Monaten sind mindestens 500 Menschen in Leyte den Massenorganisationen der Bäuer/innen, Jugend, Frauen und Kulturschaffenden beigetreten.

Es gibt Zehntausende mögliche Rote Kämpfer/innen, die in der Volksarmee dienen können, entweder in den regulären Einheiten oder in der Volksmiliz. Es gibt einen ständigen Zuwachs bei den bewaffne-

ten Volksmilizen und den Selbstverteidigungstruppen des Volkes, die an die NPA angeschlossen sind und die Stärke der Volksarmee vergrößern. Diese bewaffneten Einheiten auf Gemeindeebene können taktische Offensiven starten und defensive Aktionen gegen den Feind und seine brutalen Militäroperationen durchführen. Durch die weitere Ausdehnung und Verstärkung der Schlagkraft der bewaffneten Volksmilizen kann die bewaffnete Revolution in den kommenden Jahren tausende große und kleine taktische Offensiven durchführen.

Der Kern aller dieser Organisationen besteht aus Kadern und Mitgliedern der Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP). Die Mitgliederzahl der CPP wächst weiter und hat sich im letzten Jahr in Mindanao und anderswo um zirka 30% erhöht.

Die Kommunistische Partei der Philippinen, die Neue Volksarmee und die gesamte revolutionäre Bewegung sind in den letzten zwei Jahren ständig weiter erstarkt. Das zunehmende Wachstum der CPP und aller revolutionären Kräfte versetzt sie in die Lage, einen qualitativen Sprung in ihrer Stärke zu machen und in den kommenden Jahren beispiellose Siege zu erzielen.

Das philippinische Volk ist mehr als je entschlossen seinen revolutionären Kampf vorwärts zu treiben, denn die zunehmende Härte des Aquino-Regimes stählt die Bereitschaft des Volkes, dem unterdrückerischen und ausbeuterischen System ein Ende zu setzen und ein wirklich demokratisches, gerechtes und fortschrittliches Gesellschaftssystem aufzubauen.

Philippinen: Während die 8. Infanteriedivision der Söldner von „aufstandsfreien“ Gebieten träumt ... gewinnt die NPA Ost-Visayas hunderte neue Unterstützer/innen

Das Efren Martires Kommando der NPA in den Ost-Visayas bezeichnet das Geschwätz des Oberkommandierenden der 8. Infanteriedivision, General Mario Chan, von einer „aufstandsfreien“ Region als fernab aller Realitäten, weil die NPA von den Tatsachen her derzeit Hunderte neue Unterstützer trotz der Offensiven der Söldnerstreitkräfte mit deren Einsatzplan Bayanihan gewinnt. „Hohle Pressemitteilungen gewinnen keinen Krieg. Entscheidend ist die Unterstützung durch die Volksmassen“, so Genosse „Ka Karlos“ Manuel, Sprecher des Efren Martires Kommandos der NPA. „Allein in Leyte, welches von der 8. Infanteriedivision zur „aufstandsfreien“ Zone im Dezember 2011 verklärt wurde, organisierte die NPA mindestens 500 neue revolutionäre aktive Kämpfer unter den Bauern, Frauen und Jugendlichen binnen drei Monaten, auch als der Einsatzplan Bayanihan voll entfaltet wurde. Die NPA war auch imstande, mehr Siedlungen als jemals zuvor zu erreichen. Die revolutionären Massenorganisationen der Bauern, der Frauen und der Jugendlichen bilden die Massengrundlage der demokratischen Volksregierung. Sie unterstützen den bewaffneten Kampf. Aus ihren Reihen werden die besten Söhne und Töchter des Volkes für die NPA rekrutiert. „Die 8. Infanteriedivision mag bei einigen Beamten vor Ort auf Unterstützung stoßen. Aber ihre Truppen konnten das Volk nicht beeindruckern. Söldner organisierten sogar Volksfeste mit Spanferkeln und Basketball-Turnieren, nur

um Zulauf für ihre Veranstaltungen in einigen Ortschaften in Leyte zu erreichen. Demgegenüber vertraut das Efren Martires Kommando auf die Zerschlagung des Einsatzplans Bayanihan und auf den Zugewinn an Kraft auf der Insel Samar, wo die revolutionäre Bewegung im Volk weitaus länger verwurzelt ist als auf der Insel Leyte.“ Manuel bezichtigte General Chan der Tatsachenfälschung, weil er es so darstellt, als würde die NPA ein Terrorregime in der Ortschaft Matuguinao in West-Samar errichten. „Die NPA beachtet und wahrt die Menschenrechte und hält sich an das internationale humanitäre Recht. Sie gibt dem Leben von Zivilpersonen die höchste Priorität. Die NPA hat nichts mit der Aussetzung des Unterrichts in den fünf Grundschulen in Matuguinao sowie den Drohungen gegen Beamte vor Ort zu tun. „Andererseits zeigt die Umsetzung des Einsatzplans Bayanihan das fortgesetzte Klima der Straflosigkeit für begangene Verletzungen der Menschenrechte und des internationalen humanitären Rechts unter dem Aquino-Regime. Zum Beispiel halten sich die Truppenangehörigen der 8. Infanteriedivision routinemäßig innerhalb ziviler Ortschaften auf. Sie kampieren in zivilen Häusern wie Schulen, Krankenstationen und Bürgermeistereien. Bemerkenswert ist auch, dass die 8. Infanteriedivision gegenwärtig ein ganzes Bataillon, das 14. Infanteriebataillon, in Matuguinao stationiert. Matuguinao ist ein kleiner Ort mit gerade mal 5000 Einwohnern. Wer steht da bitte als derjenige

dar, der dort durch eine militärische Übermacht das Volk in Angst und Schrecken versetzt?“

Des Weiteren machte sich der Sprecher des Efren Martires Kommandos der NPA über Oberstleutnant Niceforo Diaz, den militärischen Einsatzleiter der 8. Infanteriedivision, lustig, welcher den Angriff der NPA vom 20. Dezember 2011 in Las Navas im Norden der Insel Samar geißelte. „Die NPA ist Oberstleutnant Diaz dankbar, dass er seinen Mund aufgemacht hat und alle Zweifel darüber beseitigt hat, dass er ein Vollidiot ist. Halten wir einfach mal die Tatsachen fest: Das Aquino-Regime erklärte einen einseitigen Waffenstillstand vom 16. Dezember bis 2. Januar. Dies wurde von der NPA durch unsere Erklärung eines einseitigen Waffenstillstands vom 24.-26. Dezember sowie vom 31. Dezember bis 2. Januar erwidert. Aber Truppenverbände des 34. Infanteriebataillons waren am 20. Dezember noch in militärischen Einsätzen. Nur daher konnte die NPA ihnen den Hinterhalt legen, kurz bevor der Waffenstillstand der NPA beginnen sollte. Die Truppenverbände des 34. Infanteriebataillons verletzten folglich die Waffenstillstandserklärung der Regierung Aquino. Demgegenüber war der Angriff der NPA vollauf gerechtfertigt. Dies nicht nur, weil zu jenem Zeitpunkt gar kein Waffenstillstand seitens der NPA bestand. Sondern mehr noch als Abstrafung der Truppenverbände der Regierung Aquino, welche ihr eigenes Wort nicht einhielten.

Mittteilung des Efren Martires Kommandos der Neuen Volksarmee (NPA) Ost-Visayas vom 6. Januar verfasst von Genossen „Ka Karlos“ Manuel, Sprecher der NPA Ost-Visayas (überarbeitete Übersetzung aus kommunisten-online.de)

Hinter den Faschisten steht das Kapital!

Den Kampf gegen Faschismus als Angriff auf die Kapitalherrschaft führen!

Der heutige WKR-Ball der Burschenschaftler des Wiener Korporationsrings stellt eine besondere Provokation dar: Nicht nur rotten sich Rechts-extreme und offene Faschisten 50 Jahre nach der Wannsee-Konferenz genau am Tag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz am 27.1.45 zu einer großangelegten Feier ihrer mörderischen rassistischen Tradition zusammen, ohne dass diese Wiederbetätigung sofort verboten wird. Die bürgerlich-demokratische Republik stellt diesen Provokatören auch noch eines ihrer wichtigsten Amtsgelände, die Hofburg, in auch der Bundespräsident seinen Sitz hat, für ihre Feierlichkeiten zur Verfügung. Zu Recht sind darüber viele ehrliche Demokrat/innen und Antifaschist/innen äußerst empört.

Aber leider ist diese antifaschistische Empörung meist geprägt von großer politischer Naivität und einem blinden Vertrauen in die bürgerliche Demokratie und die bürgerlich-parlamentarischen Gremien in Österreich und Wien.

Tatsächlich gibt es auch in der herrschenden Klasse Widersprüche über die zweckmäßigste Regierungsform zur Niederhaltung der Arbeiter/innen und Volksmassen, auch hinsichtlich der Vergangenheit. Aber die führenden Kreise der Kapitalistenklasse und ihre politischen Vertreter würden heute nie so weit gehen, offen und mit allen rechtlichen Mitteln der bürgerlich-antifaschistischen Gesetzgebung (z.B. NS-Verbotsgesetz) gegen die Traditionsverbände des Nazi-Regimes vorzugehen. Ihre völkermörderische Gesinnung wird als „Meinung“ toleriert. Dem halten ehrliche Antifaschist/innen entgegen:

Faschismus ist keine Meinung sondern ein Verbrechen!

Bestimmte Teile der österreichischen Kapitalistenklasse schätzen es nach wie vor als sinnvoll und nützlich ein, keinen Schlussstrich zu ziehen, und die traditionelle Nazi-Propaganda weiter zu finanzieren. Sie sind nicht davon überzeugt, was die neofaschistischen Bewegungen im modernen Gewand heutzutage auf die Beine bringen, und setzen auf das, was sich schon in den 1930er Jahren in Deutschland und Österreich im Kampf zur Niederschlagung der klassenkämpferischen Arbeiter/innenbewegung bewährt hat.

Zur Aufrechterhaltung ihrer Ausbeuterordnung und zur Steigerung ihrer Maximalprofite hält die Monopolbourgeoisie immer verschiedene Mittel bereit - eines davon ist der Faschismus, die offen terroristische Herrschaftsform des Monopolkapitals über die Arbeiter/innenklasse. Aus diesem Grund dürfen sich auch Faschisten und Hitler-Verehrer in der Hofburg treffen und werden dabei von der Polizei vor protestierenden Antifaschist/innen massiv geschützt.

Wiener Polizisten schützen die Faschisten!

Wir Revolutionären Kommunist/innen schätzen die Situation in Österreich so ein, dass keine relevanten Teile der herrschenden Klasse in nächster Zeit zu diesem Mittel greifen wollen, weil der Faschismus zwar eine äußerst brutale zugleich aber instabile Herrschaftsform ist und die heutige bürgerlich-parlamentarische Form der Unterdrückung im gefestigten Rahmen des imperialistischen EU-Projekt auch die nächsten Jahre bevorzugt wird. Deswegen führen auch jene politischen Organisationen die antifaschistische Massenbewegung in die Irre, die heute als praktische Hauptaufgabe im politischen Klassenkampf die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie

„gegen den Faschismus“ oder „gegen die FPÖ“ auf ihre Fahnen schreiben – im schlimmsten Fall sogar mit der SPÖ gegen die ÖVP und FPÖ, also mit der Mehrheit der Ausbeuterregierung gegen die „rechten und rechts-extremen Kräfte“.

Wir müssen gegen die Faschisten kämpferisch auftreten, wenn sie sich in der Öffentlichkeit zeigen, weil sie die brutalste Art der Unterdrückung der Arbeiter/innenklasse und Volksmassen repräsentieren. Aber wir sollten das nicht ohne Berücksichtigung der wirklichen aktuellen Verhältnisse in Österreich und der EU tun. Die massenhaften Deportationen von Migrant/innen, ihre Behandlung mit rassistischen Sondergesetzen, die Benachteiligung in Schulen, am Arbeitsplatz und im öffentlichen Raum usw. werden nicht vor allem von Faschisten organisiert, sondern von den demokratischen Beamten im Auftrag der SPÖVP-Regierung und des dahinter stehenden und finanzierenden Monopolkapitals.

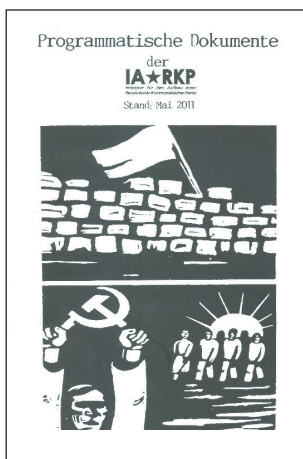
Hinter den Faschisten steht das Kapital! Der Kampf um Befreiung ist international!

Der Kampf gegen die besonders reaktionären und aggressiven Elemente des Unterdrücker- und Ausbeuterregimes in Österreich muss verbunden werden mit dem Kampf gegen die kapitalistische Ausbeuterordnung selbst, mit dem Kampf für den Sturz der Kapitalistenklasse in einer proletarischen Revolution, mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft unter der unumschränkten Herrschaft der Arbeiter/innenklasse.

Tod dem Faschismus, Kampf dem Kapital – für den Kommunismus international!

27.1.2012

liest, studiert, diskutiert



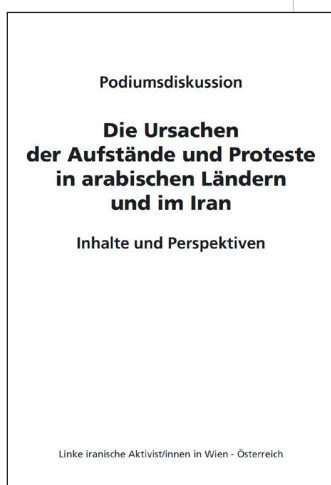
**Beiträge gegen den
imperialistischen
Angriff auf Libyen**



Aktionseinheit „Finger weg von Libyen“
und „Internationales Solidaritäts-Forum“
Wien



siehe Buchempfehlung
im Zeitungsinneren



**Honour to comrade
Kishenji!**



Collection of calls, declarations and articles issued by
Indian Maoists and communist, revolutionary and
progressive parties, groups and individuals in the world

Published by:
International Committee to Support People's War in India

Zeitungen, Sachbücher,
Romane und vieles mehr
MARXER LESESTUBE

Vereinslokal des
MARXER Literatur-
und Studienklubs

A-1030 Wien, Marxergasse 18
(Ecke Gärtnergasse,
5 Minuten von U3/U4 Landstraße)

Tel: 0681 / 10278815

MARX

Für neue Leser/innen:

Die „Proletarische Revolution“ erscheint seit 2001 (damals „Proletarische Rundschau“). Sie will mit revolutionär-kommunistischen Positionen in aktuelle Kämpfe und in damit verbundene praktische und theoretische Auseinandersetzungen eingreifen. So setzt sie die Tradition der von den Marxisten-Leninisten Österreichs 1963 gegründeten „Rote Fahne“ und der 1972 bis 1980 erschienen österreichischen (Wochen-) Zeitung „Klassenkampf“ fort. Das Kollektiv Proletarische Revolution stellt sich die Aufgabe, durch die Verbindung der Erfahrungen und Lehren von nahezu 200 Jahren revolutionärer, internationaler Arbeiter/innen-Bewegung mit dem aktuellen Klassenkampf in Österreich und weltweit einen Beitrag zu leisten zur Bewusstmachung und Revolutionierung der Arbeiter/innenklasse im heutigen Österreich.

Die „Proletarische Revolution“ kämpft in der Tradition der internationalen revolutionär-kommunistischen Bewegung. Diese hat sich vor einem halben Jahrhundert intensiv mit den Fehlern der Kommunistischen Partei der Sowjetunion auseinandergesetzt und ab Anfang der 1960er Jahre einen scharfen Kampf gegen die Wegbereiter des bürokratischen Staatskapitalismus in der Sowjetunion geführt. Die theoretische und praktische Verteidigung einer marxistisch-leninistischen Generallinie für die Weltrevolution hat damals zur Gründung neuer, revolutionär-kommunistischer Zeitungen und Parteien geführt, die sich an der chinesischen Kulturrevolution unter Mao Zedong orientierten. Das Kollektiv Proletarische Revolution geht davon aus, dass ohne positive Berücksichtigung der theoretischen und praktischen Leistungen der chinesischen Kulturrevolution die Theorie und Praxis der revolutionären kommunistischen Bewegung nicht entsprechend den aktuellen Anforderungen des revolutionären Klassenkampfes weiterentwickelt werden können.

Die „Proletarische Revolution“ bringt in 4 bis 6 Ausgaben jährlich sowohl agitatorische und propagandistische Aufrufe, Stellungnahmen und Redebeiträge zu aktuellen Kämpfen als auch wissenschaftliche Untersuchungen, Analysen und Thesen von österreichischen und international relevanten Parteien und Organisationen der revolutionären kommunistischen Weltbewegung.

Die „Proletarische Revolution“ ist unabhängig von Staat und Kapital und finanziert sich ausschließlich aus Spenden, Abo-Einnahmen und anderen freiwilligen Beiträgen. Abo-Bedingungen siehe Umschlag hinten!

Die „Proletarischen Revolution“ kann als pdf-Datei im Netz unter <prolrevol.wordpress.com> heruntergeladen werden.

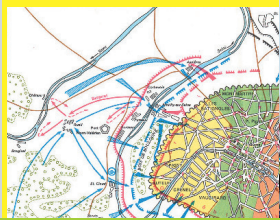
Im Abo

kostet die PR für
1 Jahr
(4-6 Ausgaben + extra Aussendungen)

Inland: 20,- (Sozialabo: 15,-)
Ausland: 30,- Euro

Kollektiv
Proletarische Revolution

Proletarier:innen aller Länder, vereinigt euch!
**Proletarische
Revo**



Proletarier:innen aller Länder, vereinigt euch!
Nr. 47
**Proletarische
Revolution**
September 2011 Spendeempfehlung! Büro 2,-



Proletarier:innen aller Länder, vereinigt euch!
Nr. 45
**Proletarische
Revolution**
Juni 2011 Spendeempfehlung! Büro 2,-

China -
ein imperialistischer
auf dem Weg
zu einer globalen I

Proletarier:innen aller Länder, vereinigt euch!
Nr. 46
**Proletarische
Revolution**
November 2011 Spendeempfehlung! Büro 2,-



Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber,
für den Inhalt verantwortlich



Kollektiv Proletarische Revolution

c/o Stiftgasse 8, 1070 Wien
www.prolrevol.wordpress.com

Die Proletarische Revolution liegt in folgenden
Buchhandlungen / Vereinslokalen auf
(und ist dort auch käuflich zu erwerben):

- Buchhandlung Frick, 1010 Wien, Schulerstraße 1-3
- Buchhandlung Winter, 1010 Wien, Rathausstraße 18
- Buchhandlung des ÖGB, 1010 Wien,
Rathausstraße 21/Ecke Universitätsstraße
- Literaturcafe Buchhandlung Lhotsky, 1020 Wien,
Rotensterngasse 4/Ecke Taborstraße
- Marxer Lesestube, 1030 Wien, Marxergasse 18
- Buchhandlung Alex, 4020 Linz, Hauptplatz 21
- Buchhandlung Hacek, 9020 Klagenfurt, Paulitschgasse 5-7
- Rotes Antiquariat, Rungestraße 20, D-10179 Berlin
- Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Straße 23,
D-60327 Frankfurt/Main
- M 99, Manteuffelstraße 99, D-10997 Berlin